

Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich

**Working Paper — Digitized Version**

## Zum Transformationsprozeß in der Russischen Föderation

DIW Discussion Papers, No. 128

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich (1996) : Zum Transformationsprozeß in der Russischen Föderation, DIW Discussion Papers, No. 128, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95846>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



**Diskussionspapiere**  
**Discussion Papers**

Diskussionspapier Nr. 128

**Zum Transformationsprozeß in der  
Russischen Föderation\***

von

Mechthild Schrooten und Ulrich Weißenburger

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

# **Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung**

Diskussionspapier Nr. 128

## **Zum Transformationsprozeß in der Russischen Föderation\***

von

Mechthild Schrooten und Ulrich Weißenburger

Berlin, Januar 1996

\* Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsvorhabens: "Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen".

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin  
Telefon: 49-30 - 89 7 89 -0  
Telefax: 49-30 - 89 7 89 -200

## Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung . . . . .	2
1	Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen für die Russische Föderation beim Zerfall der Sowjetunion . . . . .	3
1.1	Die Wirtschaftsentwicklung bis 1991 . . . . .	3
1.2	Die Reformpolitik während der Perestrojka-Periode . . . . .	9
1.3	Die Stellung der russischen Wirtschaft in der Sowjetunion . . . . .	10
2	Die binnenwirtschaftliche Entwicklung seit 1992 . . . . .	12
2.1	Produktion . . . . .	12
2.1.1	Bruttoinlandsprodukt . . . . .	12
2.1.2	Industrie . . . . .	12
2.1.3	Landwirtschaft . . . . .	21
2.2	Investitionen . . . . .	22
2.3	Preisentwicklung . . . . .	31
2.4	Lohn- und Einkommensentwicklung . . . . .	34
2.5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt . . . . .	35
2.6	Öffentliche Haushalte . . . . .	39
2.7	Geldpolitik . . . . .	45
3	Faktorausstattung und Wirtschaftsstruktur . . . . .	52
3.1	Naturre Ressourcen . . . . .	52
3.2	Arbeitskräftepotential und Qualifikationsstruktur . . . . .	54
3.3	Kapitalstock . . . . .	55
3.4	Wirtschaftsstruktur . . . . .	60
4	Die Reformpolitik unter Jelzin . . . . .	62
4.1	Die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmenssektor . . . . .	62
4.1.1	Privatisierung . . . . .	62
4.1.2	Konkursgesetzgebung . . . . .	68
4.2	Reformen im monetären Bereich . . . . .	69
4.2.1	Entstehung von Finanzmärkten . . . . .	69
4.2.2	Fiskalischer Föderalismus . . . . .	72
4.3	Strukturpolitische Programme . . . . .	77
4.4	Sozialpolitik . . . . .	78
5	Außenwirtschaft . . . . .	81
5.1	Währungspolitik . . . . .	81
5.2	Außenhandel mit Drittländern . . . . .	84
5.3	Intra-GUS-Handel . . . . .	88
5.4	Zahlungsbilanz und Verschuldung . . . . .	90
5.5	Auslandsinvestitionen . . . . .	92
6	Fazit . . . . .	93

## 0 Einleitung

Die Sowjetunion ist zerfallen, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) entstanden. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurden in allen Nachfolgestaaten - mehr oder weniger konsequent und erfolgreich - die Transformation des vormals sozialistischen Wirtschaftssystem in eine Marktwirtschaft betrieben. Außenwirtschaftlich mußte sowohl der Zusammenbruch der Sowjetunion als auch die Transformation zu weitreichenden Konsequenzen führen: Zum einen brachen bislang aufeinander abgestimmte Liefer- und Abnehmerbeziehungen auseinander, zum anderen mußten in den einzelnen Republiken erst noch tragfähige Außenwirtschaftsregime geschaffen werden, die eine erfolgreiche Integration in die Weltwirtschaft ermöglichen. Die Russische Föderation ist aus der Gruppe der Nachfolgerepubliken der wichtigste Handelspartner der westlichen Industrieländer. Die Bedeutung einer erfolgreichen Integration Rußlands in die Weltwirtschaft für die Stabilität des Transformationsprozesses in der gesamten Region kann nicht überschätzt werden.

Die vorliegende Länderanalyse setzt bei einer Darstellung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Situation Rußlands vor Erlangung der Unabhängigkeit an. Rußland nahm bezüglich seines außenwirtschaftlichen Potentials innerhalb der Gruppe der 15 Unionsrepubliken eine exponierte Stellung ein; als rohstoffreiches Land entfielen auf Rußland 90 vH der Erdölförderung der Sowjetunion. Nach dem Zerfall der Sowjetunion beschleunigte sich der Produktionseinbruch in Rußland erheblich. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung nach der Erlangung der Unabhängigkeit steht im Mittelpunkt des zweiten Kapitels. Im dritten Kapitel wird ausführlich auf die Spezifika der Faktorausstattung und die Veränderung der Produktionsstruktur seit 1992 eingegangen. Maßgeblich verantwortlich für die Entwicklung sind wirtschaftspolitische Entscheidungen, gerade in den Bereichen Geld-, Fiskal- und Sozialpolitik. Die Inkonsistenz der wirtschaftspolitischen Schritte, die die Reform des Wirtschaftssystems voranbringen sollten, ist das zentrale Thema des vierten Kapitels. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung hat weitreichende Auswirkungen auf die außenwirtschaftlichen Aktivitäten, die im fünften Kapitel umfassend dargestellt werden. Besonderer Aufmerksamkeit sollte bei einer Einschätzung der zukünftigen außenwirtschaftlichen Position Rußlands der Verschuldungsentwicklung geschenkt werden. Im Resümee wird das bisher Bewältigte

gewürdigt, aber auch auf die bestehenden Schwierigkeiten und Hindernisse nachhaltig hingewiesen.

## **1 Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen für die Russische Föderation beim Zerfall der Sowjetunion**

### **1.1 Die Wirtschaftsentwicklung bis 1991**

Mit der Gründung der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS) am 21. Dezember 1991 in Alma Ata endete die Existenz der Sowjetunion als Völkerrechtssubjekt. Eine Vorentscheidung für den Zerfall der Sowjetunion war bereits im August 1991 gefallen, als mit dem Putsch der letzte Versuch unternommen wurde, die Dominanz des Zentralstaats in der Politik und bei der Wirtschaftslenkung zurückzugewinnen. Der Putsch und die darauf folgende Auflösung der Sowjetunion besiegelte das Ende der Reformpolitik Gorbatschows. Das Scheitern dieser Politik, mit der punktuell marktwirtschaftliche Elemente in das administrativ-zentralistische Wirtschaftssystem eingeführt wurden, war schon in den Vorjahren immer offensichtlicher geworden. 1990 kam es erstmals seit dem Ende des zweiten Weltkriegs zu einem Produktionsrückgang, der sich 1991 noch beträchtlich beschleunigte (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

## Daten zur Wirtschaftsentwicklung 1986 bis 1991

	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH					
<b>Sowjetunion insgesamt:</b>						
Bruttosozialprodukt <sup>1)</sup>	3,3	2,9	5,5	3,0	-2,3	-11,1
Produziertes Nationaleinkommen (Nettomaterialprodukt) <sup>2)</sup>	2,3	1,6	4,4	2,5	-4,0	-12,2
Industrieproduktion <sup>2)</sup>	4,4	3,8	3,9	1,7	-1,2	-7,8
Investitionen <sup>2)</sup>	8,4	5,6	6,2	4,7	0,6	-12,0
<b>Russische Föderation:</b>						
Bruttoinlandsprodukt	.	.	.	.	-2,0	-12,9
Produziertes Nationaleinkommen (Nettomaterialprodukt)	2,4	0,7	4,5	1,9	-4,0	-11,0
Industrieproduktion	4,5	3,5	3,8	1,4	-0,1	-8,0
Investitionen	9,2	5,9	7,7	4,1	0,1	-15,5
In Mrd. Rubel						
<b>Sowjetunion insgesamt:</b>						
Bruttosozialprodukt <sup>1)</sup> , jeweilige Preise	799	825	875	943	1000	1927
Industrieproduktion <sup>2),3)</sup> , Preise 1982	846	879	913	928	918	1826 <sup>4)</sup>
<b>Russische Föderation:</b>						
Bruttoinlandsprodukt, jeweilige Preise	.	.	.	.	644	1300
Produziertes Nationaleinkommen (Nettomaterialprodukt), jeweilige Preise	359	365	385	413	445	1051
Industrieproduktion <sup>3)</sup> , Preise 1982	506	523	543	551	550	1183 <sup>4)</sup>
1) 1991: Bruttoinlandsprodukt GUS, ohne baltische Staaten und Georgien.- 2) 1991: GUS, ohne baltische Staaten und Georgien.- 3) Industrielle Bruttproduktion.- 4) Preise 1991.						
<i>Quellen:</i> Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 5 und 7. Strany-členy SNG. Moskau 1993, S. 5 ff. Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 11. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S.11 und 14. Centre of Economic Analysis: Russia - 1993. Economic Situation. Issue 4. Moskau 1993, S. 12. Ekonomika sodružestva nesavisimych gosudarstv. Moskau 1993, S.129 f. Rossijskij statističeskij ežegodnik. Moskau 1994, S. 9.						

Der auslösende Faktor für das Scheitern der Perestrojka war die inflationäre Geldmengenausweitung. Schon seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre übertraf der Geldmengenzuwachs kontinuierlich den Produktionsanstieg, so daß es bereits zu Beginn der Ära



Gorbatschow eine zurückgestaute Inflation gab<sup>1</sup>. Im Verlauf der Perestrojka verschärfte sich die Diskrepanz zwischen Geldschöpfung und Produktionsentwicklung in zunehmenden Maße. In den Jahren 1986 bis 1991 vervierfachte sich die Bargeldmenge, Termin- und Sichteinlagen wiesen sogar noch höhere Steigerungsraten auf (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

**Geldmengenentwicklung in der UdSSR 1986 bis 1991**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Bargeld	6,1	7,8	13,6	19,5	24,3	103,5
Sichteinlagen	15,6	18,4	15,9	12,7	15,1	115,8
Private Haushalte	9,2	8,7	10,7	14,4	14,2	35,7
Unternehmen	30,5	37,1	23,9	10,4	16,4	227,4
M 1 (Bargeld und Sichteinlagen)	13,1	15,7	15,4	14,3	17,3	112,6
Termineinlagen	9,5	12,6	8,4	15,5	25,4	128,2
Private Haushalte	11,2	11,8	12,9	14,2	12,7	105,8
Unternehmen	1,0	17,0	-15,0	24,0	106,9	206,0
M2 (M1 und Termineinlagen)	12,0	14,8	13,5	14,6	19,5	116,9
<i>Quelle:</i> Wochenbericht des DIW, Nr. 28-29/1992, S. 366.						

Verantwortlich für die monetäre Expansion in den Jahren 1986 bis 1991 war vor allem das Deficit-spending der öffentlichen Haushalte, das durch Staatsbankkredite finanziert wurde. Außerdem wurden wiederholt Bankkredite an den Unternehmenssektor im nachhinein vom Staat übernommen, so daß im Ergebnis die staatliche Verschuldung sprunghaft anstieg (vgl. Tabelle 3).

<sup>1</sup> Vgl. Sowjetische Wirtschaftsplanung für 1990: Inflationsbekämpfung ohne klare Konzeption. Bearb.: Ulrich Weißenburger. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1989, S. 562 f.

Tabelle 3

**Haushaltsdefizit und Staatliche Inlandsverschuldung in der UdSSR  
1985 bis 1991**

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 <sup>1</sup>
Defizit des konsolidierten Staatshaushalts in vH zum Bruttoinlandsprodukt	2,4	6,2	8,4	9,2	8,5	7,9	31,9
Staatsverschuldung in Mrd. Rubel am Jahresende	141,6	161,7	219,6	311,8	398,6	566,1	950,0
In vH zum Brutto-sozialprodukt	18,2	20,3	26,6	35,6	43,1	56,6	49,3
1) Haushaltsdefizit: Rußland. Staatsverschuldung: GUS. Ohne baltische Staaten und Georgien. Die Staatsverschuldung 1991 ist bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt.							
<i>Quellen:</i> Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 19. Strany-členy SNG. Statičeskij ežegodnik. Moskau 1992, S. 10. Voprosy ekonomiki, Nr. 7/1995, S. 23.							

Trotz des steigenden Geldüberhangs wurde bis einschließlich 1990 an der Politik weitgehend stabiler staatlicher Preise festgehalten. Nach offiziellen Angaben lagen die Konsumgüterpreise im staatlichen Einzelhandel 1990 um 11 vH höher als 1985 und um 5 vH höher als 1989, unter Einbeziehung des genossenschaftlichen Handels und der Kolchosmärkte betrug der Preisanstieg 16 vH gegenüber 1985 und 6 vH gegenüber 1989. Erst 1991 trat die Inflation offen zutage. Im Jahresdurchschnitt lagen die Verbraucherpreise um 92 vH über dem Niveau des Vorjahres, von Dezember 1990 bis Dezember 1991 stiegen die Verbraucherpreise um 160 vH<sup>2</sup>. Der Geldüberhang wurde trotz dieses Preisanstiegs jedoch nicht abgebaut. Am Jahresende 1991 erreichte M<sub>1</sub> (Bargeldmenge und Sichteinlagen) 60 vH des Brutto-sozialprodukts (Bundesrepublik Deutschland: 20 vH).

Die eigentliche Ursache für die inflationäre Entwicklung ist jedoch nicht in der Fiskal- und Geldpolitik zu suchen. Finanz- und Kreditsystem hatten in der Planwirtschaft primär die Erfüllung der staatlichen Produktionspläne zu gewährleisten. Um einer über-

<sup>2</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 177. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 205.

mäßigen Finanzausstattung der Unternehmen entgegenzuwirken, wurde zwar die Höhe ihrer finanziellen Fonds durch administrative Regelungen an die Entwicklung von Produktion und Produktivität gebunden. Die Unternehmen hatten jedoch wegen des Primats der Produktion immer "weiche Budgetrestriktionen", d.h. Finanzierungsdefizite wurden bei Gefahren für die Planerfüllung entweder durch Subventionen oder durch Bankkredite abgedeckt. Durch die gradualistischen Reformmaßnahmen in der Gorbatschow-Ära wurden die Rechte der Unternehmen ausgeweitet und die planwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente teilweise demontiert. Die grundlegenden Strukturen der monopolistischen Staatswirtschaft blieben jedoch erhalten, Marktmechanismen konnten nicht wirksam werden. Da die Vergrößerung der Handlungsspielräume für die Unternehmen nicht von der Implementierung "harter Budgetrestriktionen" flankiert wurde, wurden die finanziellen Restriktionen der Betriebe durch die Reformen noch gelockert. Dies begünstigte über den Produktivitätsanstieg herausgehende Lohnsteigerungen, die zu einem wichtigen Faktor der Inflationsbeschleunigung wurden (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

**Nominallohn- und Produktivitätsentwicklung in der UdSSR 1981 bis 1991**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1981-1985 <sup>1)</sup>	1986	1987	1988	1989	1990	1991 <sup>2)</sup>
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität	2,7	2,1	1,5	4,8	2,3	-3,0	- 10,6
Nominallöhne und -gehälter	2,4	2,9	3,7	8,3	9,4	14,2	90,0
1) Im Jahresdurchschnitt.- 2) GUS, ohne baltische Staaten und Georgien.							
<i>Quellen:</i> Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 7 und 36. Strany-členy SNG. Moskau 1993, S. 6 und 12.							

Inflationstreibend wirkten auch die überlangen Bauzeiten von Investitionsobjekten. 1990 lag die durchschnittliche Bauzeit in der Gesamtwirtschaft bei über 8 Jahren, in der Energiewirtschaft bei 12, in der Metallurgie bei 16, im Maschinenbau bei 10 und in der Chemieindustrie bei 11 Jahren. Die chronischen Verzögerungen bei der Inbetriebnahme neuen Anlagevermögens nahmen während der Perestrojka sogar noch zu,

was ebenso wie die Diskrepanz zwischen Produktivitäts- und Lohnentwicklung ein Indiz für die Abschwächung der ohnehin "weichen Budgetrestriktionen" war. Der Wert der unvollendeten Investitionen in Relation zum gesamten Investitionsvolumen im Staatssektor stieg infolgedessen in den Jahren 1985 bis 1990 von 79 auf 104 vH<sup>3</sup>. Im Zusammenhang mit den zunehmenden Desintegrationstendenzen in der UdSSR verstärkte sich 1991 der Anstieg der unvollendeten Investitionen noch.

Tabelle 5

**Daten zur Entwicklung der Investitionen 1985 bis 1991**  
in vH zum Vorjahr

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
<b>UdSSR insgesamt</b>							
Investitionen	103,0	108,4	105,6	106,2	104,7	100,6	88 <sup>1)</sup>
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	101,4	105,9	106,8	98,6	102,5	98,1	81 <sup>1)</sup>
Unvollendete Investitionen am Jahresende	.	109,0	104,5	113,7	115,8	112,1	131 <sup>1)</sup>
<b>Rußland</b>							
Investitionen	103,4	109,2	105,9	107,7	104,1	100,1	84,5
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	102,1	106,4	108,1	99,3	102,6	97,2	75,4
Unvollendete Investitionen am Jahresende	.	110,3	104,1	114,1	113,6	111,4	139,8

1) GUS, ohne baltische Staaten und Georgien.

*Quellen:* Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 7 und 567. *Ekonomičeskaja gazeta*, Nr. 32/1989, S. 12. Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 14 und 528. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 14 und 543. Strany-členy SNG. Moskau 1992, S. 16. *Wochenbericht des DIW*, Nr. 28-29/1992, S. 366 f.

<sup>3</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 567.

## 1.2 Die Reformpolitik während der Perestrojka-Periode

Die unter Gorbatschow betriebene Reformpolitik verfolge das Ziel, mit der Implementierung einzelner marktwirtschaftlicher Elemente in das planwirtschaftliche System dessen Effizienz zu erhöhen. Im Mittelpunkt stand die Reform der Mikroebene, durch welche die Rechte und die Eigenverantwortlichkeit der Unternehmen gestärkt werden sollte. Durch das Gesetz über das Staatsunternehmen vom 30. Juni 1987<sup>4</sup> wurde den Betrieben die Kompetenz zur selbständigen Ausarbeitung und Bestätigung der Fünfjahres- und Jahrespläne zugewiesen. Den Unternehmen wurden zwar "Kontrollziffern" z.B. für den Produktionswert oder den Gewinn vorgegeben, diese wurden jedoch nicht als verbindlich angesehen. Die "volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung" wurde zur Grundlage der Arbeit der Betriebe erklärt, d.h. sie sollten kostendeckend arbeiten und ihre Investitionen selbst erwirtschaften. Alle finanziellen Fonds sollten vom Betriebsergebnis abhängen. Die Stellung der Belegschaften wurde durch das neue Gesetz gestärkt. Für die Leitungsfunktionen des Betriebes wurde das Prinzip der Wählbarkeit festgelegt.

Wesentliche Bestandteile des planwirtschaftlichen Systems blieben jedoch erhalten. In vielen Fällen wurden die Produktionspläne lediglich durch die verbindlich zu erfüllenden Staatsaufträge ersetzt. Eine Entflechtung der Unternehmen wurde nicht vorgenommen, so daß die monopolistischen Strukturen weitgehend intakt blieben. Auch nach der Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes im Mai 1988<sup>5</sup>, durch das Spielraum für das Entstehen eines vom Staat unabhängigen Sektors geschaffen wurde, blieb das Staatseigentum dominierend. Die Preise wurden weiterhin staatlich administriert. Ein funktionierender Großhandel mit Produktionsmitteln konnte nicht geschaffen werden. Das Bankensystem wurde zwar dezentralisiert, jedoch erfolgte die Kreditvergabe weiterhin auf Grund von politischen Entscheidungen. Rentabilitätskriterien spielten bei der Verteilung der Kreditmittel keine Rolle. Auch an den Beziehungen zwischen

---

<sup>4</sup> Vgl. Über die grundlegende Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft der UdSSR. Gesetze und Beschlüsse. Verlag Die Wirtschaft. Berlin 1987, S. 7 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Sowjetisches Genossenschaftsgesetz: Mit Privatinitiative aus der Versorgungsmisere. Bearb.: Ulrich Weißenburger. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/1988.

öffentlichen Haushalten und Unternehmenssektor änderte sich ungeachtet des im Gesetz über das Staatsunternehmen festgelegten Prinzips der Selbstfinanzierung kaum etwas. Insbesondere die Subventionierung verlustbringender Unternehmen wurde fortgesetzt. Durchgreifende Sanktionsmöglichkeiten gegen zahlungsunfähige Betriebe fehlten, ein Konkursgesetz wurde nicht beschlossen.

Im Endergebnis ist durch die während der Ära Gorbatschow betriebene Reformpolitik ein inkonsistentes Wirtschaftssystem entstanden. Einerseits wurde versucht, durch partielle marktwirtschaftliche Reformen die Entscheidungsspielräume der Betriebe auszuweiten und unternehmerisches Verhalten zu fördern. Andererseits blieb die staatliche Vollbeschäftigungsgarantie erhalten, so daß der Staat immer wieder finanzielle Engpässe der Unternehmen mit Subventionen und Krediten überbrückte. Die Reformpolitik unter Beibehaltung der "weichen Budgetrestriktionen" begünstigte daher eine inflationäre Geldmengenausweitung. Gleichzeitig wurde die Reformpolitik ihrerseits durch das Bestreben des Staates unterlaufen, ungeachtet des steigenden Geldüberhangs eine offene Inflation zu vermeiden. Wegen des Ungleichgewichts zwischen Güter- und Geldmenge sah man sich daher weiterhin gezwungen, zu administrativen Mitteln der Wirtschaftslenkung greifen (Preiskontrollen, Staatsaufträge, Zuweisung von Produktionsmitteln).

### **1.3 Die Stellung der russischen Wirtschaft in der Sowjetunion**

Unter allen 15 Unionsrepubliken war die Russische Föderation am wenigsten auf Außenwirtschaftsbeziehungen angewiesen. Im Jahr 1988 machten die Ausfuhren in die anderen Republiken sowie das Ausland 11 vH der erzeugten Produktion aus, die Importe beliefen sich auf 14 vH des Binnenverbrauchs<sup>6</sup>. Auf Rußland entfielen 1990 knapp 80 vH der Erdgas- und 90 vH der Erdölförderung der Sowjetunion. Bei der Erzeugung von Stahl, Walzstahl und Stahlröhren lag der Anteil Rußlands bei etwa 60 vH. Eine dominierende Stellung hatte Rußland bei den Erzeugnissen der Holz- und

---

<sup>6</sup> Vgl. *Ekonomičeskie vzaimosvjazi respublik v narodnochozjajstvennom komplekse*. Moskau 1990, S. 1.

Holzverarbeitungsindustrie (1990: Sägewaren 82 vH; Papier 85 vH). Das relative Gewicht russischer Unternehmen an der Produktion des sowjetischen Maschinenbaus war 1990 insbesondere bei Landmaschinen (60 vH), schweren Baumaschinen (Bagger: 60 vH; Kräne: 50 vH), Ausrüstungen für die Chemieindustrie (64 vH) und Gesenkschmiedemaschinen (65 vH) hoch. Einen bedeutenden Anteil an der inländischen Produktion hatte Rußland auch bei zahlreichen Erzeugnissen des Fahrzeugbaus und der elektrotechnischen Industrie (1990: Lastkraftwagen: 86 vH; Personenkraftwagen: 88 vH; Kühl- und Gefrierschränke: 58 vH; Staubsauger: 77 vH; Waschmaschinen: 69 vH). Demgegenüber entfielen 1990 bei den meisten Erzeugnissen der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie weniger als die Hälfte der Produktion auf russische Unternehmen<sup>7</sup>.

In ihren Handelsbeziehungen mit den anderen Unionsrepubliken verzeichnete die Russische Föderation 1990 einen Exportüberschuß in Höhe von 7,6 Mrd. Rubel (Exporte: 75,4 Mrd. Rubel; Importe: 67,8 Mrd. Rubel). Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Terms of Trade im innersowjetischen Handel für Rußland wegen der künstlich niedrig gehaltenen Preise für Rohstoffe und Energieträger außerordentlich ungünstig waren, so daß sich ohne die verzerrten Preisstrukturen ein deutlich höherer positiver Handelsbilanzsaldo für Rußland ergeben hätte. Ausfuhrüberschüsse im innersowjetischen Handel hatte Rußland 1990 vor allem bei den Erzeugnissen der Erdöl- und Erdgasindustrie (7,1 Mrd. Rubel), der NE-Metallurgie (1,7 Mrd. Rubel), des Maschinenbaus (5,7 Mrd. Rubel), der Chemieindustrie (3,6 Mrd. Rubel) und der Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie (3,0 Mrd. Rubel). Demgegenüber war die Handelsbilanz mit den übrigen Sowjetrepubliken bei den Produkten der Leichtindustrie (-3,7 Mrd. Rubel), der Nahrungsmittelindustrie (-10,4 Mrd. Rubel) und der Landwirtschaft (-2,8 Mrd. Rubel) deutlich defizitär<sup>8</sup>.

---

<sup>7</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990. Moskau 1991, S. 358 ff. und 407. Promyšlennost' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 215.

<sup>8</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 32 f.

## 2 Die binnenwirtschaftliche Entwicklung seit 1992

### 2.1 Produktion

#### 2.1.1 Bruttoinlandsprodukt

Nach dem Zerfall der Sowjetunion beschleunigte sich der Produktionsrückgang in allen Nachfolgestaaten erheblich. In der Russischen Föderation sank das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Jahren seit Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit um 40 vH, gegenüber 1989 betrug der Rückgang des BIP etwa 50 vH (vgl. Tabelle 6). Im Verlauf des Transformationsprozesses ist es zu beträchtlichen Verschiebungen in der Entstehung des nominalen Bruttoinlandsprodukts gekommen. Merklich an Bedeutung gewonnen haben die Dienstleistungen, deren Anteil am BIP von 33 vH 1990 auf 50 vH 1994 gestiegen ist. In demselben Zeitraum ist das relative Gewicht der Güterproduktion von 61 vH auf 43,5 vH zurückgegangen. Diese Entwicklung ist auf den stärkeren Anstieg der Preise für Dienstleistungen im Vergleich zu den Güterpreisen, auf den relativ geringen Rückgang unentgeltlicher staatlicher Dienstleistungen (z.B. des Bildungs- und Gesundheitswesens) sowie auf das Wachstum einzelner Dienstleistungsbereiche (Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Vermittlungstätigkeiten) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite des BIP hat der Anteil des privaten Verbrauchs von 36 vH 1992 auf 47 vH 1994 zugenommen, der Staatsverbrauch stieg von 14 auf 22 vH. An Gewicht verloren haben insbesondere die Lagerinvestitionen und die Exportüberschüsse, die von 12 auf 3 vH bzw. von 12 auf 4 vH zurückgingen<sup>9</sup>.

#### 2.1.2 Industrie

Der Rückgang der Industrieproduktion in den Jahren 1990 bis 1994 belief sich auf 50 vH. Der Schrumpfungsprozeß in der Industrie seit 1990 hat zwar flächendeckend alle Branchen erfaßt, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß (vgl. Tabelle 7). Während

---

<sup>9</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 5 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-sentjabr' 1994 g. Moskau 1994, S. 5. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 7.



Tabelle 6

**Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren in Rußland**  
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	1994
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-12,9	-18,5	-12	-15
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität	-2,7	-12,2	-19,5	-12 <sup>1)</sup>	-13 <sup>1)</sup>
Industrieproduktion	-0,1	-8,0	-18,8	-16,2	-20,9 <sup>2)</sup>
Agrarproduktion	-3,6	-4,5	-9,4	-4	-9
Investitionen	+0,1	-15,5	-40,0	-12	-26
Gütertransportvolumen	-4,3	-8,6	-21,7	-25	-24
Zahl der Beschäftigten	+0,1	-2,0	-2,0	-1	-2
Einzelhandelsumsatz, real	+10,0	-7,2	-39,9	+2	+3
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher	+10,2	-20,8	-41,3	-30	-36
Verkaufspreise der Industrie <sup>3)</sup>	.	+240	+3280	+895	+233
Verbraucherpreise <sup>3)</sup>	+5,3 <sup>4)</sup>	+150	+2500	+840	+224
Nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt, Bill. Rubel, jeweilige Preise	0,64	1,3	18,1	162,3	630,0
<p>1) Schätzung.- 2) Einschließlich Kleinbetriebe und Joint-Ventures. Die Produktion der Groß- und Mittelbetriebe sank um 22,8 vH.- 3) Dezember zum Dezember des Vorjahres.- 4) Jahresdurchschnitt.</p> <p><i>Quellen:</i> Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S.8 ff.; Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 14; Ekonomika sodružestva nesavisimych gosudarstv. Moskau 1993, S.129 f.; Social'noe ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 3 ff., 45, 104 f., 153; Vestnik statistiki, Nr. 12/1993, S. 48 ff. Russia 1993: Economic Situation, Issue 4. Moskau 1993, S. 12. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 3 f., 84, 219 und 309. Rossijskij statističeskij ežegodnik. Moskau 1994, S. 9</p>					

Tabelle 7

**Entwicklung der Industrieproduktion in Rußland nach Zweigen  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH**

	Veränderung in vH zum Vorjahr					1994 in vH zu 1989
	1990	1991	1992	1993	1994	
<b>Industrie insgesamt<sup>1)</sup></b>	-0,1	-8,0	-18,0	-16,2	-20,9	-50
Elektrizitätswirtschaft	2,0	0,3	-4,7	-5,3	-8,8	-16
Brennstoffindustrie	-3,3	-6,0	-7,0	-15,0	-11,0	-36
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-16,4	-16,6	-17,4	-48
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-25,4	-18,1	-9,1	-51
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-21,7	-21,5	-28,9	-60
Chemieindustrie	-3,3	-8,3	-25,0	-19,9	-22,9	-59
Petrochemie	-1,3	-3,0	-17,0	-24,9	-39,5	-64
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,1	-10,0	-14,9	-15,6	-38,1	-60
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9,0	-14,6	-18,7	-31,2	-57
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-20,4	-17,6	-28,9	-55
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-30,0	-23,4	-47,3	-74
Nahrungsmittelindustrie	0,4	-9,5	-16,4	-9,2	-21,9	-46
<p>1) 1990 bis 1993: Nur Groß- und Mittelbetriebe; 1994: Einschließlich Kleinbetriebe und Joint-Ventures.</p> <p><i>Quellen:</i> Goskomstat Rossii: Promyšlennost' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 33 f. Goskomstat Rossii: Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 367. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994. Moskau 1994, S. 127. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 12 f. und 219. Berechnungen des DIW.</p>						

die Stromproduktion in den letzten fünf Jahren um 16 vH und die Produktion der Brennstoffindustrie um 36 vH zurückging, fiel die Produktion der verarbeitenden Industriezweige in weit stärkerem Maße. Den stärksten Rückgang verzeichnete die Leichtindustrie mit 74 vH. Zu Produktionseinbußen von etwa 60 vH kam es in der Chemieindustrie, in der Petrochemie, im Maschinenbau, in der Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie und in der Baustoffindustrie. Die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie, der NE-Metallurgie und der Nahrungsmittelindustrie lag 1994 bei rund der Hälfte des Niveaus von 1989. Im Ergebnis der Unterschiede in der Produktionsentwicklung hat sich die Rohstoff- und Energielastigkeit in der russischen Industrie weiter verstärkt. Aufgrund der unterschiedlichen Produktionsentwicklung der einzelnen Branchen und den Veränderungen in den relativen Preisen hat sich die Bedeutung der Produktion von Energie, Rohstoffen und grundstoffnahen Vorprodukten in der russischen Industrie erheblich verstärkt. Einen Zuwachs ihres Anteils an der Industrieproduktion (in jeweiligen Preisen) verzeichneten seit 1990 die Stromwirtschaft (1990: 4 vH; 1994: 13,5 vH), die Brennstoffindustrie (1990: 8 vH; 1994: 16 vH) und die Eisen- und Stahlindustrie (1990: 5 vH; 1994: 9 vH), während die Anteile des Maschinenbaus (1990: 31 vH; 1994: 17 vH) und der Leichtindustrie (1990: 12 vH; 1994: 3 vH) deutlich zurückgingen<sup>10</sup>.

Der vergleichsweise geringe Rückgang der *Stromerzeugung* (1994: -8 vH) läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß das Sinken der industriellen Produktion nicht von einer entsprechenden Stilllegung von Produktionskapazitäten begleitet war. Wegen der niedrigeren Kapazitätsauslastung ist infolgedessen der Stromverbrauch je Produktionseinheit angestiegen. Der zunehmende Verschleiß der Produktionsanlagen wegen fehlender Ersatzinvestitionen und unzureichender Instandhaltung hat gleichfalls den Anstieg des relativen Energieverbrauchs begünstigt. Hinzu kommt, daß der Stromverbrauch der privaten Haushalte und des Verkehrssektors von der Produktionsentwicklung nicht bzw. nur in geringem Maße abhängig ist.

---

<sup>10</sup> Vgl. Goskomstat RSFSR: *Promyšlennost' RSFSR v 1990 g.* Moskau 1991, S. 34 ff. Goskomstat Rossii: *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g.* Moskau 1995, S. 12 f. und 219.

In der *Brennstoffindustrie*, deren Produktion 1994 um 11 vH zurückging, setzte sich 1994 der seit 1988 andauernde Abwärtstrend bei der Gewinnung von Erdöl fort. Die Förderung sank um 10 vH auf 316 Mill. t, dies entspricht 55 vH des Produktionsniveaus von 1987. Gleichzeitig haben sich die Perspektiven für eine Stabilisierung der Förderung verschlechtert, da die Bohrtätigkeit zur Erschließung neuer Vorkommen um 36 vH gesunken ist. Der Rückgang der Förderung von Erdgas um 2 vH wird primär auf den niedrigeren Verbrauch und die Reduzierung der Lieferungen in die GUS zurückgeführt. Eine wesentliche Ursache für das Sinken der Kohleförderung um 11 vH war der Nachfragerückgang infolge der Erhöhung der Kohlepreise und der Eisenbahntarife für ihren Transport<sup>11</sup>.

Die Absatzmöglichkeiten der *Eisen- und Stahlindustrie* haben sich in den letzten Jahren sowohl durch den Rückgang der Investitionen, die rückläufige Produktion des Maschinenbaus und die Reduzierung der Aufträge aus der Rüstungsindustrie stark verringert. Die Produktion dieses Industriezweigs ist in den letzten fünf Jahren um knapp die Hälfte geschrumpft, allein 1994 um 17 vH. Hierbei kam es zu einer erheblichen Verringerung der Fertigungstiefe der Produktion. Während die Förderung von Eisenerz (1994: -4 vH) und die Produktion von Roheisen (1994: -11 vH), Stahl (1994: -16 vH) und Walzstahl (1994: -16 vH) geringer als im Durchschnitt zurückging, da die Absatzrückgänge auf dem Binnenmarkt zum Teil durch gestiegene Exporte kompensiert werden konnten, kam es in den folgenden Produktionsstufen zu erheblich stärkeren Einbußen. Ein zentrales Problem der Eisen- und Stahlindustrie ist die Überalterung des Kapitalstocks und das nach wie vor bedeutende Gewicht technisch rückständiger Produktionsverfahren. Etwa 60 vH der Produktion werden mit Anlagen erzeugt, die ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer bereits überschritten haben. Der Anteil des ver-

---

<sup>11</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 16 ff.; Ministerstvo topliva i energetiki Rossijskoj Federacii: Predvaritel'nye itogi raboty toplivo-energetičeskogo kompleksa v 1994 godu i osnovnye napravlenija ego dejatel'nosti po stabilizacii proizvodstva i finansovogo položenija v 1995 godu. Moskau 1995, S. 1 ff.

alteten, energieintensiven und stark umweltbelastenden Siemens-Martin-Verfahrens an der Stahlproduktion lag 1994 bei 43 vH<sup>12</sup>.

Die *NE-Metallurgie* produzierte in der Vergangenheit überwiegend für den militärischen Bedarf. Die Branche konnte jedoch 1994 die gesunkene Nachfrage auf dem Binnenmarkt zum Teil durch erhöhte Exporte ausgleichen. Der Produktionsrückgang fiel mit 9 vH daher geringer aus als im Durchschnitt für die gesamte Industrie. Ein Zuwachs konnte bei der Erzeugung von Hüttenkupfer erzielt werden, die Produktion von Rohaluminium und Nickel sank jeweils um 4 vH. Sehr viel stärkere Produktionsrückgänge wurden demgegenüber bei Blei (-28 vH), Zink (-19 vH), Zinn (-18 vH) und Magnesium (-18 vH) verzeichnet. Bei einigen militärisch bedeutsamen Erzeugnissen (Wolfram, Titan, Titan-Wolfram-Legierungen, Wolfram-Kobalt-Legierungen, Walzgut aus Kupfer und Titan) sank die Produktion etwa um 50 vH<sup>13</sup>.

Im *Maschinenbau und der metallverarbeitenden Industrie* ist die Produktion in den letzten fünf Jahren um 60 vH gesunken. Hier kam es 1994 mit 38 vH zu dem bislang stärksten Produktionsrückgang seit Beginn des Transformationsprozesses. Die Kapazitätsauslastung in den Unternehmen der Branche betrug nur noch 32 bis 40 vH (1991: 70 vH). Bei Investitionsgütern, deren Erzeugung bereits in den Vorjahren auf Grund des Rückgangs der Ausrüstungsinvestitionen und der nach dem Zerfall des RGW stark geschrumpften Exporte erheblich zurückgegangen war, setzte sich die rückläufige Produktionsentwicklung fort. Produktionseinbrüche von 50 und mehr vH wurden insbesondere bei einigen Erzeugnissen des Werkzeugmaschinenbaus, des landwirtschaftlichen Maschinenbaus und bei Baumaschinen verzeichnet. Gleichzeitig mußten auch bei langlebigen Konsumgütern, deren Erzeugung in den Vorjahren weitgehend stabil geblieben war, wegen der unzureichenden Konkurrenzfähigkeit russischer Erzeugnisse gegenüber Importwaren zum Teil massive Produktionseinbußen hingenommen werden (Fernsehgeräte: -45 vH; Radiogeräte: -63 vH; Tonbandgeräte und Kasset-

---

<sup>12</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 19 f.; I. Budanov: Černaja metallurgija: Vozmožnosti vychoda iz krizisa. In: Ekonomist, Nr. 5/1994, S. 21.

<sup>13</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 20 f.

tenrecorder: -67 vH; Videogeräte: -69 vH; Waschmaschinen: -46 vH; Staubsauger: -58 vH)<sup>14</sup>.

Ein schwierig zu lösendes Strukturproblem bleibt die *Konversion der Rüstungsindustrie* auf zivile Produktion. Während die Erzeugung militärischer Güter durch die Rüstungsbetriebe 1994 um 36 vH zurückging, lag der Produktionsrückgang bei zivilen Erzeugnissen bei 21 vH. Ebenso wie der zivile Maschinenbau sahen sich die der Konversion unterliegenden Rüstungsbetriebe 1994 mit massiven Absatzproblemen bei Investitionsgütern konfrontiert. Bei der Erzeugung von Ausrüstungen für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie mußten die der Konversion unterliegenden Rüstungsunternehmen 1994 einen Rückgang von etwa 50 vH hinnehmen. Entsprechende Produktionseinbußen wurden auch bei medizinischer Technik und bei langlebigen Konsumgütern verzeichnet. Die staatlichen Aufträge für den Flugzeug- und den Schiffbau wurden wegen fehlender Haushaltsmittel erheblich gekürzt. In vielen Fällen kommt der Staat seinen Zahlungsverpflichtungen für die an ihn gelieferten Erzeugnisse nicht nach. Die Zahlungsrückstände des Staates gegenüber der Rüstungsindustrie wurden Anfang 1995 auf bis zu 3 Billion Rubel geschätzt. Die meisten Rüstungsbetriebe befinden sich daher in großen finanziellen Schwierigkeiten. Nur wenigen Rüstungsbetrieben gelang bislang durch Spezialisierung eine erfolgreiche Anpassung, z.B. auf dem Gebiet des Baus von Erdölbohrausrüstungen<sup>15</sup>.

In der *chemischen und petrochemischen Industrie* sank die Produktion 1994 um knapp 30 vH (Chemieindustrie: -23 vH; Petrochemie: -40 vH). Ebenso wie in der Eisen- und Stahlindustrie war der Produktionsrückgang in der Chemieindustrie von einer Verringerung der Fertigungstiefe begleitet. Unterdurchschnittlich ging die Produktion von Düngemitteln und einigen Erzeugnissen der Grundchemie (z.B. synthetisches Ammoniak) zurück, was auf einen Anstieg der Exporte dieser Produkte zurückzuführen war. Die stärksten Produktionseinbußen wurden dort verzeichnet, wo die Wettbewerbs-

---

<sup>14</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 21 ff. und 224 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 15. Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii: O sostojanii rossijskoj ekonomiki (po itogam 9 mesjacev 1994 goda). Moskau 1994, S. 24 f. Finansy, Nr. 2/1995, S. 3 ff.

fähigkeit der einheimischen Industrie gegenüber Importen nicht gewährleistet war (z.B. Filme, Magnetbänder). Der starke Rückgang der Produktion in der Petrochemie steht in engem Zusammenhang mit der Steigerung der Erdölexporte.

In der *Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie* kam es 1994 trotz starker Exportzuwächse zu einem Produktionsrückgang von über 30 vH. In der Holzindustrie sanken die Gewinnung von Nutzholz und die Verarbeitung zu Schnittholz jeweils etwa um ein Drittel, während die Erzeugung von Furnierplattensperrholz um 17 vH zurückging. Die Zellstoffproduktion verringerte sich um 21 vH. In der Papierindustrie kam es bei einem gesamten Produktionsrückgang von über 20 vH zu einer erheblichen Sortimentsverschiebung. Die Produktion von Zeitungspapier konnte auf Grund von Exportsteigerungen um 23 vH gesteigert werden, während wegen des gesunkenen Absatzes auf dem Binnenmarkt die Erzeugung von Schreibpapier um 50 vH und von Buchdruckpapier um 36 vH zurückging<sup>16</sup>.

Die Produktion der *Baustoffindustrie* ist in besonders starkem Maße von der Investitionsentwicklung abhängig. Es ist daher erklärlich, daß die Produktion in dieser Branche (1994: -29 vH; 1990 bis 1994: -55 vH) stärker schrumpfte als in der Industrie insgesamt. Bei den wichtigsten Erzeugnissen dieser Branche (Zement: -25 vH; Ziegelsteine: -23 vH) entsprach der Produktionsrückgang weitgehend dem Rückgang der Investitionen. Überdurchschnittlich sank die Produktion von Fensterglas (-42 vH) und von keramischen Sanitärerzeugnissen (-39 vH;). Stärker als im Durchschnitt ging auch die Produktion einiger moderner bzw. mit energiesparenden Produktionsverfahren hergestellten Baustoffe zurück<sup>17</sup>.

Die *Leichtindustrie* war von der Öffnung des russischen Binnenmarkts für Importwaren in den vergangenen Jahren besonders betroffen. Nach offiziellen Angaben sank die Produktion der Branche seit 1989 um etwa 75 vH, davon allein 1994 um knapp 50 vH.

---

<sup>16</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 27 ff. und 228 f.

<sup>17</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 29 ff.

Der für 1994 ausgewiesene Produktionsrückgang erstreckte sich nahezu gleichmäßig auf alle Erzeugnisgruppen (Stoffe: -42 vH; Wirk- und Strickwaren: -43 vH; Strumpfwaren: -38 vH; Schuhe: -51 vH; Oberhemden: -38 vH; Hosen: -44 vH; Mäntel: -66 vH; Jacken: -54 vH; Kleider: -31 vH). Der Marktanteil der Importwaren bei den meisten Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie lag 1994 bei über 40 vH<sup>18</sup>. Es ist allerdings zu vermuten, daß die amtliche Statistik den Produktionsrückgang der Leichtindustrie im Jahr 1994 überzeichnet, da bei den Daten über die Produktionsentwicklung Kleinbetriebe nicht erfaßt werden, die in der Leichtindustrie von einiger Bedeutung sein dürften. Diese Vermutung wird durch die Tatsache erhärtet, daß die Angaben über die Entwicklung der inländischen Produktion, der Importe und der Verkäufe im Einzelhandel bei den Erzeugnissen der Leichtindustrie nicht kompatibel sind<sup>19</sup>.

Die Konkurrenz durch Importwaren hat auch für die *Nahrungsmittelindustrie* in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung gewonnen, obwohl der Marktanteil ausländischer Erzeugnisse bei den wichtigsten Nahrungsmitteln geringer ist als bei langlebigen Konsumgütern, Textilien oder Schuhen. Der Produktionsrückgang des Industriezweigs betrug in den letzten fünf Jahren 46 vH, im Jahr 1994 ging die Produktion um 22 vH zurück. Insbesondere für den Rückgang der Erzeugung von Fleisch (-23 vH) und Butter (-33 vH) dürften die gestiegenen Importe ein wichtiger Faktor gewesen sein. Überdurchschnittlich gesunken ist 1994 die Produktion von Lebensmittelkonserven (-40 vH)<sup>20</sup>.

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wären die Unternehmen bei einem derartigen Produktionseinbruch gezwungen, veraltete Kapazitäten mit hohen Produktionskosten stillzulegen und primär die am kostengünstigsten arbeitenden Produktionsanlagen

---

<sup>18</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g.* Moskau 1995, S. 31 f., 128 und 232.

<sup>19</sup> Nach den Angaben des Staatskomitees für Statistik sanken z.B. die Verkäufe von Schuhen 1994 um 5 vH, während der Rückgang der einheimischen Produktion mit 50 vH und der Rückgang der Importe mit 33 vH angegeben wird. Vgl. Goskomstat Rossii: *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g.* Moskau 1995, S. 31, 75, 126.

<sup>20</sup> Vgl. Goskomstat Rossii: *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g.* Moskau 1995, S. 32 ff. und 233 f.



auszulasten. Eine derartige Kapazitätsanpassung hat in Rußland nach den vorliegenden Daten nicht stattgefunden. Stattdessen haben die Unternehmen in der Regel offensichtlich auf die rückläufige Nachfrage mit einer weitgehend flächendeckend niedrigeren Auslastung der Produktionskapazitäten reagiert (vgl. Tabelle 8). Die unterlassene Kapazitätsanpassung mußte sich zwangsläufig in negativer Weise auf die Entwicklung der industriellen Kapitalproduktivität auswirken. Sie sank nach offiziellen Angaben in den Jahren 1990 bis 1993 um 50 vH, allein 1993 um 18 vH<sup>21</sup>.

Tabelle 8

**Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie  
in vH**

	1990	1991	1992	1993	1994 Schät- zung
<b>Industrie insgesamt</b>	81	74	62	53	42
Eisen- und Stahlindustrie	93	84	72	64	51
Chemie-Holz-Komplex	77	74	63	52	42
Maschinenbau	77	71	58	46	32
Baustoffindustrie	89	87	73	59	43
Leichtindustrie	91	78	63	54	38
Nahrungsmittelindustrie	78	70	61	56	49

*Quelle:*    *Ekonomika Rossii v 1994 godu: analiz i prognoz. Moskau 1994, S. 34.*

### 2.1.3 Landwirtschaft

Bei Agrarprodukten war Rußland vor dem Zerfall der Sowjetunion auf Importe angewiesen. Im innersowjetischen Handel betrug der Einfuhrüberschuß 1990 knapp 3 Mrd. Rubel, im Außenhandel 5 Mrd. Rubel<sup>22</sup>. Nach Erlangung der staatlichen Unabhängig-

<sup>21</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 12.

<sup>22</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 32 f.

keit ist die landwirtschaftliche Produktion gesunken (1992: -9 vH; 1993: -4 vH; 1994: -9 vH). Von diesem Rückgang war die tierische Produktion stärker betroffen (1992: -12 vH; 1993: -5 vH; 1994: -8 vH) als die pflanzliche Produktion (1992: -5 vH; 1993: -3 vH; 1994: -10 vH). Eine wesentliche Ursache für die rückläufige Produktion tierischer Erzeugnisse ist die unzureichende Versorgung mit Futtermitteln, so daß sich die Viehbestände in den letzten vier Jahren kontinuierlich verringert haben (Rinder: -20 vH; Schweine: -30 vH; Schafe undiegen: -38 vH)<sup>23</sup>. Die Fleischproduktion ging seit 1990 um etwa 30 vH zurück (1991: -6 vH; 1992: -12 vH; 1993: -7 vH; 1994: -9 vH), die Milchproduktion um knapp ein Viertel (1991: -7 vH; 1992: -9 vH; 1993: -1 vH; 1994: -8 vH), die Eierproduktion um etwa ein Fünftel (1991: -1 vH; 1992: -9 vH; 1993: -6 vH; 1994: -7 vH). In der pflanzlichen Produktion wurde 1992 mit 107 Mill. t (+20 vH) eine relativ gute Getreideernte verzeichnet; 1993 wurden knapp 100 Mill. t geerntet, 1994 waren es 81 Mill. t<sup>24</sup>. Die pflanzliche Produktion wurde in den letzten Jahren erheblich durch den Rückgang des landwirtschaftlichen Maschinenparks, seine unzureichende Wartung sowie den Mangel an Düngemitteln beeinträchtigt. Der Anteil der Privatbauern an der landwirtschaftlichen Produktion war 1993 mit 2 vH noch gering. Eine erheblich größere Bedeutung hatten die privaten Nebenwirtschaften mit 36 vH. Für 1995 wird mit einem Rückgang der Agrarproduktion von 10 vH gerechnet. Die Getreideernte beträgt nach vorläufigen Schätzungen nur 65 Mill. t, das ist die schlechteste Ernte seit über 30 Jahren<sup>25</sup>.

## 2.2 Investitionen

Die Gleichzeitigkeit von sinkender Produktion und hohen Inflationsraten mußten sich unter den Bedingungen "weicher Budgetrestriktionen" auf die Investitionen besonders stark auswirken. Mehrere Faktoren spielten hier eine Rolle:

---

<sup>23</sup> Vgl. Russia - 1994 (2). Economic Situation. Moskau 1994, S. 15 und 152 f. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 53 ff.

<sup>24</sup> Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 2/1994, S. 64. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 53 ff.

<sup>25</sup> Vgl. Finansovyje izvestija vom 5. Oktober 1995.

- Die Umbruchsituation im Transformationsprozeß führte dazu, daß Investitionsentscheidungen sowohl wegen der politischen Unsicherheit als auch wegen der Friktionen im Zuge des Privatisierungsprozesses vielfach vertagt wurden.
- Im Unternehmenssektor ging die Investitionsbereitschaft angesichts der rückläufigen Produktion wegen der gesunkenen Absatzchancen und der geringeren Kapazitätsauslastung zurück.
- Die Inflation verkürzte die Zeithorizonte der Unternehmen, was sich gleichfalls negativ auf die Investitionsneigung auswirkte.
- In vielen Unternehmen wurde einer weitgehenden Sicherung der Reallöhne Priorität eingeräumt, wodurch die potentiell für Investitionen zur Verfügung stehenden Gewinne geschmälert wurden.
- Durch die fortbestehenden "weichen Budgetrestriktionen" wurde der Anpassungsdruck auf die Unternehmen dahingehend abgeschwächt, daß diese nicht gezwungen waren, Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen zur Kostensenkung durchzuführen.
- Die Bewertung des Anlagevermögens wurde nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen an die Inflationsentwicklung angepaßt, so daß die Abschreibungen zur Finanzierung der notwendigen Ersatzinvestitionen nicht ausreichten.
- Der Staat hat bei seinen Versuchen zur Inflationsbekämpfung und zur Begrenzung der Haushaltsdefizite primär seine investiven Ausgaben reduziert.
- Die weiter praktizierte Subventionierung verlustbringender Staatsbetriebe bewirkte eine Umverteilung zu Lasten der leistungsfähigsten Betriebe und des neu entstehenden Privatsektors, deren Investitionskraft auf diese Weise geschwächt wurde.

- Schließlich hat auch der Bankensektor nur in geringem Umfang langfristige Kredite zur Finanzierung von Investitionen bereitgestellt.

In den Jahren 1991 bis 1994 sank das Investitionsvolumen in der Russischen Föderation auf ein Drittel ihres Niveaus von 1990, wobei der Rückgang der Investitionen deutlich stärker ausfiel als der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Etwas geringer als die Investitionen insgesamt sanken die Bauinvestitionen (-58 vH). Auch in den ersten fünf Monaten des Jahres 1995 übertraf der Rückgang der Investitionen bei weitem denjenigen des BIP (Veränderung in vH zum Vorjahr bzw. zur entsprechenden Vorjahresperiode)<sup>26</sup>:

	1991	1992	1993	1994	Jan.-Mai 1995
Bruttoinlandsprodukt	-13	-19	-12	-15	- 3
Investitionen	-15,5	-40	-12	-26	- 21
darunter:					
Bauinvestitionen	-15	-37	-11	-13	.

Da die Preise für Investitionsgüter und Bauleistungen im Gesamtzeitraum von 1990 bis 1994 überdurchschnittlich angestiegen sind, ist die *Investitionsquote in jeweiligen Preisen* seit 1990 weniger zurückgegangen, als es aufgrund der realen Veränderung von Bruttoinlandsprodukt und Investitionsquote der Fall gewesen wäre. In den Jahren 1993 und 1994 betrug sie jeweils 17 vH (1990: 22 vH; 1992: 15 vH). Die *Investitionsquote in konstanten Preisen* ist demgegenüber kontinuierlich zurückgegangen. In Preisen von 1990 lag sie 1994 bei 14 vH, in Preisen von 1991 sogar nur bei 11 vH (1990: 17 vH; vgl. Tabelle 9).

Die Investitionen in den produzierenden Bereich, zu dem in der russischen Statistik auch das Verkehrs- und Nachrichtenwesen gezählt wird, gingen in den letzten vier

<sup>26</sup> Vgl. Investicii i investicionnaja politika v Rossii. Moskau 1995, S. 6. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 3. A. Frenkel': Investicionnaja sfera v 1992-1995 godach. In: Voprosy statistiki Nr. 6/1995, S. 51. V. N. Volkov: Rossijskaja ekonomika v janvare-mae 1995 goda. In: Den'gi i kredit, Nr. 7/1995, S. 35.

Jahren deutlich stärker zurück (-76 vH) als die Investitionen in den nichtproduzierenden Bereich (-45 vH). Von dem Rückgang der Investitionen in den Jahren 1991 bis 1994 waren der Maschinenbau, die Leichtindustrie und die Landwirtschaft mit jeweils über 90 vH am stärksten betroffen. Eine Schrumpfung der Investitionen zwischen 80 und 90 vH verzeichneten der "Chemie-Holz-Komplex", die Baustoffindustrie, die Bauwirtschaft und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Den geringsten Rückgang unter den produzierenden Bereichen gab es im Brennstoff- und Energiesektor mit 53 vH (vgl. Tabelle 10).

Im Vergleich mit 1990 verringerte sich der Anteil des produzierenden Bereichs an den Gesamtinvestitionen bis 1994 von 71 auf 56 vH. Besonders stark abgenommen hat das relative Gewicht der Investitionen in die Landwirtschaft (1990: 16 vH; 1994: 3 vH). Der Anteil der Investitionen in den Maschinenbau, dem bei der notwendigen Modernisierung der russischen Volkswirtschaft eine Schlüsselrolle zufällt, ging von über 8 vH auf knapp 3 vH zurück. In der Struktur der Investitionen haben außerdem der "Chemie-Holz-Komplex" (1990: 4 vH; 1994: 2 vH), die Leichtindustrie (1990: 1,2 vH; 1994: 0,3 vH), die Bauwirtschaft (1990: 4,5 vH; 1994: 2 vH) und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen (1990: 12 vH; 1994: 8 vH) an Bedeutung verloren. Demgegenüber ist das relative Gewicht der Investitionen in den "Brennstoff- und Energiekomplex" gegenüber 1990 von 14 auf 21 vH und in den Wohnungsbau von 17 auf 23 vH gestiegen (vgl. Tabelle 11).

Angesichts der Überalterung und der technischen Rückständigkeit großer Teile des Kapitalstocks und des daraus resultierenden erheblichen Innovationsbedarfs ist es besonders bedenklich, daß vom Zusammenbruch der Investitionen in den letzten Jahren in erster Linie die Investitionen in Maschinen und Ausrüstung betroffen waren, während die Bauinvestitionen unterdurchschnittlich zurückgingen. Infolgedessen ist der relative Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen (Anteile in vH)<sup>27</sup>:

---

<sup>27</sup> Vgl. Rossijskij statističeskij ežegodnik 1994. Moskau 1994, S. 373. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-sentjabr' 1994 g. Moskau 1994, S. 213.

	1990	1991	1992	1993	Jan-Sept. 1994
Bauinvestitionen	44	47	49	60	68
Ausrüstungsinvestitionen	38	32	25	24	14
Sonstige Investitionen	18	21	26	16	18

Nach wie vor wird überwiegend im ehemals "sozialistischen Sektor" investiert, wobei sich allerdings die Gewichte innerhalb dieses Sektors durch die Umwandlung vieler Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung beträchtlich verschoben haben. Im Jahr 1994 wurden 42 vH aller Investitionen im staatlichen und kommunalen Sektor getätigt (1993: 66 vH), wobei der Anteil der Föderation und der mittleren Gebietskörperschaften an den Gesamtinvestitionen 34 vH betrug (1993: 53 vH), der Anteil der Kommunen 8 vH (1993: 13 vH). Auf die Unternehmen mit gemischten Eigentumsformen, unter denen die Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung die größte Bedeutung haben, entfielen gleichfalls 42 vH der Investitionen (1993: 20 vH). Der Anteil des Privatsektors an den gesamten Investitionen stieg 1994 auf 16 vH gegenüber 14 vH im Vorjahr. Eine große Bedeutung haben die privaten Investitionen insbesondere im Agrarsektor, wo ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen 1994 bei 44 vH lag<sup>28</sup>.

Die Investitionsentwicklung in den einzelnen Regionen Rußlands hat sich in den letzten Jahren merklich differenziert. Vergleichsweise günstig ist die Situation in der Stadt Moskau, wo seit 1993 eine Zunahme der Investitionstätigkeit zu verzeichnen ist (1993: +4 vH; 1994: +3 vH). Die stärksten Rückgänge bei den Investitionen mit jeweils etwa 45 vH gab es 1994 in einigen Regionen Sibiriens (Oblast' Tjumen, Oblast' Kemerowo, Kraj Krasnojarsk)<sup>29</sup>.

Inflationstreibend wirken die überlangen Bauzeiten von Investitionsobjekten. Die ohnehin chronischen Verzögerungen bei der Inbetriebnahme neuen Anlagevermögens

<sup>28</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 42 ff.

<sup>29</sup> Vgl. Investicii i investicionnaja politika v Rossii. Moskau 1995, S. 22 f.

haben sogar noch zugenommen. Die Planungen des föderalen Investitionsprogramms zur Fertigstellung von Investitionsobjekten konnten 1993 lediglich zu 30 vH realisiert werden<sup>30</sup>. Gegenüber 1990 ist die Inbetriebnahme von Anlagevermögen um 85 vH zurückgegangen. Der Wert des in Betrieb genommenen Anlagevermögens in Relation zum gesamten Investitionsvolumen betrug 1993 nur noch 28 vH (1985: 96 vH; 1990: 84 vH; 1991: 75 vH; 1992: 59 vH). Die unvollendeten Investitionen sind somit 1993 erneut um 20 bis 25 vH angestiegen. Ihr Wert erreichte Ende 1993 über 200 vH des jährlichen Investitionsvolumens (1991: 88 vH; 1992: 150 vH)<sup>31</sup>. Auch 1994 hat sich am schleppenden Verlauf der Investitionstätigkeit nichts geändert. Nach den Planungen des föderalen Investitionsprogramms sollten 1994 insgesamt 275 Investitionsobjekte fertiggestellt werden, tatsächlich wurden im Verlauf des Jahres lediglich 92 Objekte in Betrieb genommen<sup>32</sup>.

---

<sup>30</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 35.

<sup>31</sup> Vgl. Rossijskaja federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 6 und 185; *Ekonomika i žizn'*, Nr. 9/1994, S. 1; Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 543.

<sup>32</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 43.

Tabelle 9

## Entwicklung der Investitionsquote in Rußland

	1990	1991	1992	1993	1994
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, Mrd. Rubel	644	1 300	18 063	162,3 <sup>1)</sup>	630 <sup>1)</sup>
Reale Veränderung zum Vorjahr in vH	.	-12,8	-19,0	-12,0	-15,0
Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen 1990, Mrd. Rubel	644	562	455	400	340
Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen 1991, Mrd. Rubel	1 491	1 300	1 053	927	788
Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen 1992, Mrd. Rubel	25 573	22 300	18 063	15 895	13 511
Investitionen in jeweiligen Preisen, Mrd. Rubel	144	210	2 670	27,1 <sup>1)</sup>	106,2 <sup>1)</sup>
Reale Veränderung zum Vorjahr in vH	.	-15,5	-39,7	-12,0	-26,0
Investitionen in konstanten Preisen 1990, Mrd. Rubel	144	122	74	65	48
Investitionen in konstanten Preisen von 1991, Mrd. Rubel	249	210	127	112	83
Investitionen in konstanten Preisen 1992, Mrd. Rubel	5 240	4 428	2 670	2 350	1 739
Investitionsquote in jeweiligen Preisen	22,4	16,2	14,8	16,7	16,9
Investitionsquote in konstanten Preisen 1990	22,4	21,7	16,3	16,3	14,1
Investitionsquote in konstanten Preisen 1991	16,7	16,2	12,1	12,1	10,5
Investitionsquote in konstanten Preisen 1992	20,5	19,9	14,8	14,8	12,9
1) Bill. Rubel.					
<i>Quellen:</i> Russian Economic Trends, Vol. 3, Nr. 1/1994, S. 102 und 113. Rossijskij statističeskij ežegodnik 1994. Moskau 1994, S. 9 ff. und 371. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 3.					



Tabelle 10

**Daten zur Investitionsentwicklung in Rußland**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1990	1991	1992	1993	1994
<b>Investitionen insgesamt</b>	+0,1	-15,5	-39,7	-11,6	-26,1
Produzierender Bereich	-1,1	-18,0	-44,0	-19	-35
Industrie	-9,1	-18,3	-31,0	-14	-43
Brennstoff- und Energie- sektor	-20,1	-16,9	-7,0	-5	-36
Metallurgie <sup>1)</sup>	-1,6	-7,4	-15,0	-23	-41
Maschinenbau	+4,3	-29,2	-59,0	-47	-38
Chemie- und Holzkomplex	+5,0	-10,6	-43,0	-39	-45
Baustoffindustrie	+16,4	+1,2	-38,0	-60	-35
Leichtindustrie	+28,2	-16,6	-49,0	-47	-63
Nahrungsmittelindustrie	+10,0	-8,2	-50,0	-41	.
Landwirtschaft	+8,2	-5,2	-64,0	-37	-70
Bauwirtschaft	-12,0	-16,8	-65,0	-29	-44
Verkehr und Nachrichtenwesen	+19,1	-32,6	-45,0	-28	-32
Handel, Gaststätten, Versor- gungs- und Vertriebssystem	+16,6	-20,8	-63,0	-20	.
Nichtproduzierender Bereich	+2,9	-9,0	-30,0	+1,0	-14,0
Wohnungsbau	+1,2	-7,4	-23,0	-7	-29
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	-2,8	-24,6	-53,0	-25,0	.

1) 1990 und 1991 nur Eisen- und Stahlindustrie, ohne NE-Metallurgie.

*Quellen:* Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 6 und 9; Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 523; Kapital'noe stroitel'stvo v RSFSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 48 f und 91; Kapital'noe stroitel'stvo v Rossijskoj Federaciji. Moskau 1992, S. 21 f. und 53; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 35; O položenii Rossijskoj ekonomiki v 1993 godu i perspektivach ee razvitija na 1994 god. Moskau 1994, S. 179; Russia - 1993: Economic Situation, Issue 4. Moskau 1993, S. 127; Ekonomika i žizn', Nr. 9/1994, S. 1. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-ijun' 1994. Moskau 1994, S. 35 ff. Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federaciji v pervom polugodii 1994 goda i prognoz na bližajušuju perspektivu. Moskau 1994, S. 63 f. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 42. Investicii i investicionnaja politika v Rossii. Moskau 1995, S. 25. Voprosy statistiki, Nr. 6/1995, S. 51. Berechnungen des DIW.

Tabelle 11

**Investitionsstruktur in Rußland  
nach volkswirtschaftlichen Sektoren und Industriezweigen  
in vH**

	1986- 1990	1990	1991	1992	1993	1994
<b>Investitionen insgesamt</b>	100	100	100	100	100	100
Produzierender Bereich	71,5	70,9	68,6	65,5	59,6	56,1
Industrie	37,5	35,9	34,7	39,9	36,3	32,0
Brennstoff- und Energiesektor	15,9	14,0	13,8	21,8	22,8	21,0
Metallurgie	1,6 <sup>1)</sup>	3,1	1,6 <sup>1)</sup>	4,6	3,9	3,4
Maschinenbau	8,4	8,3	6,9	4,9	2,9	2,6
Chemie- und Holzkomplex	3,4	3,6	3,8	3,4	2,3	1,8
Baustoffindustrie	1,2	1,4	1,7	1,6	0,7	0,7
Leichtindustrie	0,9	1,2	1,2	1,0	0,6 <sup>2)</sup>	0,3 <sup>2)</sup>
Nahrungsmittelindustrie	2,3	2,9	3,1	2,7	1,8 <sup>2)</sup>	.
Landwirtschaft	14,9	15,8	17,8	10,2	7,2	3,4
Bauwirtschaft	4,3	4,5	4,5	2,6	2,2	1,7
Verkehr und Nachrichtenwesen <sup>3)</sup>	12,0	11,8	9,4	10,6	8,5	8,4
Handel, Gaststätten, Versorgungs- und Vertriebssystem	.	1,9	1,8	1,1	1,0	.
Nichtproduzierender Bereich	28,5	29,1	31,4	34,4	40,4	43,9
Wohnungsbau	16,3	16,6	18,1	22,8	24,0	23,2 <sup>4)</sup>

1) 1986 bis 1990 und 1991 nur Eisen- und Stahlindustrie, ohne NE-Metallurgie.- 2) Schätzung.-  
3) Für 1992 bis 1994 nach Angaben des Wirtschaftsministeriums. Im statistischen Jahrbuch 1994  
wird der Anteil des Verkehrs- und Nachrichtenwesens 1992 auf 8,8 vH und 1993 auf 10,7 vH  
beziffert.- 4) Januar bis September 1994.

*Quellen:* Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 541 f; Kapital'noe stroi-  
tel'stvo v Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 21 und 53; Centre of Economic Analysis:  
Russia - 1993, Economic Situation. Issue 4. Moskau 1993, S. 127; O položenii rossijskoj  
ekonomiki v 1993 godu i perspektivach ee razvitija na 1994 god. Moskau 1994, S. 61 ff.  
und 179; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 35. Soci-  
al'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-sentjabr' 1994. Moskau 1994, S. 30 ff. Soci-  
al'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 goda i prognoz  
na bližajušuju perspektivu. Moskau 1994, S. 63 f. Rossijskij statističeskij ežegodnik 1994.  
Moskau 1994, S. 373. Investicii i investicionnaja politika v Rossii. Moskau 1995, S. 25.  
Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 44. Berechnungen des  
DIW.

### 2.3 Preisentwicklung

Mit Wirkung vom 2. Januar 1992 wurden 80 vH der Preise für Produktionsgüter und 90 vH der Verbraucherpreise freigegeben. Ausgenommen von der Liberalisierung waren zunächst die Preise für Grundnahrungsmittel, Medikamente und Energie sowie die Mieten, die Verkehrs- und Posttarife, jedoch wurde bereits im März 1992 beschlossen, auch die Preise für Grundnahrungsmittel freizugeben. Mit der Preisliberalisierung trat die zurückgestaute Inflation offen zutage. Im Januar 1992 kam es zu einem sprunghaften Anstieg der industriellen Erzeugerpreise um 380 vH und der Verbraucherpreise um 245 vH. Auch nach diesem zum Abbau des Geldüberhangs notwendigen Preissprung verharrten die Inflationsraten auf einem hohen Niveau. Wegen der monopolistischen Angebotsstrukturen und der fortbestehenden "weichen" Budgetrestriktionen fehlte ein Zwang zur Kostensenkung und zur Anpassung der Preise an die Nachfrage. Auf die nach der Preisfreigabe eingetretenen Absatzprobleme reagierten die Unternehmen daher nicht mit einer teilweisen Rücknahme der Preiserhöhungen, sondern lediglich mit einer Drosselung der Produktion.

Die Verbraucherpreise stiegen im Verlauf des Jahres 1992 um 2 500 vH (Nahrungsmittel: +2 100 vH; übrige Konsumgüter: +2 600 vH; Dienstleistungen: +3 300 vH), wobei allein im 1. Quartal Preissteigerungen von über 500 vH verzeichnet wurden. Im Jahresverlauf 1993 betrug der Anstieg der Verbraucherpreise 840 vH (Nahrungsmittel: +800 vH; übrige Konsumgüter: +640 vH; Dienstleistungen: +2 300 vH), die monatlichen Inflationsraten lagen in der Regel zwischen 20 und 30 vH. Erst zum Jahresende schwächte sich die Inflation etwas ab. Diese Abschwächungstendenz setzte sich 1994 fort. Die monatlichen Inflationsraten lagen 1994 meist unter 10 vH, gegen Jahresende kam es allerdings wieder zu einer Beschleunigung der Inflation. Im Dezember 1994 lag der Preisanstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat bei 215 vH (Nahrungsmittel: +233 vH; Sonstige Konsumgüter: +169 vH; Dienstleistungen: +522 vH; vgl. Tabelle 12). Nach wie vor werden die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel, aber auch für Kinderkleidung und Medikamente auf lokaler Ebene in

einigen regionen administriert, wobei meistens eine Begrenzung der Handelsspannen praktiziert wird<sup>33</sup>.

Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise lag in den letzten drei Jahren über dem Anstieg der Verbraucherpreise. Hierbei kam es zu erheblichen Verschiebungen in den relativen Preisen. Überdurchschnittlich wurden seit 1992 insbesondere die Stromtarife sowie die Preise der Brennstoffindustrie und der Chemieindustrie erhöht. Demgegenüber blieben die Preissteigerungen für die Erzeugnisse der Leichtindustrie, deren Konkurrenzfähigkeit selbst auf dem Binnenmarkt gering ist, deutlich hinter dem allgemeinen Preisanstieg zurück (vgl. Tabelle 12).

---

<sup>33</sup> Vgl. Vestnik ekonomiki, ijul'-avgust' 1994, S. 15.

Tabelle 12

**Daten zur Preisentwicklung in Rußland 1991 bis 1995**  
Basisperiode jeweils = 100

	1991 <sup>1)</sup>	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>	1994 <sup>1)</sup>	August 1995 zu	
					Aug. 1994	Dez. 1994
<b>Verbraucherpreise</b>	260	2 610	940	315	325	196
Nahrungsmittel	271	2 670	938	333	342	196
Andere Konsumgüter	311	2 670	742	269	284	180
Dienstleistungen	179	2 220	2 410	622	401	260
<b>Industrielle Erzeugerpreise</b>	340	3 380	995	333	355	238
Elektrizitätswirtschaft	210	5 510	1 358	329	311	275
Brennstoffindustrie	230	9 270	734	301	348	249
Eisen- und Stahlindustrie	340	3 620	1 186	342	373	246
NE-Metallurgie	330	5 220	658	396	379	208
Chemieindustrie	270	3 890	948	362	357	246
Petrochemie	250	5 350	772	360	381	239
Maschinenbau und Metallverarbeitung	310	2 720	1 049	330	360	236
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	340	2 020	989	371	370	235
Baustoffindustrie	310	2 810	1 245	312	309	226
Leichtindustrie	470	1 260	781	341	379	223
Nahrungsmittelindustrie	410	2 730	1 071	308	370	219

1) Dezember zu Dezember des Vorjahres.

*Quellen:* Goskomstat Rossii: Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 205. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 287. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 309. Goskomstat Rossii: Ceny v Rossojskoj Federacii. Moskau 1995, S. 25 und 123 f. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-avgust 1995 g. Moskau 1995, S. 258 und 262.

## 2.4 Lohn- und Einkommensentwicklung

Ein zuverlässiges Bild von der Entwicklung der Reallöhne und -einkommen läßt sich nur schwer gewinnen. Eine einfache Gegenüberstellung der Entwicklung von Nominallöhnen und -einkommen einerseits und Verbraucherpreisen andererseits ist aus mehreren Gründen nicht hinreichend. Erstens überzeichnet die Statistik den Rückgang der Realeinkommen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Preisfreigabe Anfang 1992, da in den Vorjahren wegen der sich verschärfenden zurückgestauten Inflation immer mehr Güter überhaupt nicht oder nur in unzureichendem Maße zu den staatlich festgelegten Preisen verfügbar waren. Zweitens werden die Einkommen aus zweiten Arbeitsverhältnissen und aus privatwirtschaftlichen Aktivitäten überwiegend statistisch nicht erfaßt. Drittens sind im Zuge des Transformationsprozesses Sozialleistungen der Betriebe entfallen oder reduziert worden, die in der Statistik ebenfalls nicht berücksichtigt werden.

Ungeachtet der wachsenden Versorgungsschwierigkeiten 1991 verzeichnet die russische Einkommensstatistik für dieses Jahr noch einen Zuwachs der Realeinkommen. (4. Quartal 1991 gegenüber Jahresdurchschnitt 1990: +19 vH). Der Rückgang der Realeinkommen im 1. Quartal 1992 im Zusammenhang mit der Preisfreigabe wird mit 54 vH gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1990 und 61 vH gegenüber dem 4. Quartal 1991 angegeben. Seither kam es bei starken saisonalen Schwankungen tendenziell zu einem Anstieg der Realeinkommen. Im Dezember 1994 erreichten die Realeinkommen 82 vH des Jahresdurchschnitts von 1990<sup>34</sup>. Der Anteil der Lohneinkommen an den gesamten Einkommen lag 1994 bei 47 vH gegenüber 61 vH im Vorjahr. Der Anteil der Transfereinkommen blieb unverändert bei etwa 15 vH, der Anteil der Einkommen aus Vermögen, aus Unternehmertätigkeit und anderen Quellen stieg von 24 auf 38 vH<sup>35</sup>.

Die Lohnentwicklung blieb im Beobachtungszeitraum hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück. Bis zum 4. Quartal 1991 verzeichnet die offizielle Statistik einen Anstieg der Reallöhne um 7 vH. Nach der Preisfreigabe wird der Rückgang der

---

<sup>34</sup> Vgl. Russian Economic Trends. Monthly Update. 14. Juni 1995, S. 19.

<sup>35</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 145.

Reallöhne im Januar 1992 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1990 auf 48 vH und gegenüber dem 4. Quartal 1991 auf 51 vH beziffert. In der Folgezeit kam es bei den Reallöhnen zu stärkeren Schwankungen als bei den Realeinkommen. Im Jahr 1993 erreichten die Reallöhne zeitweise über 70 vH ihres durchschnittlichen Niveaus von 1990, im Dezember 1994 waren es 63 vH und im Juli 1995 knapp 45 vH<sup>36</sup>. Die nominalen Durchschnittslöhne betragen im Juli 1995 500 000 Rubel. Die höchsten Löhne wurden in der Brennstoffindustrie (1,3 Mill. Rubel), in der Stromwirtschaft (1 Mill. Rubel), in der NE-Metallurgie (1,1 Mill. Rubel), im Verkehrswesen (814 000 Rubel) und im Bank- und Versicherungsgewerbe (741 000 Rubel) gezahlt, die niedrigsten Löhne in der Leichtindustrie (268 000 Rubel), in der Landwirtschaft (242 000 Rubel), im Bereich von Kultur und Kunst (259 000 Rubel) und im Bildungswesen (277 000 Rubel)<sup>37</sup>.

## 2.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistiken ist mit besonderer Unsicherheit behaftet. Ende August 1995 waren bei den Arbeitsämtern lediglich 2,3 Mill. Personen ohne Beschäftigung registriert, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von etwas über 3 vH (Ende Dezember 1993: 1,1 Mill. = 1,5 vH). Von ihnen waren 2,1 Mill. (Ende Dezember 1993: 836 000) als Arbeitslose anerkannt, d.h. sie waren länger als drei Monate ohne Beschäftigung. Die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen betrug 460 000 gegenüber 352 000 Ende Dezember 1993 (vgl. Tabelle 13).

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß sich insbesondere in den ländlichen Gebieten nicht alle Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern melden. Das Staatskomitee für Statistik hat daher alternativ zu den Meldungen der Arbeitsämter die Zahl der Arbeitslosen nach der Methodik des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) mit 5,7 Mill. errechnet, was einer Arbeitslosenquote von 8 vH entspräche (Ende Dezember 1993: 3,8 Mill.

---

<sup>36</sup> Vgl. Russian Economic Trends. Monthly Update. 19. September 1995, Tabelle 9.

<sup>37</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-avgust' 1995 g. Moskau 1995, S. 135 f.

= 5 vH). Wegen der fortdauernden Unterstützung verlustbringender Unternehmen durch den Staat, der Nichtanwendung des Konkursgesetzes sowie der umfangreichen Praktizierung verschiedener Formen von Kurzarbeit entsprach der Beschäftigungsabbau in den staatlichen bzw. in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetrieben bis jetzt bei weitem nicht dem Produktionsrückgang. Es existiert daher eine verdeckte Arbeitslosigkeit. Ihr Umfang wird von Goskomstat gleichfalls mit etwa 4,5 Mill. angegeben wird, so daß von einer "potentiellen Arbeitslosigkeit" von über 9 Mill. ausgegangen wird<sup>38</sup>. Angesichts eines Rückgangs des BIP seit 1990 um etwa 50 vH und der bereits in der Ausgangssituation vorhandenen personellen Überbesetzung der meisten Staatsbetriebe ist jedoch selbst diese Größe relativ niedrig.

Der Arbeitsmarkt wird allerdings durch die zunehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Sektor entlastet, die von der Statistik nur in unzureichendem Maße erfaßt werden. Insbesondere wächst die Bedeutung von zweiten Arbeitsverhältnissen, die den von Kurzarbeit betroffenen Personen die Möglichkeit verschaffen, ihre Einkommenseinbußen teilweise zu kompensieren. Der Gesamtumfang derartiger Beschäftigungsverhältnisse belief sich Mitte 1994 schätzungsweise auf 8 Mill., davon entfielen etwa 2,5 Mill. auf Handels- und Vermittlungstätigkeiten<sup>39</sup>.

Zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts hat die Russische Regierung am 15. Juni 1994 ergänzend zu den bisherigen Beschlüssen auf diesem Gebiet ein föderales Beschäftigungsprogramm für das Jahr 1994 verabschiedet. Das Programm soll etwa 9 Mill. Personen zugute kommen und hat ein Volumen von 4 bis 6 Bill. Rubel. Zu den Bestandteilen des Programms zählen gezielte Hilfen für zahlungsunfähige und vom Konkurs bedrohte Unternehmen, Lohnsubventionen, Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen, finanzielle Hilfen für Arbeitslose sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter<sup>40</sup>.

---

<sup>38</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-sentjabr' 1994 g. Moskau 1994, S. 73 f. und 282 ff. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-avgust 1995 g. Moskau 1995, S. 121 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Vestnik ekonomiki ijul'-avgust 1994 g., S. 39.

<sup>40</sup> Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 13/1994, S. 2020 ff.



Ungeachtet des Produktionsrückgangs kam es bis 1993 zu keiner entsprechenden Anpassung des Arbeitskräftebestands. Im Jahresdurchschnitt 1993 betrug die Zahl der Beschäftigten in der Industrie 21,6 Mill., dies waren 2 vH weniger als im Vorjahr und 5 vH weniger als 1990. Einen Beschäftigungsabbau verzeichneten 1993 der Maschinenbau (-10 vH), der "Chemie-Holz-Komplex" (-6 vH), die Baustoffindustrie (-12,5 vH) und die Leichtindustrie (-6 vH). In der Metallurgie blieb die Zahl der Arbeitskräfte konstant, im "Brennstoff- und Energiekomplex" gab es sogar einen Zuwachs der Beschäftigung um 11 vH. Für 1994 erwartete die Regierung eine Verringerung der Zahl der industriellen Arbeitskräfte um 12 vH, wobei dieser Rückgang fast ausschließlich den "Chemie-Holz-Komplex" (-38 vH) und den Maschinenbau (-8 vH) betreffen sollte. Die Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft, der Bauwirtschaft, dem Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie dem Handel blieben 1993 nahezu konstant. Für 1994 wurde mit einem Rückgang der Beschäftigung in der Bauwirtschaft um 12 vH, im Handel um 10 vH und im Verkehrs- und Nachrichtenwesen um 7 vH gerechnet (vgl. Tabelle 14).

Die Beschäftigung in den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft entwickelte sich auch im Verlauf des 1. Halbjahrs 1995 sehr uneinheitlich. In der Industrie ging die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum von Juni 1994 bis Juni 1995 um 9 vH zurück. Hierbei verzeichneten die Stromwirtschaft (+3 vH), die Erdölförderung (+52 vH), die Erdölverarbeitung (+4 vH), die Erdgasindustrie (+5 vH) und die Nahrungsmittelindustrie (+ 1 vH) einen Anstieg der Beschäftigung, während die Leichtindustrie (-16 vH) ihre Beschäftigtenzahl in besonders starkem Maße abbaute. In den übrigen Wirtschaftsbereichen gab es Beschäftigungszuwächse im Bildungswesen (+6 vH), im Kulturbereich (+2 vH), im Gesundheits- und Sozialwesen (+2 vH), im Wohnungs-, Kommunal- und Dienstleistungssektor (+18 vH), im Banken- und Versicherungssektor (+17 vH) und in der staatlichen Verwaltung (+5 vH). Überdurchschnittlich stark ging die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft (-16 vH) und in der Bauwirtschaft (-13 vH) zurück<sup>41</sup>.

---

<sup>41</sup> Vgl. *Rossija - 1995: Ekonomičeskaja kon-junktura*. Vypusk 2. Moskau 1995, S. 163.

Tabelle 13

## Arbeitsmarktentwicklung 1993 bis 1995

Datum	Arbeitslose in 1000 Personen			Offene Stellen
	Berechnungs- methode der ILO	Bei den Arbeitsäm- tern gemeldet	Anerkannt <sup>1)</sup>	
1. Januar 1993	3 588	968	578	307
1. Februar 1993	.	1 014	628	301
1. März 1993	.	1 065	692	311
1. April 1993	.	1 082	732	358
1. Mai 1993	.	1 086	751	404
1. Juni 1993	.	1 055	740	472
1. Juli 1993	.	1 006	717	519
1. August 1993	.	989	717	511
1. September 1993	.	979	714	511
1. Oktober 1993	.	969	706	496
1. November 1993	.	994	728	453
1. Dezember 1993	.	1 056	779	386
1. Januar 1994	3 800	1 085	836	352
1. Februar 1994	3 800	1 165	894	283
1. März 1994	4 000	1 266	989	275
1. April 1994	4 400	1 364	1 083	289
1. Mai 1994	4 500	1 460	1 180	325
1. Juni 1994	4 500	1 483	1 219	347
1. Juli 1994	4 500	1 516	1 260	374
1. August 1994	4 600	1 581	1 324	382
1. September 1994	4 600	1 652	1 392	406
1. Oktober 1994	4 700	1 687	1 426	412
1. November 1994	.	1 746	1 475	384
1. Dezember 1994	.	1 826	1 549	358
1. Januar 1995	5 300	1 878	1 637	326
1. Februar 1995	.	1 963	1 710	311
1. März 1995	.	2 096	1 839	316
1. April 1995	.	2 166	1 921	329
1. Mai 1995	5 700	2 220	1 986	368
1. Juni 1995	.	2 236	1 993	405
1. Juli 1995	.	2 241	2 004	445
1. August 1995	.	2 282	2 048	454
1. September 1995	5 700	2 334	2 098	460

1) Mindestens drei Monate ohne Beschäftigung.

*Quellen:* Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 153 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994 g. Moskau 1994, S. 48; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-fevral' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-mart 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar-aprel' 1994 g. Moskau 1994, S.4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Russian Economic Trends. Monthly Update. 31. August 1994; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar-sentjabr' 1994 g. Moskau 1994, S. 4, 73, 282 ff.; Russian Economic Trends. Monthly Update. 17. Oktober 1994, S. 14; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 135; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-aprel' 1995 g. Moskau 1995, S. 108; Russian Economic Trends. Monthly Update. 19. September 1995; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-avgust' 1995 g. Moskau 1995, S. 121 ff.

Tabelle 14

**Daten zur Beschäftigungsentwicklung  
in Mill. Personen**

	1992	1993	1994 Schätzung
<b>Insgesamt</b>	70,6	70,2	65,5
<b>Industrie</b>	22,0	21,6	19,0
Brennstoff- und Energiekomplex	1,8	2,0	2,0
Metallurgie	1,6	1,6	1,7
Chemie-Holz-Komplex	3,1	2,9	1,8
Maschinenbau und Metallverarbeitung	7,9	7,1	6,5
Baustoffindustrie	0,8	0,7	0,7
Leichtindustrie	1,6	1,5	1,4
Übrige Industriezweige	4,8	5,1	4,2
Landwirtschaft	9,6	9,8	9,8
Bauwirtschaft	8,4	8,3	7,3
Verkehr und Nachrichtenwesen	5,5	5,4	5,0
Forstwirtschaft	0,2	0,2	0,2
Handel	5,7	5,7	5,1
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	2,8	2,8	2,8
Gesundheitswesen, Sport, Sozialwesen	3,8	3,9	4,0
Bildung, Kultur, Kunst	6,7	6,8	6,9
Wissenschaft und wissenschaftliche Dienstleistungen	2,3	2,3	2,2
Kreditwesen, staatliche Versicherung, Staatsverwaltung	2,6	2,5	2,5
<i>Quelle:</i> Sobranie zakonodatel'stva Rossijkoj Federacii, Nr. 13/1994, S. 2038 f.			

## 2.6 Öffentliche Haushalte

Eine zentrale Herausforderung beim Übergang auf eine - wie auch immer konkret ausgestaltete - Marktwirtschaft stellt die Implementierung einer neuen Finanzverfassung dar. Diese kann als ein Spiegel für den Wandel des Staatsverständnisses begriffen

werden, der dem jeweiligen Transformationsprozeß zugrunde liegt. In der Regel müssen während der Transformationsphase Umfang und Prioritäten der Staatsaufgaben neu bestimmt werden. Betroffen sind von dieser Neudefinition sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte. Mithin ist die Konzeption eines völlig neuen Finanzsystems notwendig.

Im Mittelpunkt der Finanzpolitik der Russischen Föderation stehen seit der Erlangung der Unabhängigkeit vor allem zwei Problemfelder: Die Implementierung einer stabilitätsorientierten Fiskalpolitik und die Schaffung eines tragfähigen Föderalismusystems. Beide Aufgaben müssen bislang als im wesentlichen ungelöst gelten. Insbesondere in der Vielzahl und Widersprüchlichkeit der finanzrechtlichen Veränderungen seit 1992 sowie den erheblichen Verzögerungen und Auseinandersetzungen bei der Verabschiedung des Föderationshaushalts spiegelt sich die anhaltende Konzeptionslosigkeit der Finanzpolitik wider. Die chronischen Probleme wie Defizithöhe, -entstehung und -finanzierung konnten bislang nicht einmal ansatzweise entschärft werden. Vielmehr zeigte die tatsächliche Entwicklung, daß trotz immenser realer Ausgabenkürzungen die von den öffentlichen Haushalten an das Bruttoinlandsprodukt gestellten Ansprüche zunehmend über die Einnahmemöglichkeiten hinausgehen.

Seit 1992 sind die Einnahmen des konsolidierten Haushalts<sup>42</sup> gemessen an ihrem Anteil am BIP stark rückläufig (vgl. Tabelle 15). Wesentliche Ursachen des deutlichen Einnahmeneinbruchs sind sowohl der dramatische Produktionsrückgang, durch den sich die Steuerbasis im Zeitverlauf stark verringert hat, als auch die hohe Inflation, durch die sich bei Verzögerungen der Steuerzahlungen deren rasche reale Entwertung ergibt. In dem erheblichen realen Rückgang des Gesamtsteueraufkommens spiegeln sich allerdings nicht nur steuerrechtliche Veränderungen sondern auch die verschlechterte Liquiditätssituation des Unternehmenssektors sowie die unzureichende Erfassung privatwirtschaftlicher Aktivitäten wider. Offensichtlich reagieren die Unternehmen auf

---

<sup>42</sup> Unter den "konsolidierten Haushalt" werden der Föderationshaushalt und die Haushalte der unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften gefaßt. Unberücksichtigt bleiben die außerbudgetären Fonds, die Gemeinden und die Aktivitäten der staatlichen Unternehmen. Daher spiegelt sich im Verhältnis der Einnahmen zum BIP nicht die Abgabenquote wider; die Abführungen in die zahlreichen außerbudgetären Fonds werden auf eine Größenordnung von etwa 20 vH des BIP geschätzt. Vgl. dazu auch Kapitel 2.4.4.

eine Verschärfung des geld- und kreditpolitischen Kurses - wie sie im ersten Halbjahr 1994 zu beobachten war - nicht nur mit einer Ausweitung ihrer zwischenbetrieblichen Verschuldung, sondern schaffen sich einen zusätzlichen Finanzierungsspielraum durch verzögerte bzw. nicht erfolgte Steuerabführungen.

Der reale Rückgang des Steueraufkommens ging mit einem Strukturwandel auf der Einnahmenseite einher, in der sich sowohl die zahlreichen steuerrechtlichen Veränderungen seit 1992 als auch die Abführungspraxis der Unternehmen spiegelt. In der Folge ist eine Gewichtsverschiebung zwischen Mehrwertsteueraufkommen und Gewinnsteuer zu beobachten. Die Aufkommen aus beiden Steuerarten sind allerdings - insbesondere im ersten Halbjahr 1994 - real rückläufig. Eine nach wie vor untergeordnete Rolle spielt die progressiv angelegte Einkommensteuer. Seit Jahresbeginn 1994 haben die Einnahmen aus Zöllen etc. - entsprechend der steuerrechtlichen Veränderungen - erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte würde sich allerdings unter der Bedingung korrekter Abführung völlig anders darstellen; die den Finanzbehörden bekannten Steuerschulden des Unternehmenssektors überstiegen im ersten Halbjahr 1994 das Volumen des Gewinnsteueraufkommens. Darüberhinaus überfordern die zahlreichen steuerrechtlichen Veränderungen die immer noch erst im Aufbau begriffene Finanzverwaltung, so daß von einer nur rudimentären Erfassung der steuerrechtlich relevanten Aktivitäten auszugehen ist.

Trotz erheblicher realer Ausgabenkürzungen ist der Anteil der Ausgaben am BIP seit 1992 um etwa 2 Prozentpunkte auf 35 vH gestiegen; verantwortlich dafür ist der noch schärfere reale Einbruch des BIP. Die bislang deutlichsten realen Ausgabeneinschnitte lassen sich für das erste Halbjahr 1994 festmachen; allerdings gehen sie bislang mit einem nur zögerlichen Strukturwandel auf der Ausgabenseite einher: Zwar übertrafen die Ausgaben für "Sozial-kulturelle Maßnahmen" erstmals im ersten Halbjahr 1994 geringfügig das Volumen des Postens "Volkswirtschaft", hinter dem sich im wesentlichen Subventionszahlungen verbergen. Doch ist dies eher zufällig und für das Gesamtjahr nicht aufrechtzuerhalten<sup>43</sup>. Daher ist dies nicht als eine grundlegende Abkehr von

---

<sup>43</sup> Vgl. Social 'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-sentjabr' 1994 g. Moskau 1994. S. 97 f.

der bisherigen Subventionspraxis zu interpretieren. Vielmehr deutet der gleichzeitige Anstieg der "Sonstigen Ausgaben" auf eine Umschichtung zugunsten von subventionierten Krediten hin, die u. a. unter den Posten gefaßt werden. Demnach ist noch immer kein Übergang von der objektorientierten auf eine subjektorientierte Subventionspraxis festzustellen. Beachtlich ist die Durchsetzbarkeit real rückläufiger Verteidigungsausgaben; allerdings sind auch hier Umschichtungen zwischen einzelnen Haushaltsposten denkbar. Die rückläufigen Ausgaben für zentralisierte Importe erklären sich durch eine Veränderung der Gesetzeslage zu Jahresbeginn 1994<sup>44</sup>.

Bedingt durch die erheblichen Produktionseinbrüche und die rasche Entwertung der Steuereinnahmen bei hoher Inflation hat sich der reale Einbruch auf der Einnahmenseite des konsolidierten Haushalts im Zeitverlauf beschleunigt. Trotz des gleichzeitigen realen Ausgabenrückgangs ist die so gemessene Staatsquote tendenziell gestiegen; die Ausgabenkürzungen wurden damit vom Rückgang des BIP überkompensiert. Der Spielraum, in dem auf den realen Einnahmerückgang mit einer realen Ausgabenkürzung reagiert werden kann, scheint daher zusehends erschöpft. Folglich droht das Defizit des konsolidierten Haushalts zunehmend außer Kontrolle zu geraten<sup>45</sup>.

Nach wie vor begünstigt die eingeschränkte Zentralbankautonomie eine Defizitfinanzierung über stark vergünstigte Zentralbankkredite, die einem Forderungsverzicht der Zentralbank gegenüber dem Budget gleichkommen. Dieser Zugriff auf Zentralbankkredite - den nur der Föderationshaushalt besitzt - eröffnet insbesondere unter der Nebenbedingung, daß Konkurse im Unternehmens- und Bankensektors möglichst vermieden werden sollen, Substitutionsmöglichkeiten zwischen budgetfinanzierten Subventionen, subventionierten Krediten und vergünstigten Zentralbankkrediten an den Unternehmenssektor. Einer Verschärfung des geld- und kreditpolitischen Kurses kann

---

<sup>44</sup> Bereits 1993 wurden die Importsubventionen verringert; zu Jahresbeginn 1994 gänzlich abgeschafft. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47-48/1994, S.819.

<sup>45</sup> Das Defizit erreichte im ersten Halbjahr 1994 die Größenordnung von 9 vH des BIP. Da im zweiten Halbjahr erfahrungsgemäß der Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte deutlich steigt, ist zu erwarten, daß noch zum Jahresende die 10-Prozent-Marke überschritten wird.

so einerseits mit einer Lockerung der Finanzpolitik entgegnet werden, andererseits kann sie aber auch durch Nichtabführung von Abgaben von seiten des Unternehmenssektors bzw. der nachgeordneten Gebietskörperschaften erzwungen werden und so in einem zweiten Schritt die Lockerung der Kreditpolitik nach sich ziehen.

Die Machtposition der unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften (Regionen) spiegelt sich in den unterschiedlichen Finanzsituationen der einzelnen föderalen Ebenen wider: Während die Haushalte der Regionen in ihrer Summe über leichte bis deutliche Überschüsse verfügen, ist der Föderationshaushalt hochgradig defizitär. Ihre Liquidität sichern die nachgeordneten Gebietskörperschaften nicht nur durch regionale Steuererhebung und das komplizierte Finanzausgleichssystem<sup>46</sup>, sondern auch durch die Nichtabführung von Steuern in das föderale Budget. In weitgehender Analogie zu den Unternehmen wälzen die Regionen offensichtlich Liquiditätsschwierigkeiten an das föderale Budget ab. Hierin spiegelt sich vor allem die unterschiedliche Zugriffsmöglichkeit der einzelnen föderalen Ebenen auf vergünstigte Zentralbankkredite. Damit kommt den umgelösten Föderalismusproblemen nicht nur eine verteilungspolitische, sondern darüberhinaus eine erhebliche stabilisierungspolitische Relevanz zu.

Insgesamt läßt sich bislang in der Russischen Föderation noch kein in sich konsistenter finanzpolitischer Kurs erkennen, der sowohl der stabilisierungspolitischen Verantwortung als auch den verteilungspolitischen Ansprüchen Rechnung tragen könnte. Zudem begünstigen die bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen das Unterlaufen von Stabilisierungsansätzen. Destabilisierend wirkt weiter die ständige Veränderung der Steuergesetzgebung, die offensichtlich noch lange nicht ihren Endpunkt erreicht hat. Damit geht von der Finanzpolitik eher eine grundsätzliche Verunsicherung aus, denn das gesamte Finanzsystem wirkt wie das unkoordinierte Zusammenspiel von oftmals ad hoc ergriffenen Einzelmaßnahmen, deren alsbaldige Revision nicht ausgeschlossen werden kann. Bei der nur rudimentären Steuererfassung und den instabilen politischen Rahmenbedingungen können insbesondere Investitionsanreize durch Steuervergünstigungen - wie sie noch für 1994 angekündigt wurden - nur begrenzt wirken.

---

<sup>46</sup> Die gesetzlichen Grundlagen für die Erhebungspraxis wurden zuletzt zu Jahresbeginn 1994 erheblich zugunsten der nachgeordneten Gebietskörperschaften revidiert. Vgl. Kapitel 2.4.2.2.

Tabelle 15

### Konsolidierter Haushalt Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992	1993			1994	1992	1993			1994	1992	1993			1994
	Jahr	1.Halb-	2.Halb-	Jahr	1.Halb-	Jahr	1.Halb-	2.Halb-	Jahr	1.Halb-	Jahr	1.Halb-	2.Halb-	Jahr	1.Halb-
		jahr	jahr	jahr	jahr		jahr	jahr	jahr	jahr		jahr	jahr	jahr	
	in Bill. Rubel					in vH der Gesamteinnahmen/-ausgaben					in vH des B I P				
<b>Einnahmen, insgesamt</b>	<b>5,3</b>	<b>13,2</b>	<b>28,6</b>	<b>41,8</b>	<b>60,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>29,4</b>	<b>28,8</b>	<b>24,6</b>	<b>25,8</b>	<b>25,5</b>
Direkte Steuern															
davon aus: Gewinnsteuer	1,6	5,1	11,7	16,8	18,1	29,4	38,6	40,8	40,1	30,2	8,7	11,1	10,0	10,3	7,7
Einkommensteuer	0,4	1,0	3,4	4,4	5,9	8,1	7,6	11,9	10,5	9,8	2,4	2,2	2,9	2,7	2,5
Indirekte Steuern															
davon aus: Akzisen	0,2	0,5	1,3	1,8	2,2	4,0	3,8	4,6	4,3	3,7	1,2	1,1	1,1	1,1	0,9
Mehrwertsteuer	2,0	3,6	7,7	11,3	12,1	37,7	27,3	26,8	27,0	20,2	11,1	7,9	6,6	7,0	5,1
Zölle etc.	0,5	0,9	1,4	2,3	7,2	8,8	6,8	5,0	5,6	12,0	2,6	2,0	1,2	1,4	3,1
Sonstige Einnahmen	0,6	2,1	3,1	5,2	14,5	12,0	15,9	10,9	12,5	24,2	3,5	4,6	2,7	3,2	6,2
<b>Ausgaben, insgesamt</b>	<b>6,0</b>	<b>14,6</b>	<b>42,7</b>	<b>57,3</b>	<b>81,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>33,0</b>	<b>31,9</b>	<b>36,7</b>	<b>35,3</b>	<b>34,4</b>
Volkswirtschaft	2,1	3,9	12,2	16,1	19,8	34,5	26,7	28,6	28,1	24,4	11,4	8,5	10,5	9,9	8,4
Sozial-kulturelle Maßnahmen	1,4	3,8	10,5	14,3	20,6	23,2	26,0	24,6	25,0	25,4	7,6	8,3	9,0	8,8	8,7
Verteidigung	0,9	1,9	5,3	7,2	9,6	14,3	13,0	12,4	12,6	11,9	4,7	4,1	4,5	4,4	4,1
Subventionierte Importe	0,4	0,6	2,2	2,8	1,8	7,0	4,3	5,2	4,9	2,2	2,3	1,4	1,9	1,7	0,8
Sonstige	1,3	4,4	12,5	16,9	29,2	21,0	30,0	29,3	29,5	36,0	6,9	9,6	10,7	10,4	12,4
<b>Saldo Einnahmen-Ausgaben</b>	<b>-0,6<sup>1)</sup></b>	<b>-1,4</b>	<b>-14,1</b>	<b>-15,5</b>	<b>-21,0</b>						<b>-3,6<sup>1)</sup></b>	<b>-3,1</b>	<b>-12,1</b>	<b>-9,5</b>	<b>-8,9</b>

<sup>1)</sup> Im Jahre 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. Vgl. Voprosy Ekonomiki, Nr. 1/1994, S. 42.

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' - ijul' 1994 g. Moskau 1994; Berechnungen des DIW.



## 2.7 Geldpolitik

Grundsätzlich kommt dem Geld in einer Marktwirtschaft eine andere Rolle als in einer Planwirtschaft zu: In einer Planwirtschaft wird dem Geld eine eher passive Rolle zugeschrieben, da es in erster Linie die Umsetzung der von einer zentralen Planungsbehörde ausgearbeiteten verbindlichen Pläne der wirtschaftlichen Entwicklung erleichtern sollte und sein Einfluß auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses als nachgeordnet angesehen wird; dazu wurden in der Regel weitgehend voneinander getrennte Bar- und Buchgeldkreisläufe etabliert. Der Verrechnung zwischen den Betrieben diente in der Regel das Buchgeld; das Bargeld stellte dagegen im wesentlichen einen Anspruch auf Konsumgüter dar. Entscheidend für die Planwirtschaften sowjetischen Typs war, daß es kein universales Zahlungsmittel gab.

In einer funktionierenden Marktwirtschaft erfüllt dagegen die heimische Währung nicht nur die Funktion eines universalen Zahlungs- und Tauschmittels, sondern zugleich eine Wertaufbewahrungsfunktion. Die Komplexität dieser Geldfunktionen führt dazu, daß die wirtschaftliche Entwicklung in einer Marktwirtschaft erheblich von monetären Einflußfaktoren abhängt; dem Geld kommt eine aktive Rolle zu. Die Etablierung einer heimischen Währung, die diese Funktionen angemessen erfüllen kann, ist daher ein Kernelement des Übergangs von einer Planwirtschaft sowjetischen Typs auf eine Marktwirtschaft. Die notwendige institutionelle Voraussetzung dazu ist eine völlige Umstrukturierung des Bankensystems; insbesondere die Schaffung einer unabhängigen Zentralbank, die die innere und äußere Stabilität der Währung glaubwürdig sichern kann.

In der Russischen Föderation ist formal der Übergang von dem vormals einstufigen auf ein zweistufiges Bankensystem gelungen. De facto jedoch wurde die enge Verknüpfung von Banken-, Unternehmens- und Staatssektor bislang nicht aufgegeben, insbesondere ist die Unabhängigkeit der Zentralbank nicht gewährleistet<sup>47</sup>. Denn die Zentralbank ist nach der Verfassung der Russischen Föderation zwar zur Sicherung der äußeren und

---

<sup>47</sup> Vgl. Zakon RSFSR ot 2. dekabrja 1990 g. "O Central'nom banke RSFSR (banke Ros-sii)".

inneren Stabilität des Rubels verpflichtet. Und formal stehen ihr auch die klassischen geldpolitischen Instrumentarien wie Refinanzierungspolitik, Offenmarktoperationen, Mindestreservpolitik und Devisenmarktoperationen dazu zur Verfügung. Doch ist die Zentralbank vor allem von finanzpolitischen Entscheidungen abhängig, da die Finanzierung des Haushaltsdefizits bislang immer noch im wesentlichen durch angewiesene Zentralbankkredite erfolgt, so daß die zur Sicherung der inneren und äußeren Stabilität des Rubels notwendigen Instrumente de facto nur unzureichend von ihr kontrolliert werden.

Tatsächlich ist die fehlende Geldwertstabilität seit Beginn der Reformen das zentrale Problem der russischen Geldpolitik (vgl. Schaubild 1). Zwar zeichnet sich im Zeitverlauf eine rückläufige Jahresinflationsrate ab; jedoch müssen Jahresinflationsraten von mehr als 300 vH im dritten Transformationsjahr - auch vor dem Hintergrund der Stabilisierungserfahrungen der mitteleuropäischen Transformationsökonomien - als unakzeptabel gelten.

Die Geld- und Kreditpolitik der russischen Zentralbank besaß in der Zeit unmittelbar nach der Preisfreigabe zunächst einen akkomodierenden Charakter. In der hohen Volatilität der Zuwachsraten der Geldmenge M2 im Zeitverlauf zeigen sich allerdings auch vereinzelte Versuche der Zentralbank, die Inflationsmentalität zu durchbrechen (vgl. Schaubild 2). Allerdings waren bislang die restriktiveren Phasen der Geldpolitik immer relativ kurz, so daß sie in der Summe der Glaubwürdigkeit der Zentralbankpolitik eher Abbruch getan haben dürften. Maßgeblich verantwortlich für die Geldmengenentwicklung war vor allem die Kreditvergabe durch die Zentralbank, die insbesondere in den ersten Monaten nach der Preisfreigabe den Liquiditätsansprüchen der einzelnen Sektoren durch real deutlich negativ verzinste "zentralisierte" Kredite<sup>48</sup> nachgekommen ist; ein deutlicher realer Anstieg der Zentralbankkredite war in diesem Zeitraum zu verbuchen (vgl. Schaubild 3). Die in Folge der Preisfreigabe in Gang gesetzte Lohn-

---

<sup>48</sup> Dahinter verbergen sich Kredite, die die Zentralbank gebunden an (kommerziellen) Banken ausreicht; der Bankensektor reicht diese Kredite zu den von der Zentralbank festgelegten Konditionen an bestimmte Sektoren weiter. Den kommerziellen Banken - hinter denen sich die Nachfolgeinstitute der früheren staatlichen Banken verbergen - kommt dabei nur eine "Durchreich-Funktion" zu; zwar werden ihre Bilanzen entsprechend verändert, doch haben sie auf die Allokation der Finanzmittel keinerlei Einfluß.

Preis-Spirale wurde so auf hohem Niveau alimentiert. Immer wieder bestand die Gefahr des Übergangs auf eine Hyperinflation<sup>49</sup>.

Den ersten Versuch, die Inflationsmentalität zu durchbrechen, unternahm die russische Zentralbank im Sommer 1992, als sie das reale Volumen der Zentralbankkredite deutlich senkte (vgl. Schaubild 3). Der hochgradig zentralisierte Unternehmenssektor reagierte unverzüglich auf diesen "credit crunch" mit einer Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung; dem Barter kam eine immer größere Bedeutung zu. Letztendlich drohte die weitgehende Demonetisierung der Wirtschaft; exorbitant hohe Transaktionskosten wären die Folge gewesen. Die Zentralbank hielt ihren restriktiven Kurs nur wenige Monate durch und lockerte ihre Kreditpolitik deutlich im Dezember 1992. Dem Unternehmenssektor war es damit gelungen, Bankenfunktionen zu übernehmen und die Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank entscheidend mitzubestimmen. An diesem Beispiel zeigt sich in aller Deutlichkeit, daßunter den bestehenden institutionellen Bedingungen - enge Verflechtung der einzelnen Sektoren mit der Zentralbank und daraus resultierend deren eingeschränkte Autonomie - Stabilisierungsbemühungen einzelner Akteure immer wieder von anderen Entscheidungsträgern konkterkariert werden können; die Kreditpolitik hatte zunächst ihren weitgehend akkomodierenden Charakter wiedergefunden.

Nachdem die Russische Föderation im Sommer 1993 einseitig den Fortbestand der Rubelzone aufgekündigt hatte, zeichnete sich gegen Jahresende 1993 ein verschärfter Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums zu Stabilisierungszwecken ab: Einerseits schränkte die Zentralbank seit Herbst 1993 das Volumen der zentralisierten Kredite wiederum deutlich ein. Andererseits erhöhte sie schrittweise ihren Refinanzierungssatz. In der Konsequenz wurden im Dezember 1993 erstmals seit Beginn der Transformationsphase positive Realzinsen erreicht (vgl. Schaubild 4) und gleichzeitig das reale Volumen der Zentralbankkredite deutlich gesenkt (vgl. Schaubild 3). Tatsächlich waren in den Folgemonaten rückläufige monatliche Inflationsraten zu verbuchen (vgl. Kapitel

---

<sup>49</sup> Eine "Hyperinflation" zeigt sich nach Cagan durch monatliche Inflationsraten von mehr als 50 vH.

Schaubild 1

**Konsumentenpreise in Rußland**  
Veränderung gegenüber dem Vormonat in vH

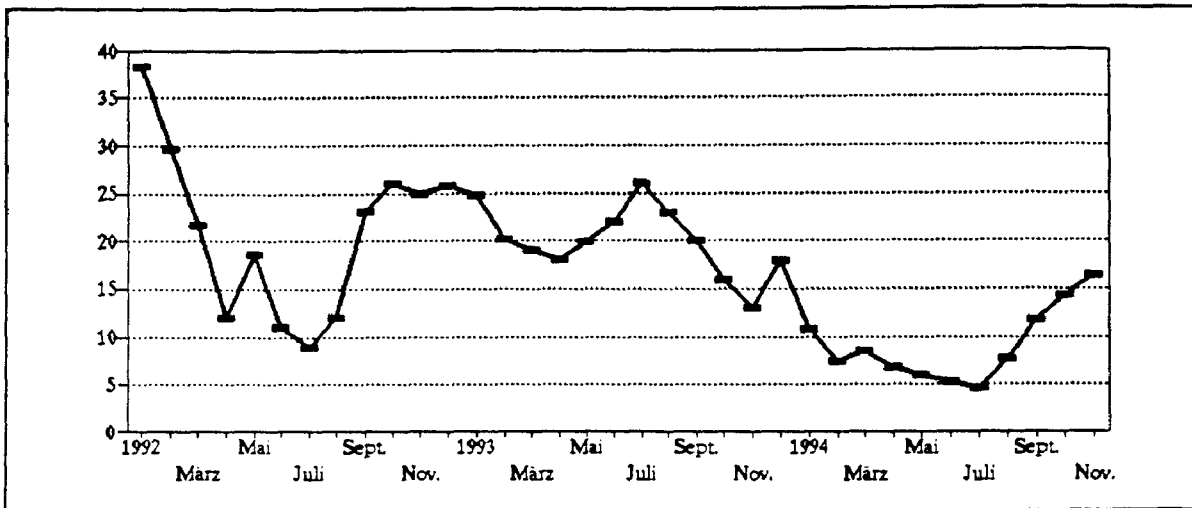
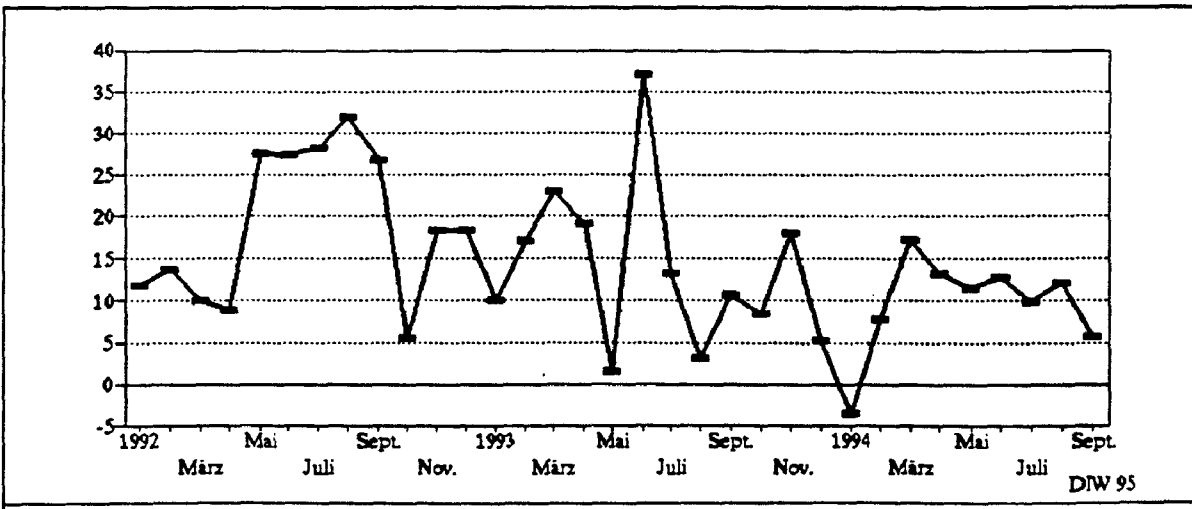


Schaubild 2

**Geldmenge M 2 in Rußland**  
Veränderung gegenüber dem Vormonat in vH



Quelle: Goskomstat und eigene Berechnungen

DIW 95

Schaubild 3

### Der nominale und reale Zentralbankkredit in Rußland in Bill. Rubel

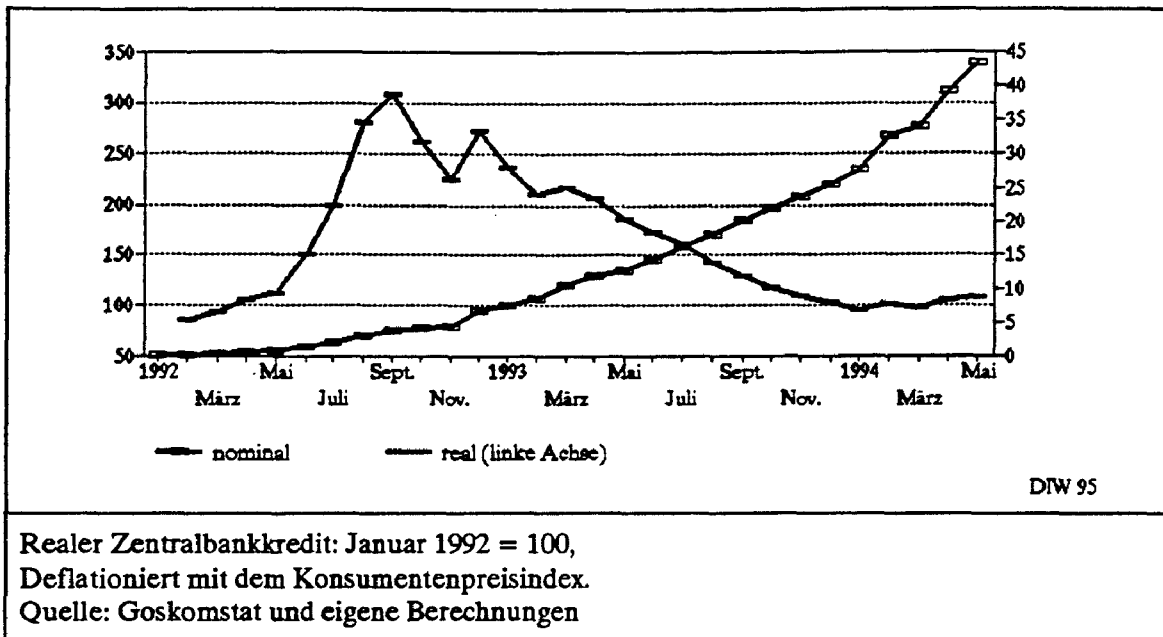
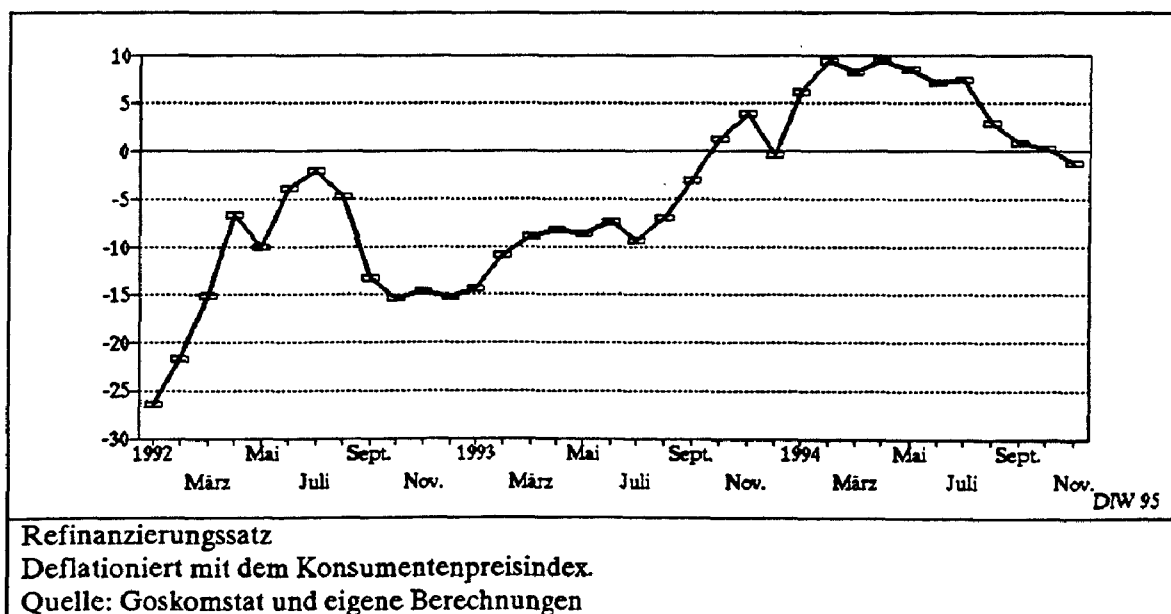


Schaubild 4

### Realverzinsung 1992 bis 1994 monatlich



2.1.3); die Stabilisierungsbemühungen schienen erfolgreich. Trotz der schrittweisen Senkung des Refinanzierungssatzes blieb die Realverzinsung im deutlich positiven Bereich<sup>50</sup>.

Nimmt man die Refinanzierungspolitik der Zentralbank als den wesentlichen Indikator für ihre grundlegende geldpolitische Ausrichtung, so muß der eingeschlagene Kurs als extrem restriktiv bezeichnet werden; eine Verschärfung der ohnehin bestehenden realwirtschaftlichen Krise wie sie auch im ersten Halbjahr 1994 zu beobachten war, ist die logische Konsequenz. Realzinsen von über 100 vH können nicht erwirtschaftet werden und stehen zudem einer effizienten Kreditallokation eher entgegen; zwangsläufig wird das Problem der adversen Selektion verstärkt.

Allerdings ist bei der Einschätzung der Zentralbankpolitik zu berücksichtigen, daß die Zentralbank Kredite grundsätzlich zu erheblich voneinander abweichenden Zinssätzen vergibt<sup>51</sup>: Während sich die Zinssätze für die unterschiedlichen Kredittypen an den Bankensektor<sup>52</sup> im wesentlichen an dem Interbankenzinssatz orientieren, werden die Kreditmittel für das Finanzministerium nach wie vor zu deutlich negativen Realzinsen vergeben. Im Jahre 1994 wurden diese Kredite bei einer Laufzeit von 10 Jahren zu einem Jahreszins von 10 vH vergeben, was einem Forderungsverzicht der Zentralbank gegenüber dem Budget gleichkommt.

---

<sup>50</sup> Die monatliche Verzinsung von Refinanzierungskrediten wird durch eine Division der geltenden Refinanzierungssätze durch 12 errechnet. Bei einer monatlichen Inflation von 4,6 vH, wie sie im Dezember 1994 erreicht wurde und einem Refinanzierungssatz von 180 vH ergibt sich damit ex post eine Realverzinsung von mehr als 250 vH.

<sup>51</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht. DIW/IfW/IWH. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47-48/1994. S. 816.

<sup>52</sup> Zentralbankkredite an den Bankensektor werden zu drei unterschiedlichen Zinssätzen vergeben: Refinanzierungskredite werden mit dem Refinanzierungssatz verzinst; für zentralisierte Kredite wird der "verrechnete Interbankenzinssatz" berechnet. Hierbei handelt es sich um den Durchschnittswert der in den letzten vier Wochen auf dem Interbankenmarkt erzielten Zinsen. Daneben versteigert die Zentralbank einen Teil ihrer Kredite; sowohl ein Mindestzinssatz als auch das Kreditvolumen wird von der Zentralbank festgelegt. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47-48/1994. S. 816 f.

Bei diesen starken Zinsdifferenzen - extrem hohe reale Zinsbelastung des Bankensektors bei Refinanzierungskrediten und extrem negative reale Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte bei der Defizitfinanzierung - und der engen Verflechtung der Sektoren wächst konsequenterweise der Anteil der Regierungskredite an dem gesamten Zentralbankkreditvolumen. So lag der durchschnittliche Zinssatz auf Zentralbankkrediten Ende Mai 1994 immer noch im real negativen Bereich. Nimmt man diesen Zinssatz als Indikator für die Ausrichtung der Geldpolitik, so kann ihr auch weiterhin kein restriktiver Charakter zugeschrieben werden. Vielmehr besteht die Gefahr der Aushebelung des geldpolitischen Instrumentariums "Refinanzierungszins" durch die starke Polarisierung der Zinssätze und den stark präferentiellen Konditionen für Kredite an den öffentlichen Sektor. Letztendlich wird mit dieser starken Zinsdifferenzierung eine Subventionsmentalität genährt. Zudem geht von der starken Zinsdifferenzierung auch eine erhebliche Gefahr für den Bankensektor aus; die notleidenden Kredite hatten bereits im Mai 1994 einen Anteil von 21 vH an den gesamten Bankkrediten erreicht.

Bereits gegen Jahresende 1994 zeichnete sich wieder eine Lockerung der Geldpolitik ab. Im Dezember 1994 lag die Realverzinsung von Refinanzierungskrediten wieder im real negativen Bereich. Die Folge der sich abwechselnden Phasen eher akkommodierender und partiell restriktiver Geldpolitik ist eine extrem hohe Volatilität der monatlichen Inflationsraten, die die Unsicherheit und das Risiko ökonomischer Entscheidungen erheblich erhöhen.

Bedingt durch die enge Verflechtung zwischen den öffentlichen Haushalten, Zentralbank, dem Unternehmens- und Bankensektor ließ sich bislang eine Stabilisierungsorientierung der Geldpolitik bestenfalls kurzfristig aufrechterhalten. Konterkariert wurde sie bislang vor allem durch die Finanzpolitik und das Anwachsen der zwischenbetrieblichen Verschuldung. In beiden Fällen haben wirtschaftliche Akteure Spielräume für eine vom Bankensektor unabhängige Kreditierungsmöglichkeit entdeckt und im wesentlichen die Zentralbank zu einer ex-post Monetisierung der angelaufenen Schulden zwingen können. Darüberhinaus wurde die Glaubwürdigkeit der Zentralbankpolitik und das Vertrauen in die heimische Währung in der Vergangenheit immer wieder durch ad hoc ergriffene Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel die Bargeldumtauschaktion im Juli 1993 erschüttert.

### 3 Faktorausstattung und Wirtschaftsstruktur

#### 3.1 Naturressourcen

Rußland ist reich an Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen. Ein erhebliches Exportpotential stellen die 770 Mill. Hektar Wald mit einem Holzbestand von über 80 Mrd. m<sup>3</sup> Holz dar. Zu den in der Russischen Föderation vorhandenen Rohstoffvorkommen zählen Erdöl, Erdgas, Kohle, Gold, Eisenerze, Diamanten, Kupfer, Blei, Zinn, Bauxit, Magnesium, Silber, Molybdän, Nickel, Graphit, Uranium, seltene Metalle, Phosphorite, Kalisalze, Apatit und Torf. Die geographische Verteilung der Lagerstätten ist allerdings relativ ungünstig. Die wichtigsten Rohstoffvorkommen (Erdöl, Erdgas, Kohle, Eisenerz, Buntmetalle, Stahlveredler, Uran, Gold und Diamanten) liegen in Regionen Sibiriens, die verkehrsmäßig oft schlecht erschlossen sind und zum Teil extreme klimatische Bedingungen haben. Die Erschließung dieser Fördergebiete ist daher mit einem hohen Kapitalaufwand verbunden, die Transportkosten sind hoch. Bedeutende Lagerstätten von Bodenschätzen finden sich außerdem noch im Uralgebiet (Eisenerz, Stahlveredler, Buntmetalle, Erdöl und Erdgas), im Wolgagebiet (Erdöl und Erdgas), auf der Halbinsel Kola (Stahlveredler, Buntmetalle, Eisenerz) und im Fernostgebiet (Buntmetalle, Edelmetalle, Uran). Im Fernen Osten werden die größten Reserven an Bodenschätzen vermutet, nur 3 vH des Potentials an mineralischen Ressourcen ist hier bis jetzt erschlossen worden<sup>53</sup>. Trotz dieses Reichtums an mineralischen Ressourcen war Rußland allerdings vor dem Zerfall der Sowjetunion bei einigen Rohstoffen auf Einfuhren aus anderen Sowjetrepubliken angewiesen. Mangan- und Chromerze wurden aus Kasachstan, der Ukraine und Georgien eingeführt, Titan aus der Ukraine, ein Drittel der für die Aluminiumproduktion benötigten Tonerde aus Kasachstan und der Ukraine, Kupfer und Molybdän aus Kasachstan und Armenien<sup>54</sup>.

Für den russischen Außenhandel haben Erdöl und Erdgas die größte Bedeutung. Zwei Drittel der Erdölförderung und 90 vH der Erdgasförderung entfielen 1993 auf das

---

<sup>53</sup> Vgl. O sostojanii okružajuščej prirodnoj sredy v Rossijskoj Federacii v 1993 godu. Gosudarstvennyj doklad. Moskau 1994, S. 40.

<sup>54</sup> Vgl. Rossijskie vesti vom 22. September 1993.



Gebiet von Tjumen. Die Erdölindustrie befindet sich seit dem Beginn der neunziger Jahre in einer tiefgehenden Krise, in den Jahren 1990 bis 1994 sank die Förderung um nahezu 40 vH (vgl. Tabelle 16). Da die großen Lagerstätten ihren Produktionshöhepunkt überschritten haben, müßten zur Sicherung eines hohen Förderniveaus neue Felder zur Produktionsreife gebracht werden. Die Erschließung neuer Vorkommen ist 1993 und 1994 jedoch zurückgegangen, die Zuweisungen für geologische Erkundungsarbeiten wurden reduziert<sup>55</sup>. Die Erdgasförderung ist 1993 um 3,5 vH und 1994 um 2 vH zurückgegangen, nachdem sie in den beiden Vorjahren stagniert hatte. Die Kohleförderung lag 1994 um ein Drittel unter dem Niveau von 1989.

Tabelle 16

## Förderung von Energieträgern in Rußland 1990 bis 1994

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Erdöl, Mill. t	552,2	516,2	462,3	390,0	352,0	308,0
Erdgas, Mrd. m <sup>3</sup>	615,8	640,6	643,4	640,5	618,0	607,0
Kohle, Mill. t	409,9	395,4	353,3	337,2	305,0	271,0
<i>Quellen:</i> O sostojanii okružajuščej prirodnoj sredy Rossijskoj Federacii v 1993 godu. Gosudarstvennyj doklad. Moskau 1994, S. 41. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 223.						

Die Goldvorkommen sind in Nordost- und Ostsibirien und im Fernost-Gebiet konzentriert. Die Förderregionen sind durch außerordentlich widrige klimatische Verhältnisse charakterisiert und auf dem Landweg kaum zu erreichen. Die Goldproduktion hat eine Größenordnung von 130 bis 160 t<sup>56</sup>.

<sup>55</sup> Vgl. Russische Energiewirtschaft: Zögerliche Neuorientierung. Bearb.: Hella Engerer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/1994, S. 449. O sostojanii okružajuščej prirodnoj sredy Rossijskoj Federacii v 1993 godu. Gosudarstvennyj doklad. Moskau 1994, S. 40 f. Predvaritel'nye itogi raboty toplivno-energetičeskogo kompleksa v 1994 godu i osnovnye napravlenija ego dejatel'nosti po stabilizacii proizvodstva i finansovogo položenija v 1995 godu. Moskau 1995, S. 2.

<sup>56</sup> Vgl. Deutsche Bank Research: Osteuropa auf Reformkurs. Heft 1: Rußland. Frankfurt/Main 1992, S. 82 ff.

Die Nutzung des Rohstoffpotentials in Rußland erfolgt nicht sehr effizient, die Verluste bei der Förderung, Aufbereitung und Verarbeitung sind hoch. Bei den meisten metallischen Rohstoffen werden nur 65 bis 80 vH des in den Erzen enthaltenen Metalls auch tatsächlich für die Weiterverarbeitung genutzt. Bei der Erzaufbereitung wurden z.B. 1993 von den in den Erzen enthaltenen Metallen bei Eisen und Molybdän nur 75 vH gewonnen, bei Kupfer und Zink 80 vH, bei Wolfram zwei Drittel, bei Zinn 54 vH, bei Nickel und Blei 85 bis 90 vH. Bei der Erdölförderung wurden 7 Mrd. m<sup>3</sup> Gas abgefackelt<sup>57</sup>.

### 3.2 Arbeitskräftepotential und Qualifikationsstruktur

Das gesamte Arbeitskräftepotential ("ökonomisch aktive Bevölkerung") in der Russischen Föderation wurde Anfang 1994 vom Staatskomitee für Statistik mit knapp 75 Millionen angegeben (50 vH der gesamten Bevölkerung)<sup>58</sup>. Von diesem dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Teil der Bevölkerung waren Ende September 1994 knapp 5 Millionen ohne Beschäftigung (vgl. Kapitel 2.1.5). Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt über 50 vH (1992: 53 vH), ihr Anteil unter den Arbeitslosen lag im September 1994 bei 45 vH<sup>59</sup>.

Die vorliegenden Daten über die Qualifikationsstruktur basieren überwiegend auf den Ergebnissen der Volkszählung von 1989. Insgesamt hatten 1989 11 vH der gesamten Bevölkerung über 15 Jahren eine abgeschlossene Hochschulausbildung, 2 vH eine Hochschulausbildung ohne Abschluß, 19 vH eine Fachschulausbildung, 27 vH eine allgemeine Mittelschulausbildung und 21 vH eine nicht abgeschlossene Mittelschulausbildung. Unter den Erwerbstätigen hatten 40 vH eine abgeschlossene Hoch- oder Fachschulausbildung bzw. eine nicht abgeschlossene Hochschulausbildung, 34 vH eine

---

<sup>57</sup> Vgl. O sostojanii okružajuščej prirodnoj sredy Rossijskoj Federacii v 1993 godu. Gosudarstvennyj doklad. Moskau 1994, S.42 und 113 f.

<sup>58</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994 g. Moskau 1994, S. 48.

<sup>59</sup> Vgl. Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 124; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-sentjabr' 1994 g. Moskau 1994, S. 74.

allgemeine Mittelschulbildung<sup>60</sup>. Bei den Ausbildungsgängen der Hoch- und Fachschulen dominieren die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer. Unter den Absolventen der Hoch- und Fachschulen 1992 schlossen 34 vH eine Ausbildung im Fachbereich Industrie und Bauwirtschaft ab, 10 vH im Fachbereich Landwirtschaft, 6 vH im Fachbereich Verkehr und Nachrichtenwesen, 10 vH im Fachbereich Wirtschaft und Recht, 14 vH im Fachbereich Gesundheitswesen, Körperkultur und Sport, 24 vH im Fachbereich Bildungswesen und 2 vH im Fachbereich Kunst und Filmwesen<sup>61</sup>.

Defizite bestehen insbesondere bei den sozialwissenschaftlichen Berufen. Die entsprechenden Studiengänge orientierten sich in der Vergangenheit an den Bedürfnissen einer zentralen Planwirtschaft und waren zudem stark ideologisch geprägt. Betriebswirtschaftlich qualifiziertes Personal gibt es kaum, da entsprechende Studiengänge in der Vergangenheit nicht angeboten wurden. Das unzureichend ausgebildete Management stellt daher ein wesentliches Hindernis für den Transformationsprozeß auf der Unternehmensebene dar.

### 3.3 Kapitalstock

Ein zentrales Problem für die russische Wirtschaft war bereits vor dem Beginn des Transformationsprozesses die Erneuerungsbedürftigkeit des Kapitalstocks. Die Überalterung des Kapitalstocks war das Resultat einer über einen langen Zeitraum betriebenen Investitionspolitik, durch die Ersatzinvestitionen chronisch vernachlässigt wurden. Ein zentraler Indikator der russischen Industriestatistik für die Erneuerungsbedürftigkeit des Kapitalstocks ist der Verschleißgrad des Anlagevermögens, d.h. die Relation zwischen dem bereits abgeschriebenen Anlagevermögen und seinem Anschaffungswert.

---

<sup>60</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Länderbericht Russische Föderation 1993. Wiesbaden 1993, S. 52 f.; Kratkaja social'no-demografičeskaja charakteristika naselenija RSFSR. Moskau 1992, S. 10 f.

<sup>61</sup> Vgl. Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 287.

Er ist im Durchschnitt der russischen Industrie von 36 vH 1980 auf 43 vH 1991 angestiegen (vgl. Tabelle 17).

Dementsprechend war die Aussonderung von Anlagevermögen extrem niedrig. Die Aussonderungsquote<sup>62</sup> lag für das gesamte Anlagevermögen der russischen Industrie im Zeitraum von 1976 bis 1991 im Jahresdurchschnitt bei 1,5 vH, bei Maschinen und Ausrüstung waren es 2,3 vH<sup>63</sup>. Eine Nutzungsdauer der Produktionsanlagen von 50 und mehr Jahren war in zahlreichen Industriezweigen wie der Stromwirtschaft, der Metallurgie oder der chemischen Industrie keine Seltenheit. Diese Überalterung war ein zentraler Grund für die niedrige Produktivität, den überhöhten Rohstoff- und Energieverbrauch, die hohen Reparaturaufwendungen und die starke Umweltbelastung. In vielen Industriezweigen dominierten wegen der mangelhaften Innovation technisch obsolete Produktionsverfahren.

Durch den Zusammenbruch der Investitionen in den letzten vier Jahren und die strukturkonservierende Subventions- und Kreditpolitik hat sich der ohnehin desolate Zustand des Kapitalstocks noch verschlechtert. Trotz des Produktionsrückgangs sank die Aussonderungsquote des gesamten Anlagevermögens in der Industrie auf 1 vH (1991: 1,3 vH) und die Aussonderungsquote bei Maschinen und Ausrüstung auf 1,5 vH (1991: 2,1 vH), während sich der Verschleißgrad des Anlagevermögens weiter erhöhte (vgl. Tabellen 17 bis 19). Ein besonders hoher Verschleißgrad wurde 1992 in der erdölverarbeitenden Industrie (74 vH), in der chemischen und petrochemischen Industrie (56 vH) und in der Eisen- und Stahlindustrie (50 vH) verzeichnet.

Stark erneuerungsbedürftig ist auch der Kapitalstock des Verkehrswesens. 40 vH der wichtigsten Eisenbahnstrecken sind reparaturbedürftig. Auf knapp 30 vH der Haupteisenbahnstrecken sind die Gleise abgenutzt oder schadhaft, über 10 vH der Weichen sind defekt. Über 60 vH der Diesellokomotiven und 70 vH der elektrischen Lokomoti-

---

<sup>62</sup> Aussonderungsquote: Relation zwischen dem Anschaffungswert des ausgesonderten Anlagevermögens und dem Anschaffungswert des gesamten Anlagevermögens zu Beginn der entsprechenden Periode. Bei einer konstanten Aussonderungsquote von 10 vH ergibt sich rechnerisch eine durchschnittliche Nutzungsdauer des Anlagevermögens von 10 Jahren.

<sup>63</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 364 f.

ven sind älter als 10 Jahre, etwa ein Viertel der Diesellokomotiven und 40 vH der elektrischen Lokomotiven sind über 20 Jahre alt. Auch das Straßennetz befindet sich in einem schlechten Zustand<sup>64</sup>.

**Tabelle 17**

**Verschleißgrad des industriellen Anlagevermögens nach Branchen  
in vH zum Gesamtwert des Anlagevermögens zum Jahresende**

	1980	1985	1990	1991	1992
Industrie insgesamt	36,2	41,7	46,4	43,3	49,0
Stromerzeugung	31,6	35,6	40,6	40,1	41,0
Erdölförderung	42,9	42,1	43,8	42,8	44,0
Erdölverarbeitung	60,4	70,9	89,6	74,5	74,0
Erdgasindustrie	25,9	40,9	36,9	37,6	38,0
Kohleindustrie	40,8	42,6	42,8	40,0	43,0
Eisen- und Stahlindustrie	38,0	44,8	50,1	45,7	50,0
NE-Metallurgie	37,8	42,5	46,9	42,4	47,0
Chemie und Petrochemie	35,8	44,8	56,3	52,1	56,0
Maschinenbau	34,4	41,1	47,5	42,7	48,0
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	38,5	44,3	48,3	45,9	48,0
Baustoffindustrie	34,5	40,7	42,1	39,8	42,0
Leichtindustrie	32,8	37,4	40,2	38,8	40,0
Nahrungsmittelindustrie	38,9	40,5	40,7	38,4	41,0
<i>Quellen:</i> Promyšlennost RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 117 f.; Promyšlennost' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 102 f.; Ekonomist, Nr. 3/1993, S. 6.					

<sup>64</sup> Vgl. Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 552 ff.; Transport i svjaz' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 44.

Tabelle 18

**Aussonderung von Anlagevermögen in der Industrie  
in vH zum Anschaffungswert zu Jahresbeginn**

	1980	1985	1990	1991	1992
Gesamte Industrie	1,4	1,3	1,6	1,3	1,0
Stromerzeugung	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3
Brennstoffindustrie	1,7	1,4	1,5	1,1	0,9
Eisen- und Stahlindustrie	0,9	0,9	1,2	0,9	0,7
NE-Metallurgie	1,4	1,5	1,8	1,5	1,0
Maschinenbau und Metall- verarbeitung	1,2	1,3	1,6	1,3	0,9
Chemie und Petrochemie	1,2	1,1	1,5	1,3	1,7
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	3,3	2,8	3,6	3,4	2,2
Baustoffindustrie	2,6	2,0	3,4	2,3	1,3
Leichtindustrie	2,0	2,2	2,2	2,5	1,2
Nahrungsmittelindustrie	2,1	2,0	2,3	2,1	1,0

*Quelle:* Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 382.

Tabelle 19

**Aussonderung von Maschinen und Ausrüstung in der Industrie  
in vH zum Anschaffungswert zu Jahresbeginn**

	1980	1985	1990	1991	1992
Gesamte Industrie	2,5	2,2	2,5	2,1	1,5
Stromerzeugung	0,4	0,5	0,7	0,6	0,3
Brennstoffindustrie	4,3	2,7	3,1	2,4	1,7
Eisen- und Stahlindustrie	1,4	1,6	1,7	1,4	1,2
NE-Metallurgie	2,4	2,6	2,9	2,3	1,7
Maschinenbau und Metall- verarbeitung	2,0	2,1	2,6	1,9	1,5
Chemie und Petrochemie	2,2	1,8	2,4	2,1	2,4
Holz-, Zellstoff- und Pa- pierindustrie	5,4	4,8	5,3	5,1	3,5
Baustoffindustrie	5,4	4,3	6,0	4,3	2,5
Leichtindustrie	3,7	3,8	3,4	3,8	1,9
Nahrungsmittelindustrie	3,4	3,1	3,2	2,9	1,3
<i>Quelle:</i> Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 383.					

### 3.4 Wirtschaftsstruktur

Daten über die Entwicklung der Struktur der russischen Volkswirtschaft nach Sektoren liegen sowohl für das produzierte Nationaleinkommen (Nettomaterialprodukt) als auch für das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen vor. Durch den überdurchschnittlichen Rückgang der Industrieproduktion 1993 und 1994 ist ihr Anteil am produzierten Nationaleinkommen von 52 vH 1992 auf ein Drittel im 1. Quartal 1994 zurückgegangen. Stark angestiegen ist demgegenüber der Anteil des Verkehrs- und Nachrichtenwesens. Er erreichte im 1. Quartal 1994 25 vH gegenüber 8 vH 1992, was primär auf die massive Anhebung der Verkehrstarife zurückzuführen sein dürfte (vgl. Tabelle 20). Da ein wesentlicher Teil der Dienstleistungen (z. B. Kreditsektor, Versicherungen, Wohnungsvermietung und staatliche Dienstleistungen) durch das produzierte Nationaleinkommen nicht erfaßt werden, spiegeln diese Zahlen den Strukturwandel nur unzureichend wider. Der Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt betrug 1994 50 vH (1990: 33 vH; 1993: 42 vH; vgl. Kapitel 2.1.1.1). Der Anteil der Industrieproduktion am BIP lag 1994 bei 28 vH (1993: 34 vH), derjenige der Agrarproduktion bei 6 vH (1993: 9 vH), derjenige der Bauwirtschaft bei 8,5 vH (1993: 8 vH)<sup>65</sup>.

---

<sup>65</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 6.



Tabelle 20

**Struktur des produzierten Nationaleinkommen nach Sektoren**  
Anteile in jeweiligen Preisen in vH

	1990	1991	1992	1993	1. Quartal 1994
Insgesamt	100	100	100	100	100
Industrie	42,2	42,9	51,8	44,5	33,5
Landwirtschaft	19,9	13,9	9,8	10,0	15,6
Bauwirtschaft	12,7	10,7	8,5	11,5	8,2
Verkehr und Nachrichtenwesen	6,9	5,0	8,1	15,6	25,1
Andere Sektoren	18,3	27,5	21,8	18,4	17,6
darunter: Handel und Gaststätten	.	.	3,7	4,5	4,4
<i>Quellen:</i> Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 20. Osnovnye pokazateli socialno-ekonomičeskogo razvitija i choda ekonomičeskoj reformy v Rossijskoj Federacii za I kvartal 1994 goda. Moskau 1994, S. 3.					

Durch die unterschiedliche Produktionsentwicklung in den einzelnen Branchen und die Verschiebungen in den relativen Preisen (vgl. Kapitel 2.1.2 und 2.3) haben sich die Anteile der Industriezweige an der gesamten Industrieproduktion in jeweiligen Preisen seit 1991 erheblich verschoben. Im Ergebnis hat sich das Gewicht des "Brennstoff- und Energiekomplexes" und der Grundstoffindustrie deutlich erhöht. Besonders stark ist der Anteil der Stromwirtschaft an der Industrieproduktion gestiegen (1991: 3 vH; 1994: 13,5 vH). Zugenommen haben auch die Anteile der Brennstoffindustrie (1991: 7 vH; 1994: 16 vH) und der Eisen- und Stahlindustrie (1991: 5 vH; 1994: 9 vH). An Bedeutung verloren haben demgegenüber der Maschinenbau (1991: 24 vH; 1994: 19 vH), die Leichtindustrie (1991: 17 vH; 1994: 3 vH) und die Nahrungsmittelindustrie (1991: 18 vH; 1994: 12 vH; vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21

**Struktur der Industrieproduktion nach Branchen**  
Anteile in jeweiligen Preisen in vH

	1991	1992	1993	1994
Insgesamt	100	100	100	100
Stromwirtschaft	3,0	6,8	9,2	13,5
Brennstoffindustrie	6,9	19,4	17,5	16,0
Eisen- und Stahlindustrie	4,7	8,6	9,0	9,4
NE-Metallurgie	5,9	9,1	8,1	7,2
Chemische und petrochemische Industrie	6,8	8,8	7,2	7,5
Maschinenbau und Metallverarbeitung	23,9	20,4	20,3	19,1
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	5,6	4,4	3,9	4,2
Baustoffindustrie	3,6	2,4	3,3	3,8
Leichtindustrie	16,6	7,1	5,2	3,1
Nahrungsmittelindustrie	17,8	9,4	12,4	11,9
<i>Quellen:</i> Promyšlennost' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 35 und 37. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossijskoj Federacii v 1992 godu. Moskau 1993, S. 109. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994 g. Moskau 1994, S. 127. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 219.				

#### 4 Die Reformpolitik unter Jelzin

##### 4.1 Die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmenssektor

###### 4.1.1 Privatisierung

Mit dem Privatisierungsgesetz vom 3. Juli 1991 wurden die Rahmenbedingungen der Privatisierung abgesteckt und zugleich einige wirtschaftlich interessante Branchen

teilweise von der Privatisierung ausgeschlossen<sup>66</sup>. Konkretisiert wurden die Privatisierungsabsichten der Regierung bislang in jährlich novellierten Privatisierungsprogrammen. Zuständig für die Auswahl der zu privatisierenden staatlichen Großbetriebe sind sowohl die Regierung als auch das eigens eingerichtete "Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen". Der Privatisierung von Großbetrieben ging in der Regel eine Umwandlung in Aktiengesellschaften voraus. Allerdings ist diese formale Umwandlung der Unternehmensform keineswegs mit einer Kommerzialisierung gleichzusetzen, bei der das einzelne Unternehmen zu einer Kostenkalkulation unter einer "harten Budgetrestriktion" gezwungen ist. Vielmehr ist davon auszugehen, daß auch bei der veränderten Eigentümerstruktur und den gewandelten unternehmensrechtlichen Bedingungen Management und Belegschaften eine Konservierung der alten Betriebs- und Beschäftigungsstrukturen aufrecht zu erhalten versuchen und die geld- und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen dieses Verhalten im wesentlichen alimentieren.

Bei der Verteilung des Staatsvermögens wurde den Belegschaften ein erhebliches Mitspracherecht eingeräumt, das bereits bei der Wahl der jeweiligen Privatisierungsstrategie für die einzelnen Großbetriebe ansetzt:

- Variante 1 sieht eine unentgeltliche Übertragung von 25 vH des Grundkapitals in Form von nicht stimmberechtigten Aktien an die Belegschaft vor. Darüberhinaus können Belegschaft und Management weitere 15 vH des Grundkapitals in Form von Aktien mit Stimmrecht zu Vorzugskonditionen erwerben.
- Bei Variante 2 können Belegschaft und Management 51 vH des Grundkapitals zu Vorzugskonditionen erstehen. Diese Aktien sind mit vollem Stimmrecht ausgestattet.
- Bei Variante 3 wird unter genau ausgeführten Bedingungen einer Gruppe der Belegschaft ermöglicht, 20 vH des Grundkapitals zu Vorzugskonditionen bei vollem Stimmrecht zu kaufen.

---

<sup>66</sup> In "sensiblen" Bereichen wie etwa Energiewirtschaft, Nachrichtenwesen, Rohstoffförderung, Rüstung und Atomanlagenbau ist eine Privatisierung teilweise grundsätzlich untersagt oder unterliegt Sonderkonditionen.

Sowohl bei den unternehmensintern durchgeführten Privatisierungsverfahren als auch bei den öffentlichen Auktionen wurden bis zum 30. Juni 1994<sup>67</sup> die im Rahmen der Massenprivatisierung 1992 an die Bevölkerung ausgegebenen Voucher akzeptiert<sup>68</sup>. Im Laufe dieser ersten Privatisierungsphase sollen etwa 50 vH der mittleren und großen Unternehmen privatisiert worden sein (vgl. Tabelle 22). Auf den Scheckauktionen wurde i.d.R. nur ein geringer Teil der Unternehmensaktien angeboten (vgl. Tabelle 23).

Nach Abschluß dieser Voucher-Privatisierung - die auch die erste Privatisierungsphase genannt wird - zeigte sich, daß die Belegschaften von etwa 75 vH der privatisierten Großunternehmen sich für die Privatisierungsvariante 2 entschieden hatten und in den restlichen Fällen im wesentlichen Variante 1 gewählt wurde<sup>69</sup>. In dieser Entscheidung spiegelt sich das starke Interesse von Management und Belegschaften wider, auch in Zukunft erheblichen Einfluß auf die Unternehmens- und Beschäftigungspolitik auszuüben und weitreichenden externen Einflüssen auf Unternehmensentscheidungen entgegenzutreten. Wichtiger Anteilseigner an den privatisierten mittleren und großen Betrieben ist darüberhinaus der Staat, der bei mehr als 50 vH dieser Betriebe über einen Anteil am Grundkapital von mehr als 25 vH verfügt.

Wesentlich umfassender als die sogenannte große Privatisierung war die Privatisierung der kleinen Unternehmen im Dienstleistungsbereich, dem Handel und der Gastronomie;

---

<sup>67</sup> Formal gilt dieses Datum als Abschluß der Voucher-Privatisierung. De facto erlaubt jedoch ein Erlaß des Präsidenten die weitere Verwendung von Vouchern bis zum 31. Dezember 1994; zum Juni-Termin waren 97 vH der ausgegebenen Privatisierungsschecks eingesetzt worden. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht. II. Teil. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1995, S. 51.

<sup>68</sup> Im Zuge der Massenprivatisierung wurden zwischen Sommer und Jahresende 1992 Voucher mit Nominalwert von 10 000 Rubel pro Kopf ausgegeben. Bei diesen Privatisierungsschecks handelt es sich um unentgeltliche Übertragungen des Staates an die Bevölkerung.

<sup>69</sup> Nur in etwa 1 vH der Privatisierungsfälle von Großunternehmen wurde offensichtlich Variante 3 gewählt. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht. II. Teil. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1995, S. 58.

diese kann im großen und ganzen als abgeschlossen gelten. Jedoch ist zu beachten, daß im allgemeinen nur das Inventar des Kleinbetriebes zum Verkauf stand, während die Immobilie in der Regel für eine Zeit von fünf Jahren verpachtet wurde. In der Regel wurden die Unternehmen von ihren Belegschaften aufgekauft bzw. gepachtet. Verantwortlich für die kleine Privatisierung war im wesentlichen die kommunale Ebene. Trotz der vordergründig ausgesprochen erfolgreichen kleinen Privatisierung ist in der Russischen Föderation nur ein zögerliches Entstehen eines dynamischen Mittelstandes zu beobachten; die kleinen Betriebe werden vor allem durch die hohen regionalen und kommunalen Steuerbelastungen und den nahezu nicht vorhandenen Zugang zu Krediten in ihrer Entwicklung behindert<sup>70</sup>.

Die Erlöse aus der Privatisierung kamen den privatisierten Betrieben zu 51 vH zu<sup>71</sup>. Unabhängig davon, ob die Erlöse aus der Privatisierung kommunalen, regionalen oder föderalen Eigentums erzielt wurden, flossen 10 vH des erzielten Verkaufserlöses in den Föderationshaushalt. Die Aufteilung der Verkaufserlöse auf die Ebenen der nachgeordneten Gebietskörperschaften variierte dagegen entsprechend der vormaligen Eigentümerstruktur. Neben den einzelnen Haushaltsebenen partizipierten unterschiedliche Fonds an den erzielten Privatisierungserlösen.

In der - mit dem Abschluß der Voucher-Privatisierung herangebrochenen - zweiten Privatisierungsphase stehen vor allem auf regionaler oder föderaler Ebene angesiedelte Betriebe zum Verkauf. Gemäß des vorgelegten Privatisierungsprogramms sollen die bestehenden Privatisierungshemmnisse teilweise abgebaut werden. Insbesondere werden die Vergünstigungen der Belegschaften erheblich eingeschränkt, die Privatisierung "sensibler" Bereiche wie Energiewirtschaft, Rohstoffgewinnung, Nachrichtenwesen, Atomanlagenbau, Transportwesen und Rüstung erleichtert sowie der Erwerb von Grund

---

<sup>70</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht. II. Teil. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1995, S. 56.

<sup>71</sup> Für veräußerte Immobilien gilt eine andere Regelung. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht. II. Teil. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1995, S. 55.

und Boden zu gewerblichen Zwecken grundsätzlich ermöglicht. Darüberhinaus können nach diesem Privatisierungsprogramm Ausländer ohne besondere Erlaubnis an den Privatisierungsveranstaltungen teilnehmen.

Tabelle 22

## Stand der Privatisierung 1992 bis 1994 1)

Unternehmensklassen 2)	Anzahl der privatisierten Unternehmen absolut bzw. in vH der Unternehmensklasse, kumuliert		
	1992 3)	1993 3)	Juli 1994 (Monatsanfang)
Kleine Unternehmen	35 000 (29,5-35 vH)	etwa 86 000	etwa 84 000 4) (44 vH)
Mittlere Unternehmen	11 000 (7,9-8,5 vH)		
Große Unternehmen	336 (6,7-7 vH)	etwa 2 200 (44 vH)	etwa 15 000 5) (49 vH)
Unternehmen insgesamt etwa	46 300	88 200	99 000

1) Jeweils Jahresende.- 2) Die Abgrenzung zwischen den Unternehmensklassen und die Unternehmenszählungen sind nicht eindeutig; zudem haben sich im Zeitablauf die Grundgesamtheiten mehrfach geändert.- 3) DIW / IfW / IWH 1994a, S. 20.- 4) Goskomimustestvo 1994, S. 3; Planecon 1994, S. 10.- 5) VWD - Osteuropa vom 22.07 1994, S. 2; vielfach wird die Zahl der privatisierten mittleren und großen Unternehmen mit 20000 - 21000 (70-71 vH) angegeben; dabei dürfte es sich jedoch um alle bislang als offene Aktiengesellschaften registrierten Betriebe handeln, die nur zu einem Teil privatisiert wurden siehe hierzu Goskomimustestvo, 1994, S. 5.

Quelle: Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht (II. Teil). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1995. Der Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

Tabelle 23

**Die Ergebnisse der Scheckauktionen nach Wirtschaftszweigen**  
Stand: 24.06.1994

	Anzahl der Betriebe	Grundkapital zum Verkauf (Mill. Rubel)	Durchschnittlich verkaufte Anteile pro Betrieb (vH)	Mittelkurs der Auktionen 1)
<b>Wirtschaftszweige insgesamt</b>				
zum 01.05.1993	1 779	-	25,0	1,9
zum 05.11.1993	4 829	-	-	-
zum 31.12.1993	7 514	-	20,8	1,7
zum 24.06.1994 2)	12 754	165 802	18,8	1,8
<b>darunter</b>				
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischfang</b>	159	1 064	24,9	2,5
<b>Kohlegewinnung</b>	27	87	24,9	4,1
<b>Erdöl- und Gasgewinnung</b>	22	13 427	15,5	1,6
<b>Gewinnung sonstiger Rohstoffe</b>	70	1 213	25,7	1,7
<b>Nahrungsmittel- und Tabakindustrie</b>	899	4 086	21,8	0,9
<b>Leichtindustrie</b>	714	8 170	20,2	3,2
<b>Holzverarbeitung und Papierproduktion</b>	841	5 049	22,1	1,8
<b>Verlagswesen</b>	37	95	24,8	0,9
<b>Erdölverarbeitung</b>	58	9 438	10,3	1,1
<b>Chemische Industrie</b>	1 281	18 337	20,0	1,9
<b>Metallurgie</b>	382	23 007	22,1	2,2
<b>Elektronik, Maschinenbau, Betriebsanlagen</b>	1 663	23 945	20,8	2,3
<b>Transportmaschinenbau</b>	163	14 853	29,2	3,2
<b>Möbelindustrie</b>	150	510	23,4	1,1
<b>Verarbeitung von Sekundärrohstoffen</b>	109	194	22,4	1,4
<b>Elektrizitätswirtschaft</b>	65	14 223	12,1	1,9
<b>Wasserwirtschaft</b>	22	81	24,7	3,3
<b>Bauwesen</b>	2 041	7 755	22,3	2,6
<b>Kfz-Handel und Werkstätten</b>	268	533	23,5	1,7
<b>Großhandel</b>	821	2 829	22,3	1,5
<b>Einzelhandel, Instandsetzung von Haushaltstechnik</b>	168	480	27,3	0,3
<b>Hotels und Gaststätten</b>	48	3 168	29,5	0,9
<b>Landverkehr</b>	1 271	2 368	24,1	1,9
<b>Wasserverkehr</b>	83	3 294	17,0	1,5
<b>Luftverkehr</b>	15	194	14,1	1,7
<b>Hilfstätigkeiten beim Transport</b>	20	34	26,2	0,6
<b>Post und Fernmeldewesen</b>	49	1 377	21,8	0,3
<b>Finanzdienstleistungen</b>	11	55	36,2	0,7
<b>Immobilienhandel</b>	1	1	49,0	0,1
<b>Anlagenleasing</b>	10	14	21,9	3,1
<b>EDV - Dienstleistungen</b>	67	52	28,2	0,6
<b>Wissenschaftstechnische Organisationen</b>	544	1 754	29,9	1,1
<b>Sonstige Dienstleistungen</b>	281	1 182	21,2	3,3

1) Anzahl der 1000-Rubel - Aktien pro Privatisierungsscheck im Durchschnitt der Auktionen eines Wirtschaftszweiges.- 2) Schätzungen.

Quelle: Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht (II. Teil). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1995. Der Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

#### 4.1.2 Konkursgesetzgebung

Seit dem 1. März 1993 ist in der Russischen Föderation ein Konkursgesetz in Kraft<sup>72</sup>. Danach entscheidet bei einem Konkursantrag ein Gericht über die Liquidation oder die Sanierung des betreffenden Unternehmens. Für vom Konkurs bedrohten Unternehmen besteht beim Wirtschaftsministerium ein Fonds für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Unternehmen, dessen Zweck es ist, durch die kurzfristige Finanzmittelzufuhr eine Wiederherstellung der Liquidität zu ermöglichen und damit den drohenden Konkurs abzuwenden. Die Zuständigkeit für die Durchführung der Konkursverfahren liegt bei dem im Zusammenhang mit der Privatisierung eingerichteten "Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen". Im Insolvenzfall kann das Staatskomitee die Privatisierung des entsprechenden Unternehmens verfügen<sup>73</sup>.

Durch einen Regierungsbeschluß vom Mai 1994 wurde die Anwendung der Konkursgesetzgebung in einigen Punkten neu geregelt<sup>74</sup>. Danach soll zunächst über die Liquiditätssituation eines Unternehmens befunden und Möglichkeiten der Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit in Betracht gezogen werden. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme finanzieller staatlicher Unterstützung, deren Gewährung im wesentlichen an die Sanierung, die Wahrscheinlichkeit der Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit und die Aufrechterhaltung der Produktion geknüpft ist. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit und fehlender Voraussetzungen für die Gewährung staatlicher Finanzhilfen greift der Präsidentenerlaß "Über den Verkauf staatlicher Schuldnerbetriebe"<sup>75</sup>.

Nach wie vor dient das geltende Konkursrecht in erster Linie der Verhinderung bzw. Verzögerung von Konkursen. Obwohl im Jahresverlauf die Liquiditätskrise des Unter-

---

<sup>72</sup> Vgl. Izvestija vom 4. Februar 1993.

<sup>73</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994, S. 299.

<sup>74</sup> Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 5/1994, S. 764 ff.

<sup>75</sup> Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 6/1994, S. 862 f.



nehmenssektors bedrohliche Ausmaße angenommen hat, war im August 1994 erst in 100 Fällen ein Konkursverfahren eingeleitet worden<sup>76</sup>. Analog zur Privatisierungsgesetzgebung scheint auch die Konkursgesetzgebung wesentlich auf eine Struktur- und Beschäftigungskonservierung ausgerichtet zu sein; die Verzögerung der Strukturanpassung hebt allerdings ihre Notwendigkeit nicht auf. Vielmehr zeichnet sich im bisherigen Transformationsverlauf eine wachsende Dringlichkeit von entscheidenden strukturellen Veränderungen ab.

## **4.2 Reformen im monetären Bereich**

### **4.2.1 Entstehung von Finanzmärkten**

Die Entstehung von Finanzmärkten in vormals sozialistischen Volkswirtschaften ist eine zentrale Voraussetzung für den sinnvollen Einsatz des traditionellen geldpolitischen Instrumentariums; sie stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen geld- und fiskalpolitischen auf der einen und unternehmerischen Entscheidungen auf der anderen Seite dar. Von der konkreten Ausgestaltung dieser Schnittstelle hängt die Funktionsfähigkeit des Zinses als Mechanismus einer effizienten intertemporalen Ressourcenallokation wesentlich ab. Da das Entstehen von sonstigen Finanzintermediären einer gewissen Zeit bedarf, kommt dem Bankensektor, der beim Übergang auf eine Geldwirtschaft selbst einer umfassenden Reform zu unterziehen ist, vor allem zu Beginn der Transformation eine herausragende Bedeutung bei der Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten zu.

Mit der Auflösung der Gosbank zu Jahresbeginn 1992 wurde in der Russischen Föderation der Weg für die Einrichtung einer für die russische Geldpolitik zuständigen Zentralbank und das Entstehen eines Geschäftsbankensektors bereitet. Die Geldpolitik der russischen Zentralbank findet in einem erheblichen Spannungsfeld statt: Zwar ist sie nach der geltenden Verfassung der inneren und äußeren Stabilität des Rubels verpflich-

---

<sup>76</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands - Realwirtschaftliche Anpassung. Fünfter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47-48/1994, S. 824.

tet und daher unabhängig in ihren geldpolitischen Entscheidungen. De facto jedoch übt insbesondere das Finanzministerium einen erheblichen Einfluß auf die Geld- und Kreditpolitik aus, so daß die Zentralbank ihrer stabilitätspolitischen Verantwortung nur sehr begrenzt Rechnung tragen kann.

Nach dem geltenden Recht liegt die Zulassung von Geschäftsbanken in der Hand der Zentralbank, der auch zugleich die Bankenaufsicht ausübt. Auf dem in der Folgezeit entstandenen Geschäftsbankensektor agieren die Nachfolgeinstitutionen der ehemaligen staatlichen Banken, darunter die Sberbank, neugegründete Banken und ausländische Banken. Die Nachfolgeinstitutionen der ehemaligen staatlichen Branchen- und Spezialbanken nehmen bis heute eine Sonderstellung ein. Ihre Wettbewerbsvorteile gegenüber neugegründeten Banken liegen zum einen in dem im allgemeinen höheren Umfang der Aktiva und des Eigenkapitals begründet. Zum anderen verfügen sie oftmals über ein verzweigtes Filialnetz und langjährige Kontakte sowohl zur Zentralbank als auch zu ihren traditionellen Kunden. Sie haben eine große Bedeutung bei der Weitergabe sogenannter "zentralisierter" Kredite, durch die die Zentralbank immer wieder einzelnen Branchen zu oftmals stark präferentiellen Konditionen zu Liquidität verhilft.

Durch die enge Verknüpfung von Banken und Unternehmen sind die ehemaligen Staatsbanken in erheblichem Ausmaß von dem Problem der notleidenden Forderungen bedroht. Da der Konkurs eines Unternehmens möglicherweise den eigenen Konkurs nachsichziehen könnte, ist die Bank geneigt das Unternehmen durch erneute Kreditzusagen vor einer Liquiditätskrise zu bewahren. Die enge Verknüpfung zwischen Unternehmens- und Bankensektor ist auch für eine Vielzahl der neugegründeten Banken typisch; oftmals befinden sie sich im Eigentum großer Unternehmen, so daß bei ihnen vermehrt das Problem des "insider lending" auftritt. Begünstigt durch diese Kreditvergabepraxis und die damit oftmals einhergehende Subventionierung unrentabler Unternehmen durch den Bankensektor erreichte der Anteil überfälliger Bankkredite am gesamten Bankkreditbestand im Mai 1994 bereits die Größenordnung von 21 vH.

Eine Sonderrolle auf dem Finanzmarkt nimmt die Sberbank ein, die nach wie vor über die Mehrheit der Depositen der Bevölkerung verfügt und als einziges Finanzinstitut ein landesweites Filialnetz besitzt. Die Sberbank ist ein wesentlicher Profiteur von der

Zinsdifferenz zwischen Depositenzinsen und den auf dem Interbankenmarkt gezahlten Sätzen. Von nachgeordneter Bedeutung für die entstehenden russischen Finanzmärkte sind die ausländischen Banken, deren Engagement durch die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen erheblich eingengt wird<sup>77</sup>.

Nach der Zulassung von Wertpapier- und Devisenbörsen im Jahre 1993 war es zwar zu einem heftigen Gründungsboom gekommen, doch existierten bereits im 2. Halbjahr 1993 nur 60 derartiger Börsen. Die wichtigste Devisenbörse ist die Moskauer-Interbanken-Devisenbörse; bislang ist sie der Ort der Devisenmarktinterventionen der Zentralbank. Die Wertpapiermärkte sind erst im Entstehen begriffen. Insbesondere das Umsatzvolumen von Staatspapieren ist nach wie vor klein; der Spielraum für Offenmarkt-Operationen der Zentralbank muß mithin als ausgesprochen gering eingestuft werden. Allerdings wächst die Bedeutung der Wertpapierbörsen im Zusammenhang mit der voranschreitenden Privatisierung. Insgesamt wird die Entstehung von Finanzintermediären und die Entwicklung von Finanzmärkten in der Russischen Föderation jedoch durch die ungelösten makroökonomischen Probleme behindert.

Kaum eine der Aufgaben, die dem Geschäftsbankensektor in funktionierenden Marktwirtschaften zukommt, kann von den russischen Banken übernommen werden. Nach wie vor kann schon die Organisation des Zahlungsverkehrs nicht als reibungslos gelten; fehlende technische Ausrüstung und unzureichende Standardisierung sind hier u.a. Ursache. Verzögerung bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs haben wegen der hohen monatlichen Inflationsraten erhebliche Konsequenzen für die Liquidität der einzelnen Geschäftspartner. Unter den bestehenden instabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen ist die Mobilisierung von Ersparnissen zu Investitionszwecken schwierig; eine Fristentransformation wird durch die makroökonomischen Bedingungen geradezu konterkariert. Auch eine effiziente Kreditallokation können die Banken nicht gewährleisten; i.d.R. fehlen die Bewertungsmaßstäbe für die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens, sowie Erfahrungen mit einer gewinn- und risikoorientierten

---

<sup>77</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands- Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994, S. 306.

Kreditvergabe und qualifiziertes Personal. Die unzureichenden Bewertungsmaßstäbe für die Kreditvergabe an einzelnen Unternehmen können zudem unter den bestehenden rechtlichen Bedingungen nur begrenzt durch Kreditsicherheiten ersetzt werden. Insbesondere fehlt es bislang an einem glaubwürdigen staatlichen Schutz privaten Eigentums; bezüglich der Eigentumsfrage an Grund und Boden begünstigen fehlende Grundbücher die rechtliche Unsicherheit.

#### 4.2.2 Fiskalischer Föderalismus

Die Verwaltungsstruktur der Russischen Föderation hat sich auch mit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit nur unwesentlich geändert. Grundsätzlich existieren drei Verwaltungsebenen: Die Föderation, die ihr unmittelbar nachgeordneten 89 Gebietskörperschaften und die Kommunen. Unterschiede im Rechtsstatus der 89 unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften - Autonome Republiken, Provinzen (kraj), Gebiete (oblast), Kreise (okrug) und die Städte Moskau und St. Petersburg - sind im Föderationsvertrag festgehalten<sup>78</sup>.

Der Finanzausgleich (horizontal und vertikal) ist nicht Gegenstand der russischen Verfassung. Damit fehlt auch eine definitive Abgrenzung der Aufgaben-, Einnahmen-, und Ausgabenkompetenzen der einzelnen föderalen Ebenen. Teilweise muß diese fehlende verbindliche Ausgaben- und Einnahmenabgrenzung implizit durch die Steuergesetzgebung übernommen werden. Da das Steuersystem der Russischen Föderation ständigen Revisionen unterliegt, ergibt sich hieraus ein erheblicher Verhandlungsspielraum für die konkrete Aufteilung des Steueraufkommens insbesondere zwischen den unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften und der Zentrale.

---

<sup>78</sup> Die unterschiedliche Position der einzelnen Verwaltungseinheiten spiegelte sich bei der Unterzeichnung des aus drei Teilverträgen bestehenden Föderationsvertrages; der erste Vertrag wurde zwischen den Bundesorganen und den Republiken geschlossen. Allerdings stimmten nicht alle Republiken diesem Vertrag zu - Ausnahmen bildeten Tatarstan und Tschetscheno-Inguschetien. Teilweise handelten die einzelnen Republiken Sonderrechte aus. So räumt ein Zusatzprotokoll zu diesen Verträgen Barschkortostan z. B. eine eigene Steuergesetzgebung ein. Die beiden anderen Verträge wurden zwischen den Bundesorganen und den übrigen unmittelbar nachgeordneten Verwaltungseinheiten geschlossen.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit wurden die Finanzbeziehungen zwischen Zentrale und nachgeordneten Gebietskörperschaften durch ein im Januar 1992 in Kraft getretenen Gesetz über die Grundlagen der Besteuerung erstmalig neu geregelt. Formal orientiert sich das Steuersystem an der dreistufigen Verwaltungsstruktur der Föderation. Steuern, die auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation zu zahlen sind und deren Bemessungsgrundlage sowie Satz auf der Föderationsebene festgelegt werden, werden föderale Steuern genannt. Wichtige föderale Steuerarten sind die föderale Gewinnsteuer, die Zölle, die Mehrwertsteuer, die Akzisen und die Einkommensteuer. Regionale Steuern unterscheiden sich von diesen dadurch, daß der Steuersatz zwischen den unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften variieren kann. Die Steuerbasis für örtliche Steuern wird auf der Föderationsebene festgelegt; über die Steuersätze entscheidet die jeweilige Kommune<sup>79</sup>. Entscheidend für die Zuordnung einzelner Steuerarten auf die unterschiedlichen föderalen Ebenen ist also keineswegs die Einnahmehoheit sondern im wesentlichen die Gestaltungshoheit<sup>80</sup>. Entsprechend wird das Aufkommen an föderalen Steuern in der Regel zwischen dem Föderationshaushalt und den Haushalten der nachgeordneten Gebietskörperschaften aufgeteilt oder steht den Gebietskörperschaften in Gänze zu Verfügung<sup>81</sup>. Nach dem im Januar 1992 in Kraft getretenen Gesetz sollten im wesentlichen die direkten föderalen Steuern in die Haushalte der Regionen fließen, während das indirekte Steueraufkommen zu größten Teilen dem föderalen Haushalt zugute kommen sollte. Damit war dem Trennsystem eine klare Präferenz gegenüber Steuerverbundlösungen erteilt worden.

Allerdings ließ sich dieses auf einem Trennsystem basierende Steuerrecht in der Praxis nicht durchsetzen<sup>82</sup>; eine Tatsache an der sich auch die erheblichen Enforcement-Probleme der Zentrale besonders deutlich machen. De facto orientiert sich das Finanzsystem nach wie vor an den aus der sozialistischen Ära stammenden Steuerverbundlö-

---

<sup>79</sup> Vgl. *Financial & Business News* aus Moskau, Nr. 16/1993, S. 5.

<sup>80</sup> Vgl. *Rossiskije Vesti* vom 18. Februar 1994.

<sup>81</sup> Beispielhaft sei hier die persönliche Einkommensteuer genannt; die Gestaltungskompetenz liegt bei der Föderation, das gesamte Aufkommen fließt an den regionalen Haushalt.

<sup>82</sup> Vgl. *Russia and the Challenge of Fiscal Federalism*. Edited by Christine Wallich. The World Bank. Washington, D.C., 1994, S. 53.

sungen. Auch die im Januar 1994 in Kraft getretenen steuerrechtlichen Veränderungen zielten im wesentlichen auf eine Verbundlösung<sup>83</sup>.

Die derzeitige Gesetzeslage räumt der Föderation ein erhebliches Mitspracherecht bezüglich der Einnahmeseite der regionalen Budgets ein, insbesondere dadurch, daß ein großer Teil der für die regionalen Haushalte relevanten Steuersätze auf Föderationsebene festgelegt wird. Die Aufgaben, die den nachgeordneten Gebietskörperschaften zufallen, sind nicht klar abgegrenzt. Vielmehr ist davon auszugehen, daß dort, wo die Einsparungen der föderalen Ebene zu besonders harten Einschnitten führen würden, diese teilweise durch Ausgaben der Gebietskörperschaften substituiert werden, ohne daß entsprechende zusätzliche Einnahmemöglichkeiten geschaffen werden<sup>84</sup>. In einer solchen Politik der Aufgabenüberwälzung spiegelt sich also keineswegs die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Dennoch ist die Haushaltslage der nachgeordneten Gebietskörperschaften - seit der Einführung der finanzrechtlichen Veränderungen im Januar 1992 - in der Summe von Überschüssen, die der Föderation von wachsenden Defiziten geprägt. Dabei blieb der Anteil der Föderation an den von der öffentlichen Hand getätigten Gesamtausgaben im Zeitverlauf relativ konstant in der Größenordnung von etwa 60 vH<sup>85</sup>(vgl. Tabelle 24). Allerdings ging der Einnahmenanteil des Föderationshaushalts im Zeitverlauf deutlich zurück; flossen im Jahre 1992 noch 63,5 vH der Gesamteinnahmen in das föderale Budget, so standen ihm 1993 nur etwa 40 vH der Gesamteinnahmen zur Verfügung. Ob sich die im ersten Halbjahr 1994 festzustellende Veränderung auf einen Anteil von

---

<sup>83</sup> Eine zentrale Veränderung betraf die Aufteilung des Körperschaftsteueraufkommens: Bemessungsgrundlage ist weiterhin der ausgewiesene Bilanzgewinn. Auf diesen werden 13 vH Körperschaftsteuer erhoben, die an den Föderationshaushalt fließen. Zusätzlich können die Regionen bis zu 25 vH für den regionalen Haushalt beanspruchen, so daß die maximale Gesamtbelastung aus der Körperschaftsteuer bei 38 vH liegt. Eine Sonderregelung gilt für Gewinne aus Banken- und Versicherungstätigkeit; hier liegt der maximale Steuersatz bei 43 vH; vgl. *Sobranie zakonodatel'stva*, Nr. 52, S. 5723 ff.

<sup>84</sup> Vgl. *Russia and the Challenge of Fiscal Federalism*. Edited by Christine Wallich. The World Bank. Washington, D.C., 1994, S. 53.

<sup>85</sup> Vgl. *Russian Economic Trends 1994*, S. 13.

etwa 50 vH an den Gesamteinnahmen für das Gesamtjahr aufrechterhalten läßt, muß allerdings als fragwürdig erscheinen<sup>86</sup>.

Hinter dieser ungleichgewichtigen Entwicklung verbergen sich neben steuerrechtlichen Veränderungen erhebliche Enforcement-Probleme der Zentrale sowie die Folgen eines nur unzureichend entwickelten Finanzausgleichs und eines unausgereiften Kapitalmarktes, zu dem die nachgeordneten Gebietskörperschaften keinen Zugang haben. Zudem begünstigt die Struktur der Finanzverwaltung die Nichtabführung von Steuern in das föderale Budget durch die nachgeordneten Gebietskörperschaften insoweit, als daß das gesamte Steueraufkommen einer Region zunächst von einer regionalen Verwaltungseinheit erfaßt wird und erst dann der entsprechende Anteil an die übergeordnete Ebene abgeführt wird<sup>87</sup>.

Darüberhinaus besteht die Möglichkeit durch die Einrichtung von zweckgebundenen außerbudgetären Fonds die tatsächliche Haushaltssituation auf der nachgeordneten Ebene zu verschleiern, indem diesen Fonds zur Finanzierung ihrer Aktivitäten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, die als Ausgaben den regionalen Haushalt belasten. Dieser wiederum ist gezwungen, Transfers aus dem föderalen Haushalt zu beanspruchen, um sein Defizit zu finanzieren.

Die unterschiedliche Wirtschaftskraft der einzelnen Regionen spiegelt sich in den Abführungen, die die Regionen in das föderale Budget leisten. Im ersten Halbjahr 1994 stellten die 11 leistungsfähigsten Gebietskörperschaften mehr als 50 vH der gesamten Einnahmen des föderalen Budgets. Allein die Stadt Moskau trug zu 23 vH an den Einnahmen des föderalen Budgets bei. Im gleichen Zeitraum wurden im Rahmen des

---

<sup>86</sup> Auch im Vorjahr betrug der Anteil des Föderationshaushaltes in den ersten sechs Monaten noch etwa 50 vH der Gesamteinnahmen; für das Gesamtjahr allerdings konnte nur der deutlich niedrigere Wert von knapp 40 vH ausgewiesen werden. Eine Ursache liegt in dem überproportionalen realen Einnahmerückgang im 2. Halbjahr 1993; Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii. janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 99.

<sup>87</sup> Vgl. Russia and the Challenge of Fiscal Federalism. Edited by Christine Wallich. The World Bank. Washington, D.C., 1994. S. 6.

Finanzausgleichs mehr als 20 vH der Mittel des föderalen Haushalts an die nachgeordneten Gebietskörperschaften gezahlt<sup>88</sup>.

Der Finanzausgleich soll eine Mindestangleichung der Steuereinnahmen pro Einwohner gewährleisten und damit im Ansatz eine einheitliche Mindestversorgung mit öffentlichen Gütern sichern. Allerdings ist das gesamte russische Finanzsystem von erheblichen Widersprüchen und zahlreichen Ausnahmeregelungen geprägt, die gerade einer Angleichung der Lebensverhältnisse auch auf einem niedrigen Niveau entgegenstehen. Bei uneingeschränkter Mobilität wären unter den gegebenen Umständen erhebliche Wanderungsbewegungen zu erwarten; daß diese nicht in dem erwarteten Umfang zu beobachten sind, ist in erster Linie auf die Knappheit der Ressource "Wohnraum" zurückzuführen.

**Tabelle 24**      **Aufteilung von Einnahmen und Ausgaben zwischen Föderation und den unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften**

	Russische Föderation			Gebietskörperschaften		
	1992	1993	1.Halbjahr 1994	1992	1993	1.Halbjahr 1994
	in vH					
<b>Einnahmen, insgesamt</b>	<b>56</b>	<b>41</b>	<b>49</b>	<b>44</b>	<b>59</b>	<b>51</b>
<b>Direkte Steuern</b>						
Gewinnsteuer	39	33	35	61	67	65
Einkommensteuer	0	0	1	100	100	99
<b>Indirekte Steuern</b>						
Akzisen	47	44	57	53	56	43
Mehrwertsteuer	75	64	66	25	36	34
Zölle etc.	100	100	98	0	0	2
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>42</b>	<b>26</b>	<b>46</b>	<b>58</b>	<b>74</b>	<b>54</b>
<b>Ausgaben, insgesamt</b>	<b>60</b>	<b>60</b>	<b>50</b>	<b>40</b>	<b>40</b>	<b>50</b>
<b>Volkswirtschaft</b>	<b>53</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>47</b>	<b>70</b>	<b>70</b>
Sozial-kulturelle Maßnahmen	30	20	20	70	80	80
Verteidigung	100	100	100	0	0	0
Subventionierte Importe	100	96	96	0	4	4
Sonstige Ausgaben	67	98	65	33	2	35
<b>Defizit in vH des BIP</b>	<b>-4</b>	<b>-10</b>	<b>-5</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>-4</b>
Quellen: Social'no-ekonomiceskoe položenie Rossii, janvar' - i jul' 1994 g. Moskau 1994; Berechnungen des DIW.						

<sup>88</sup> Vgl. Social'no-ekonomiceskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 93.



### 4.3 Strukturpolitische Programme

Eine erhebliche Erblast für den Transformationsprozeß sind die strukturellen Probleme der Wirtschaft, zu denen insbesondere die Überalterung des Kapitalstocks, die Rohstoff- und Energielastigkeit der Industriestruktur und die damit verbundene Rückständigkeit der verarbeitenden Industriezweige sowie das überhöhte Gewicht der Rüstungsindustrie zählen. Eine sozial verträgliche Bewältigung dieser Strukturprobleme allein durch die Wirkung des Marktmechanismus wird nicht für möglich gehalten. Eine aktive Strukturpolitik ist daher für die Regierung Tschernomyrdin ein wesentlicher Bestandteil ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik. Zu ihren grundlegenden Zielen zählen insbesondere die soziale Orientierung der Wirtschaft, die Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf hohem technologischem Niveau sowie die Diversifizierung des Exportpotentials. Für nahezu alle Branchen sind industriepolitische Programme ausgearbeitet worden. Als Schwerpunkte der Strukturpolitik sind im Regierungsprogramm vom August 1993 die Bereiche Brennstoff- und Energiewirtschaft, Nahrungsmittel- und pharmazeutische Industrie, Konversion der Rüstungsindustrie sowie Verkehr, Nachrichtenwesen und Telekommunikation festgelegt worden. Der Entwurf des Wirtschaftsministeriums für die Konzeption der Strukturpolitik in den Jahren 1995 bis 1997 nennt als Prioritätsbereiche zusätzlich die Chemieindustrie, den Maschinenbau und die Leichtindustrie. Als Instrumente der Strukturpolitik werden selektive Finanzhilfen, Steuervergünstigungen sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung genannt. Außerdem sollen die strukturpolitischen Ziele auch mit Hilfe der staatlichen Investitionsprogramme umgesetzt werden<sup>89</sup>.

Besonders weitgehende Vorstellungen über die staatliche Lenkung des strukturellen Wandels und der Industrieentwicklung verfolgt das aus der Verwaltung der Rüstungsindustrie hervorgegangene Staatskomitee für Industriepolitik. In seinem Verständnis soll die staatliche Intervention im Rahmen der Struktur- und Industriepolitik nicht nur die Förderung bestimmter Sektoren umfassen, sondern auch die gezielte Förderung bestimmter Produktionsverfahren und die Sicherstellung der Produktion einzelner Er-

---

<sup>89</sup> Vgl. Rossijskie vesti vom 21. September 1993. Koncepcija strukturnoj politiki Rossijskoj Federacii v 1995-1997 godach. Moskau 1994, Kap. 2-5.

zeugnisse. Diese Ziele sollen u. a. mit Staatsaufträgen, staatlichen Investitionsprogrammen sowie der Schaffung von gemeinsamen Entscheidungsgremien des Staates und der Unternehmensverbände. In Prioritätsbereichen soll die Zusammenarbeit von Industrieunternehmen, Kreditinstituten und Handelsorganisationen in "Finanz-Industriegruppen" zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der russischen Industrie beitragen. Mit einem "Gesetz über die Industrie" soll der staatliche Einfluß auf die industrielle Entwicklung rechtlich verankert werden, gleichzeitig aber auch der Staat zur Unterstützung der einheimischen Industrie verpflichtet werden<sup>90</sup>.

Die staatlichen Versuche zur Beeinflussung der strukturellen Entwicklung konnten bislang jedoch kaum wirksam umgesetzt werden. Im Rahmen des föderalen Investitionsprogramms wurden 1993 nur 30 vH der geplanten Mittel auch tatsächlich investiert, bei der Fertigstellung von Investitionsobjekten konnten die Planungen gleichfalls nur zu 30 vH realisiert werden<sup>91</sup>. Trotz dieses Fehlschlags stellen die programmatischen Vorstellungen zur Strukturpolitik eine Gefahr für den Transformationsprozeß zur Marktwirtschaft dar, da sie auf eine massive Lenkung der Kapitalströme durch den Staat und eine Behinderung der außenwirtschaftlichen Öffnung hinauslaufen.

#### 4.4 Sozialpolitik

Bei dem Übergang auf eine wie auch immer konkret ausgestaltete Marktwirtschaft muß der Unternehmenssektor in die Lage versetzt werden, gewinnorientiert arbeiten zu können. Dazu ist es auch notwendig, die sozialen Funktionen, die die Betriebe im Sozialismus grundsätzlich übernommen haben, zu überdenken. Im Transformationsprozeß entsteht ein Dilemma: Zum einen werden durch die transformationsbedingten sozialen Probleme ad hoc hohe Ansprüche an die Sozialpolitik gestellt. Zum anderen

---

<sup>90</sup> Vgl. Goskomprom Rossii: Koncepcija gosudarstvennoj promyšlennoj politiki Rossii na 1994-1995 gody. Moskau 1994. Goskomprom Rossii: Koncepcija zakona Rossijskoj Federacii "O promyšlennosti". Moskau 1994.

<sup>91</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 35 f.

sind Einschnitte in die vormalige umfassende soziale Sicherung durch den Staat und eine stärkere Betonung der individuellen Verantwortung notwendig.

Der Aufbau eines sozialen Netzes, das die negativen Verteilungswirkungen abfedern könnte, wird in der russischen Föderation durch die makroökonomischen Rahmenbedingungen erschwert. Zwar wird in den einzelnen Regierungsprogrammen wiederholt die Bedeutung der Lösung des sozialen Problems für den Fortgang des Transformationsprozesses betont<sup>92</sup>, doch fehlt offensichtlich bislang ein Konsens über Art und Umfang der staatlichen Absicherung.

Die staatlichen Sozialversicherungsfonds sind in der Russischen Föderation als außerbudgetäre Fonds organisiert. Einzahlungen werden im wesentlichen von den Arbeitgebern und den öffentlichen Haushalten geleistet. Für die Arbeitnehmer besteht folglich nur ein loser Zusammenhang zwischen Leistung und Beitrag. Zusätzlich zur staatlichen Absicherung gegen bestimmte Risiken wie Krankheit und Alter ist eine private Versicherung möglich. Das Entstehen von dazu notwendigen nicht-staatlichen Kapitalsammelstellen wird jedoch durch die bestehenden Verzerrungen auf den Finanzmärkten und die eklatanten Stabilisierungsprobleme behindert.

Der Pensionsfonds, aus dem sowohl Alters- als auch Sozialrenten gezahlt werden, ist der vom Finanzvolumen größte Sozialversicherungsfonds. Die von den Arbeitgebern zu leistenden Einzahlungen belaufen sich auf 28 vH der Bruttolohnsumme; die Arbeitnehmer entrichten 1 vH ihres Bruttolohnes. Da die Leistungen dieses Fonds über die Alterssicherung hinausgehen, fließen zusätzlich Haushaltsmittel ein. Die Anpassung der Renten an die Inflationsentwicklung erfolgt vierteljährlich. In der Vergangenheit war die Finanzsituation des Pensionsfonds im wesentlichen durch Überschüsse geprägt, die jedoch durch die bestehende Inflation ständig entwertet werden, da sie oftmals nur zu negativen Realzinsen auf dem Kapitalmarkt angelegt werden können.

Die Mittel des Beschäftigungsfonds sollen sowohl für Geldleistungen an Arbeitslose als für auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verwandt werden. Die Einzahlungen der

---

<sup>92</sup> Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 21/1993.

Arbeitgeber in den Fonds belaufen sich auf 2 vH der Bruttolohnsumme. Die Geldleistungen an von den Arbeitsämtern anerkannte Arbeitlose richten sich nach der Beschäftigungsdauer und dem Durchschnittslohn der letzten zwei Monate. Diese Bezugsbasis führt wegen der hohen monatlichen Inflationsraten rasch zu einer starken realen Verringerung dieser Transfers. Bislang verfügt der Fonds über Überschüsse, die sich im wesentlichen auf die hohe Steigerung der Nominallöhne bei gleichzeitig geringen Arbeitslosenzahlen zurückführen lassen. Den zukünftigen Arbeitsmarktproblemen dürfte dieser Fonds indes ohne nachhaltige Transfers aus den öffentlichen Haushalten kaum gerecht werden.

Die Umwandlung des staatlichen Gesundheitswesens in ein Krankenversicherungssystem gestaltet sich zäh. Zwar trat zum 1. Januar 1993 ein Gesetz über die Krankenversicherung in Kraft<sup>93</sup>, jedoch fehlten in dieser Vorlage wichtige Bausteine für die Implementierung eines flächendeckenden staatlichen Krankenversicherungssystems. Insbesondere wurde die Frage der Finanzierung des Gesundheitswesens nur unzureichend geklärt. Die Beitragszahlungen der Arbeitgeber belaufen sich auf 3,6 vH der Bruttolohnsumme; Arbeitnehmer leisten keine Beiträge. Die Beitragzahlungen für die Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen übernehmen die Gebietskörperschaften, was mittelfristig zu erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte<sup>94</sup> oder aber zu deutlichen Steigerungen der Beitragssätze führen muß. Da das gesamte Beitragsvolumen bislang zu gering ist, um eine Mindestversorgung auf sehr niedrigem Niveau zu sichern, müssen schon jetzt Mittel von bedeutendem Umfang aus den Haushalten der unterschiedlichen föderalen Ebenen für das Gesundheitswesen aufgewandt werden. Insgesamt ist davon auszugehen, daß dieses Konzept einer kostenlosen Mindestversorgung durch das staatliche Gesundheitswesen sich nicht als tragfähig erweisen wird.

---

<sup>93</sup> Dieses Gesetz war noch vom Obersten Sowjet der RSFSR im Sommer 1991 verabschiedet worden. Es sieht eine Zweiteilung der Krankenversicherung vor: Die staatliche Krankenversicherung soll die medizinische Grundversorgung sichern; darüberhinausgehende Leistungen sollen über eine private Zusatzversicherung finanziert werden. Vgl. Gesetz der RSFSR "O medicinskom strachovanii grazdan v RSFSR" vom 28. Juni 1991. In: Vedomosti VS RSFSR, Nr. 27/1991.

<sup>94</sup> Vgl. Rossijskie Vesti vom 14. Mai 1993.

In bestimmten Fällen können besondere staatliche Versorgungsleistungen in Anspruch genommen werden. Dazu zählen Beihilfen für kinderreiche Familien, Geld- und Sachleistungen bei Schwangerschaft und Entbindung, Mutterschaftsgeld, KinderStipendien, Zuwendungen für die Bevölkerung des äußersten Nordens und für die Tschernobyl-Opfer. Technisch werden diese Zahlungen teilweise über die Unternehmen aber auch über die Infrastruktur des Pensionsfonds abgewickelt. Die oftmals verworrenen Zuständigkeiten für die Leistungserbringung erschweren die Kontrolle über Mehrfachleistungen und die tatsächliche Bedürftigkeit. Gerade an der mangelhaften Koordination der einzelnen Sozialleistungen macht sich die fehlende Gesamtstrategie bezüglich der Ausrichtung der Sozialpolitik bemerkbar. Ad hoc ergriffene Maßnahmen zum Schutze bestimmter Bevölkerungsgruppen können ein in sich abgestimmtes Konzept der sozialen Sicherung mittelfristig nur zu extrem hohen Kosten ersetzen.

## 5 Außenwirtschaft

### 5.1 Währungspolitik

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verband die in ihrer Wirtschaftspolitik plötzlich unabhängigen Nachfolgestaaten die gemeinsame Währung - der Rubel. Diese unfreiwillige Währungsunion war eher historisch bedingt als den gegenwärtigen Erfordernissen angemessen<sup>95</sup>. Da in den einzelnen Nachfolgestaaten unterschiedliche Reformansätze und -geschwindigkeiten den Transformationsprozeß bestimmten, entstand ein Spannungsverhältnis zwischen dezentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und der Monopolisierung der geldpolitischen Instrumente durch die Moskauer Zentralbank. Die baltischen Staaten, die auf eine Dezentralisierung geld- und haushaltspolitischer Entscheidungen beharrten und eine alsbaldige Abkoppelung von dem Inflationswettbewerb mit der Russischen Föderation suchten, führten im Jahresverlauf 1993 ihre eigenen Währungen ein. Die in der Rubelzone verbliebenen nicht-russischen Nachfolgestaaten, konnten sich von der Inflationsentwicklung in der russischen Föderation

---

<sup>95</sup> Vgl. Peter Bofinger et al.: Währungspolitik der Nachfolgestaaten der UdSSR. In: Gemeinsames Gutachten des ifo Instituts München und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin. München 1993.

tion nur unzureichend abkoppeln. In der Folgezeit traten die durch diese unfreiwillige Währungsunion verursachten Probleme immer deutlicher an die Oberfläche. Insbesondere war die Kompetenzabgrenzung zwischen den einzelnen Nationalbanken und der Moskauer Zentralbank unklar. Engpässe in der Bargeldversorgung durch die Moskauer Zentrale führten in der Regel zur Ausgabe eigener Noten in den betreffenden Republiken, so daß eine Vielzahl von nationalen Parallelwährungen entstanden. Zudem war der Zahlungsverkehr zwischen den Republiken nur sehr unbefriedigend gelöst.

Diese ausgesprochen problembeladene Währungsunion wurde de facto im Juli 1993 einseitig von der russischen Seite aufgekündigt, als die russische Zentralbank eine Rubel-Umtausch-Aktion verfügte<sup>96</sup>. Von russischer Seite wurde die Aktion damit begründet, daß einerseits der die Inflation in der Russischen Föderation anheizende Zufluß von russischen Rubel aus den Mitgliedstaaten der Rubelzone unterbunden werden sollte und andererseits im Umlauf befindliches Falschgeld eliminiert werden sollte. In der Folgezeit hat der inflationäre Druck, der durch die Vergabe von Zentralbankkrediten an die übrigen GUS-Republiken bestanden hat, abgenommen<sup>97</sup>.

Gegenüber den Drittländern wurde auch nach der Preisfreigabe zunächst an einem multiplen Wechselkurssystem festgehalten, das die Realisation von teilweise erheblichen Arbitrage-Gewinnen grundsätzlich ermöglichte<sup>98</sup>. Mit dem 1. Juli 1992 wurde auf einen einheitlichen Kurs übergegangen; seitdem wird der Wechselkurs des Rubels auf dem hochgradig kontrollierten Moskauer Interbankenmarkt ausgehandelt. Der nominale Kurs des eingeschränkt konvertiblen Rubels ist seit Beginn der Transformation im

---

<sup>96</sup> Die Rubel-Umtausch-Aktion wurde Ende Juli 1993 verfügt und sah vor, daß Russen innerhalb von fünf Wochen bis zu 100 000 Rubel in Scheinen von vor 1993, in neue Noten umtauschen konnten. Für Nicht-Russen - darunter auch die Mitglieder der Rubelzone - galten Sonderkonditionen. Insbesondere die Bargeldknappheit und die Unberechenbarkeit der russischen Zentralbank zwang die Mitgliedstaaten der Rubelzone über Nacht zur Einführung einer eignen Währung. Trotz der Antizipierbarkeit des Auseinanderbrechens der Rubelzone schienen die nicht-russischen Mitgliedstaaten der Rubelzone in der Regel relativ unvorbereitet, eine eigenverantwortliche Währungs- und Stabilisierungspolitik zu etablieren.

<sup>97</sup> Hatten die den GUS-Staaten gewährten Kredite noch im August 1993 einen Anteil von etwa 30 vH an den gesamten Zentralbankkrediten, so lag ihr Anteil im Juli 1994 bei 14 vH.

<sup>98</sup> Die drei erheblich von einander abweichenden Kurse galten je nach Verwendungszweck des Rubels.

Januar 1992 von 110 Rubel zum Dollar<sup>99</sup> auf 3 550 Rubel zum Dollar Ende Dezember 1994 gestiegen. Im Zeitverlauf gab es trotz der hohen heimischen Inflation immer wieder Phasen eines relativ konstanten Wechselkurses zum Dollar (vgl. Schaubild 5). Dies läßt sich teilweise durch Veränderung der Ablieferungsverpflichtungen der russischen Exporteure erklären<sup>100</sup>. Teilweise gehen diese Phasen aber auch auf massive Interventionen der Zentralbank zurück.

Trotz der gelegentlich erheblichen Turbulenzen um den Rubelkurs - zuletzt im Oktober 1994<sup>101</sup> - ist es insgesamt im Zeitverlauf zu einer realen Aufwertung des Rubels gegenüber dem Dollar gekommen (vgl. Schaubild 5). Allerdings müssen dabei im wesentlichen zwei Phasen unterschieden werden: Im Zeitraum Anfang 1992 bis Ende 1993 blieb die Entwicklung des nominalen Wechselkurses deutlich hinter der Inflationsentwicklung zurück. Seit Anfang 1994 dagegen ist der reale Wechselkurs weitgehend konstant. Für die russischen Exporteure bedeutet dies vor allem, daß vom Wechselkurs seit etwa einem Jahr kein wesentlicher Impuls auf ihre Exportchancen ausgeht.

---

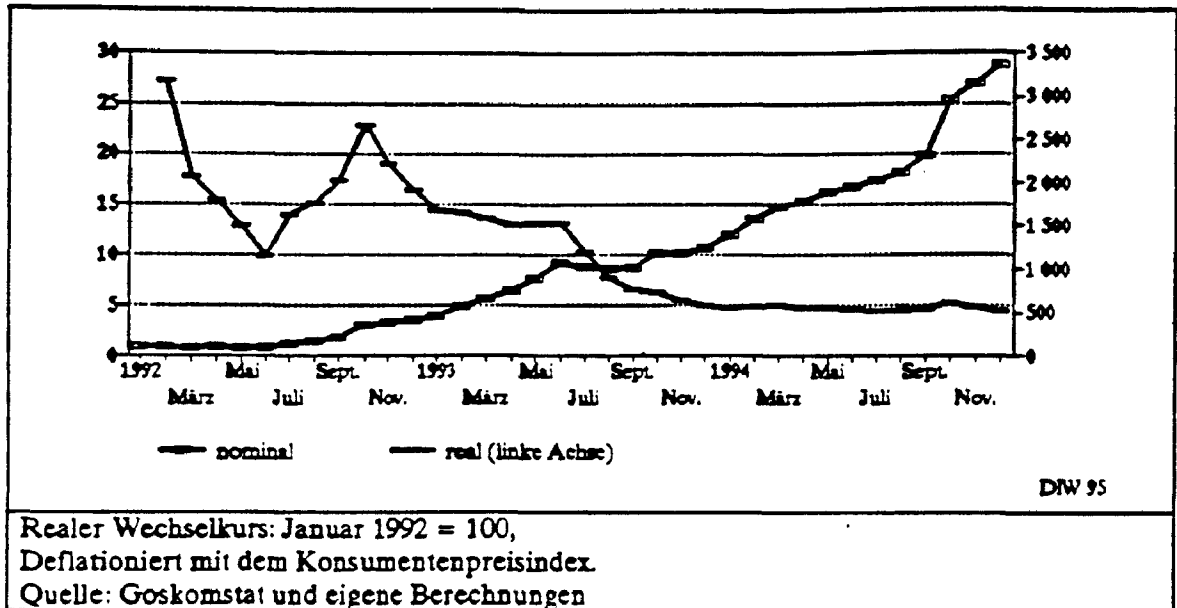
<sup>99</sup> Zugrundegelegt wurde der Marktkurs der russischen Zentralbank, der auch gelegentlich als Touristenkurs bezeichnet wird.

<sup>100</sup> So wurde im Juli 1993 eine Veränderung der Ablieferungspflicht verfügt: Den Exporteuren wurde die Möglichkeit eingeräumt 50 vH ihrer abzuliefernden Devisenerlöse auf dem Devisenmarkt anzubieten. Zuvor galt die Ablieferungspflicht für 30 vH der erzielten Devisenerlöse bei der Zentralbank. Dadurch erhöhte sich das Angebot an Devisen auf diesem Markt; ein relativ konstanter Wechselkurs des Rubels gegenüber dem Dollar über einen kurzen Zeitraum konnte gehalten werden, obwohl die inländische Inflation den Rubel beständig entwertete.

<sup>101</sup> In der Folge einer Lockerung der Kreditvergabe der Zentralbank bei gleichzeitiger Senkung des Refinanzierungssatzes auf 130 vH hat sich im Spätsommer 1994 das Rubelangebot auf dem Devisenmarkt deutlich erhöht. Zur Stützung des Wechselkurses war eine massive Intervention der Zentralbank notwendig; ihre Devisenreserven sanken mit erheblichem Tempo. Dennoch ließ sich der Verfall des Rubels nicht aufhalten. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 47-48/1994, S. 821 f.

Schaubild 5

## Der Wechselkurs Rubel zu einem Dollar in Rußland



## 5.2 Außenhandel mit Drittländern

Der russische Außenhandel (ohne Intra-GUS-Handel) ist in den letzten Jahren stark geschrumpft. Das Außenhandelsvolumen lag 1993 um 54 vH unter dem Niveau von 1990, die Exporte gingen im gleichen Zeitraum um 40 vH zurück, die Importe sogar um zwei Drittel (vgl. Tabelle 25). Gleichzeitig veränderte sich die Bedeutung der einzelnen Handelspartner für die Russische Föderation in erheblichem Maße. Während die Exporte in die westlichen Industriestaaten konstant blieben, sanken die Ausfuhren in die ehemaligen Mitgliedsländer des RGW bis 1993 auf ein Viertel des Volumens von 1990. Auch bei den Importen wurde mit über 90 vH der stärkste Rückgang im Handel mit den früheren RGW-Staaten verzeichnet. Die Importe aus westlichen Industrieländern gingen um 54 vH zurück, die Importe aus Entwicklungsländern um 44 vH. Bemerkenswert ist, daß die Importe aus der Volksrepublik China 1993 gegenüber dem



Vorjahr um 140 vH anstiegen. China wurde damit nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner Rußlands<sup>102</sup>.

Über die Hälfte der russischen Exporte entfielen 1993 auf mineralische Erzeugnisse, darunter vor allem Erdöl, Erdölprodukte und Erdgas. Stark an Bedeutung gewonnen haben die Importe von Metallen, deren Anteil an den Exporten 1993 20 vH erreichte (1990: 13 vH). Zurückgegangen ist demgegenüber das relative Gewicht von Maschinen und Ausrüstungen in der Warenstruktur der Exporte (1990: 18 vH; 1993: 7 vH). Bei diesen Erzeugnissen wirkte sich der Fortfall des RGW-Markts wegen der unzureichenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit des russischen Maschinen- und Anlagenbaus in besonders starkem Maße aus. Bei den Importen hatten 1993 Maschinen und Ausrüstung mit 36 vH das größte Gewicht (1990: 44 vH), gefolgt von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, auf die ein Fünftel der Importe entfiel. Der Anteil der Textilerzeugnisse in der Warenstruktur der Importe stieg zwischen 1990 und 1993 von 9 auf 16 vH, der Anteil von chemischen Erzeugnissen sank von 11 auf 6 vH (vgl. Tabelle 26).

Die Angaben der Außenhandelsstatistik seit 1994 sind mit früheren Daten nicht vergleichbar, da Goskomstat im Gegensatz zur früheren Praxis die geschätzten "unorganisierten" Ein- und Ausfuhren sowie die Warenlieferungen im Rahmen humanitärer Hilfe in die Außenhandelszahlen einbezogen hat. Im Jahr 1994 stieg das Außenhandelsvolumen mit Drittländern gegenüber dem Vorjahr um 8 vH. Die Exporte betragen 48 Mrd. US-\$ (+8 vH), die Importe 35,7 Mrd. US-\$ (+8 vH). Der Ausfuhrüberschuß lag mit 12,3 Mrd. US-\$ um 9 vH über dem Vorjahresniveau<sup>103</sup>.

Die Warenstruktur des Exports veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich. Auf Energieträger entfielen 45 vH, auf Eisen- und Stahlerzeugnisse und Buntmetalle 20 vH, auf chemische Erzeugnisse 8 vH, auf Edelmetalle 6 vH, auf Maschinen und Ausrüstung 5 vH und auf Holzerzeugnisse 4 vH. Mengenmäßig wurden Zuwachsraten bei den Exporten von Rohöl (+11 vH), Erdölprodukten (+11 vH), Erdgas

---

<sup>102</sup> Vgl. Voprosy ekonomiki, Nr. 6/1994, S. 82 und 85.

<sup>103</sup> Zur Außenhandelsentwicklung 1994 vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 72 ff.

(+14 vH), Eisenerz (+19 vH), Roheisen (+50 vH), Stahlerzeugnissen (+13 vH), Aluminium (+4 vH), Kupfer (+187 vH) und Ammoniak (+25 vH) verzeichnet. Erneut rückläufig waren die Exporte von Maschinen und Ausrüstung (-12 vH).

Auf der Importseite stieg der Anteil von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen 1994 auf knapp 30 vH. Das relative Gewicht der Einfuhren von Maschinen und Ausrüstung lag bei 34 vH. Chemische Erzeugnisse machten 11 vH des Importvolumens aus, der Anteil der Textilerzeugnisse ging auf 7 vH zurück.

Tabelle 25

**Außenhandel Rußlands nach Ländergruppen**  
in Mrd. US-\$

	1990	1991	1992	1993	1. Halb- jahr 1994
Exporte insgesamt	71,1	50,9	40,6	43,1	21,3
Westliche Industriestaaten	25,6	28,8	23,8	25,8	13,9
Entwicklungsländer	10,0	6,9	4,1	5,9	2,5
Ehemalige RGW-Staaten	30,7	11,7	8,0	7,5	3,1
China, Nordkorea, Laos, ehe- maliges Jugoslawien	4,9	3,6	4,0	3,4	1,5
Baltische Staaten	.	.	0,7	0,5	0,4
Importe insgesamt	81,8	44,5	35,3	27,0	13,2
Westliche Industriestaaten	32,5	25,9	22,6	14,9	8,9
Entwicklungsländer	7,8	4,6	4,5	4,4	1,9
Ehemalige RGW-Staaten	36,3	10,9	5,3	3,1	1,2
China, Nordkorea, Laos, ehe- maliges Jugoslawien	5,2	3,1	2,6	4,5	1,2
Baltische Staaten	.	.	0,3	0,1	0,1
Saldo	-10,6	+6,4	+5,3	+16,1	+8,1
Westliche Industriestaaten	-6,9	+2,9	+1,3	+11,0	+5,0
Entwicklungsländer	+2,2	+2,3	-0,4	+1,4	+0,7
Ehemalige RGW-Staaten	-5,6	+0,7	+2,6	+4,4	+1,9
China, Nordkorea, Laos, ehe- maliges Jugoslawien	-0,3	+0,5	+1,4	-1,1	+0,3
Baltische Staaten	.	.	+0,3	+0,4	+0,3
<i>Quellen:</i>	Rossijskaja Federacija v 1992 godu. Moskau 1993, S. 50. Voprosy ekonomiki, Nr. 6/1994, S. 81. Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 2/1994, S. 68.				

Tabelle 26

**Warenstruktur des russischen Außenhandels**  
Anteile in vH

Waren- gruppen	Exporte					Importe				
	1990	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1990	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungs- mittel und landwirt- schaftliche Rohstoffe	2,1	2,6	2,7	4,2	.	20,3	27,9	26,6	19,7	29,2
Minerali- sche Er- zeugnisse	45,4	51,7	54,3	51,1	44,7	2,9	2,9	2,9	3,3	.
Chemische Erzeugnisse	4,6	6,7	6,4	6,0	7,6	10,9	12,4	9,8	6,1	10,7
Leder und Pelze	0,1	0,2	0,2	0,2	.	1,0	1,1	1,7	2,0	.
Holz- erzeugnisse	4,4	4,7	3,6	4,1	4,3	1,1	1,1	1,3	0,7	.
Textilien und Textil- erzeugnisse	1,0	1,0	0,7	0,4	.	9,3	9,9	11,2	15,9	6,8
Metalle	12,9	14,3	16,3	20,4	20,2	5,4	6,3	3,4	3,8	3,5
Maschinen und Ausrü- stung	17,6	10,2	9,3	7,1	5,3	44,4	35,5	39,2	35,5	34,0
Sonstige Warengrup- pen	11,8	8,6	6,5	6,5	.	4,8	2,9	4,0	13,0	.

1) Einschließlich geschätzter "nichtorganisierter Handel".

*Quellen:* Voprosy ekonomiki Nr. 6/1994, S. 86. Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 1/1994, S. 92. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 73 und 75.

### 5.3 Intra-GUS-Handel

Die statistischen Angaben über den Handel Rußlands mit den übrigen Mitgliedsländern der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" sind lückenhaft und liegen zudem nur in

Rubelwerten vor, deren Aussagekraft angesichts der hohen Inflationsraten nur begrenzt ist. Trotz der unzureichenden Datenlage kann aber mit Sicherheit die Feststellung getroffen werden, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Handels zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist. Allein zwischen 1990 und 1992 halbierte sich das Volumen des zwischenrepublikanischen Handels<sup>104</sup>. Der Anteil der Exporte Rußlands in die GUS-Länder am russischen Bruttoinlandsprodukt, der 1990 noch bei 12 vH gelegen hatte, fiel 1994 auf 5 vH, bei den Importen sank die entsprechende Relation von 10,5 auf 3 vH (vgl. Tabelle 27).

Tabelle 27

## Rußlands Handel mit den GUS-Ländern 1990 bis 1994

	1990	1991	1992	1993	1994
in Mrd. Rubel, jeweilige Preise					
Exporte	75,4	135,2	2 256	13 870	29 924
Importe	67,8	103,5	1 145	9 621 <sup>1)</sup>	20 785
in vH zum BIP					
Exporte	11,7	10,4	12,5	8,5	4,7
Importe	10,5	8,0	6,3	5,9	3,3
1) Im Bericht des Staatskomitees für Statistik für 1993 werden die Importe aus der GUS mit 8 621 Mrd. Rubel angegeben.					
<i>Quellen:</i> Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 2/1994, S. 71. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g., Moskau 1994, S. 91. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994. Moskau 1995, S. 77.					

Der wichtigste russischer Handelspartner in der GUS ist die Ukraine. Ihr Anteil an den Ausfuhren aus Rußland lag 1994 bei 50 vH (1993: 53 vH), an den russischen Importen aus den GUS-Ländern war die Ukraine mit 40 vH (1993: 42 vH) beteiligt. Auf Kasachstan entfielen 15 vH (1993:17 vH) der russischen Exporte und 22 vH (1993: 16 vH) der russischen Importe, der Anteil Weißrußlands betrug bei den Exporten 21 vH (1993:16 vH), bei den Importen 20 vH (1993: 23 vH). Gegenüber neun der elf GUS-Staaten wies Rußland 1993 einen Ausfuhrüberschuß auf, darunter gegenüber der

<sup>104</sup> Vgl. Russian Economic Trends. Vol. 2, Nr. 4/1993, S. 88.

Ukraine mit 3,7 Bill. Rubel und gegenüber Kasachstan mit knapp 1 Bill. Rubel. Negativ war die russische Handelsbilanz mit Usbekistan (300 Mrd. Rubel) und Aserbajdschan (14 Mrd. Rubel). Ein ähnliches Bild bot sich 1994. Einen Exportüberschuß verzeichnete Rußland gegenüber 10 GUS-Ländern, negativ war erneut die Handelsbilanz mit Usbekistan (-76 Mrd. Rubel). Der Exportüberschuß gegenüber der Ukraine erreichte 6,5 Bill. Rubel, im Handel mit Weißrußland waren es knapp 2 Bill. Rubel. Im Handel mit Kasachstan schrumpfte der Exportüberschuß auf 5 Mrd. Rubel<sup>105</sup>. Obwohl die Lieferungen von Erdöl (-37 vH) und Erdgas (-26 vH) in die GUS 1993 deutlich reduziert wurden, entfielen 44 vH der russischen Ausfuhren auf Energieträger. Im 1. Quartal 1994 stieg dieser Anteil trotz weiter rückläufiger Ausfuhren sogar auf 57 vH<sup>106</sup>. Die aus Energielieferungen Rußlands resultierende Verschuldung der GUS-Staaten belief sich Anfang März 1994 auf 2,6 Bill. Rubel. Allein die Ukraine hatte Verbindlichkeiten in Höhe von 1,3 Bill. Rubel<sup>107</sup>.

#### 5.4 Zahlungsbilanz und Verschuldung

Offizielle Angaben über die Entwicklung der Zahlungsbilanz liegen bis 1993 nur gegenüber Drittländern vor, für 1994 werden auch Daten über die Entwicklung der Zahlungsbilanz mit der GUS ausgewiesen (vgl. Tabelle 28). Für 1993 wird ein Handelsbilanzüberschuß von knapp 17 Mrd. US-\$ ausgewiesen. Die Dienstleistungsbilanz verzeichnete ein Defizit von über 8 Mrd. US-\$, wovon etwa die Hälfte auf Zinszahlungen entfiel. Die erhaltenen Transfers übertrafen die geleisteten um knapp 3 Mrd. US-\$. An mittel- und langfristigen Krediten hat Rußland 1993 aus der Systemtransformationsfazilität des IWF 1,5 Mrd. US-\$ erhalten. Die von Rußland empfangenen bilateralen Regierungskredite dürften 1993 etwa 4 Mrd. US-\$ betragen haben. Der drastische Rückgang gegenüber 1992 mit Kreditzuflüssen von 13 Mrd. US-\$ resultierte aus der Tatsache, daß Rußland seinen selbst durch Umschuldung reduzierten Schuldendienst-

---

<sup>105</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 91. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 77 f.

<sup>106</sup> Vgl. Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 2/1994, S. 71 f.

<sup>107</sup> Vgl. Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 1/1994, S. 68.

verpflichtungen nicht regelmäßig nachgekommen ist. Die ausländischen Direktinvestitionen blieben mit etwa 1 Mrd. US-\$ gering. Im ersten Halbjahr 1994 hat sich das Gesamtbild nicht wesentlich geändert. Die Handelsbilanz wies erneut einen Überschuß von 8 Mrd. US-\$ auf. Unter den Kapitalzuflüssen ist insbesondere die zweite Tranche der Systemtransformationsfazilität des IWF in Höhe von 1,5 Mrd. US-\$ zu nennen. Die von westlichen Regierungen garantierten Handelskredite beliefen sich auf etwa 2 Mrd. US-\$.

Die russischen Auslandsschulden haben derzeit eine Größenordnung von knapp 100 Mrd. US-\$. Hiervon entfallen 80 Mrd. US-\$ auf Schulden der UdSSR, die von Rußland übernommen wurden und 18 Mrd. US-\$ auf Schulden, die 1992 und 1993 entstanden sind. Auch 1994 konnte Rußland seinen Schuldendienstverpflichtungen nicht nachkommen. Für die 1994 fälligen Zahlungen in Höhe von 7 Mrd. US-\$ aus Regierungskrediten an die ehemalige Sowjetunion wurde im Pariser Club eine langfristige Umschuldung vereinbart. Die Auslandsforderungen werden mit etwa 150 Mrd. US-\$ angegeben. Bei den Schuldnerländern handelt es sich größtenteils um Empfänger von Waffenlieferungen und um Entwicklungsländer, deren Schuldendienstleistungen (1994: 2 Mrd. US-\$) weit hinter den vertraglichen Ansprüchen zurückbleiben. Knapp 40 vH dieser Forderungen entfallen allein auf Kuba, Vietnam und die Mongolei<sup>108</sup>.

---

<sup>108</sup> Vgl. hierzu: Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW Nr. 19/1994, S. 295 ff. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47-48/1994, S. 820 f. Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 2/1994, S. 70 f. und 130 f.

Tabelle 28

**Zahlungsbilanz Rußlands 1991 bis 1994**  
in Mrd. US-\$

	1991 <sup>1)</sup>	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>	1994		
				Dritt- länder	GUS	Ins- gesamt
Handelsbilanz	8,8	4,2	16,8	13,9	1,2	15,1
Exporte	53,9	41,1	43,9	51,6	15,0	66,7
Goldverkäufe	2,3	1,1	1,0	.	.	.
Importe	-45,1	-36,9	-27,1	-36,8	-14,4	-51,2
Berichtigungen für Bartergeschäfte	.	.	.	-1,0	+0,6	-0,4
Dienstleistungsbilanz	-6,3	-8,5	-8,3	-8,9	-0,7	-9,6
Zinszahlungen	-3,9	-4,5	-4,1	-2,2	0,2	-1,9
Unentgeltliche Übertragungen	1,6	3,0	2,6	-0,2	0,5	0,3
Leistungsbilanz	4,1	-1,3	11,1	4,8	1,0	5,8
Kapitalverkehrsbilanz	-1,5	-11,3	-25,7	-4,8	-1,0	-5,8

1) Drittländer ohne GUS.

*Quellen:* Russian Economic Trends. Vol. 3, Nr. 1/1994, S. 122-123. Ekonomika i žizn', Nr. 17/1995, S. 35.

### 5.5 Auslandsinvestitionen

Das Volumen der ausländischen Investitionen in der Russischen Föderation belief sich 1994 auf 1,37 Mrd. US-\$ oder bei Umrechnung zum quartalsdurchschnittlichen Wechselkurs auf 3,6 Bill. Rubel. Hiervon entfielen 75 vH auf Direktinvestitionen und 13 vH auf Portfolioinvestitionen; bei dem verbleibenden Rest handelt es sich überwiegend um Handelskredite. Mehr als zwei Drittel der ausländischen Investitionen flossen in die Brennstoffindustrie, knapp 6 vH in den Handels- und Gaststättensektor. Regional entfiel der größte Anteil der Auslandsinvestitionen auf das Gebiet von Ar-



changelsk (48 vH), an zweiter und dritter Stelle folgen die Stadt Moskau (16 vH) und der Oblast von Tjumen'<sup>109</sup>.

## 6 Fazit

Im bisherigen Verlauf des Transformationsprozesses ist es in Rußland vor dem Hintergrund eines starken Produktionsrückgangs zu einem Strukturwandel gekommen, in dessen Verlauf sich die Rohstoff- und Energielastigkeit der russischen Wirtschaft weiter verstärkt hat. Durch die Steigerung der Exporte konnte in einigen Bereichen der Grundstoffindustrie (Eisen- und Stahlindustrie, NE-Metallurgie, Chemieindustrie) 1995 sogar ein Produktionszuwachs erzielt werden. Demgegenüber setzt sich der Niedergang der verarbeitenden Industriezweige wegen der gesunkenen Binnennachfrage und der mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Importwaren fort. Die ohnehin chronische Krise der Agrarwirtschaft hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Die Getreideernte 1995 war die schlechteste seit über 30 Jahren, die Viehbestände sinken kontinuierlich. Ein zentrales Problem für die russische Volkswirtschaft bleibt die Erneuerungsbedürftigkeit des Anlagevermögens. Die Überalterung des Kapitalstocks hat wegen des massiven Rückgangs der Investitionen seit Beginn des Transformationsprozesses noch zugenommen. Eine Belebung der Investitionstätigkeit wird allerdings nur dann möglich sein, wenn es gelingt, dauerhafte Erfolge bei der Inflationsbekämpfung zu erzielen.

Nachhaltige Erfolge bei der Stabilisierung zeichnen sich im betrachteten Zeitraum noch nicht ab. Zwar unternahm die russische Zentralbank in der Vergangenheit immer wieder Versuche, die Inflationsmentalität zu durchbrechen. Unter den bestehenden institutionellen Bedingungen - enge Verflechtung von staatlichen Unternehmen mit dem Haushalts- und dem Bankensektor - ist es jedoch nicht gelungen, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik längerfristig durchzuhalten. Während die Refinanzierung der Geschäftsbanken zu deutlich positiven Realzinsen erfolgt, werden die Zentralbankkredite an die öffentlichen Haushalte zu Sonderkonditionen verzinst. Die Folge ist eine Seg-

---

<sup>109</sup> Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g. Moskau 1995, S. 52 f.

mentierung der Finanzmarktaktivitäten und damit eine weitere Schwächung des erst im Entstehen begriffenen inländischen Finanzmarktes.

Die strukturellen Verschiebungen in der russischen Wirtschaft wurden in erheblichem Maße durch den Außenhandel beeinflusst. In der Exportstruktur haben Energieträger, Rohstoffe und Erzeugnisse der Grundstoffindustrie an Gewicht gewonnen, während die Exporte von Fertigwaren nach der Auflösung des RGW überdurchschnittlich zurückgegangen sind. Auf der Importseite hat sich insbesondere der Zusammenbruch der Investitionstätigkeit ausgewirkt. Während die Importe von Maschinen und Ausrüstung rückläufig sind, ist das relative Gewicht der Konsumgüterimporte angestiegen. Im betrachteten Zeitraum kam es zu einer deutlichen realen Aufwertung des Rubels. Daß dies nicht zu einer Passivierung der Handelsbilanz geführt hat, ist vor allem durch einen Abbau von Exporthemmnissen zu erklären.